

Effi Böhlke, Pascale Laborier, Andreas Knie,
Dagmar Simon

Exzellenz durch Steuerung?

Neue Herausforderungen für das deutsche
und das französische Wissenschaftssystem

Discussion Paper SP III 2009-602

Februar 2009

**Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
(WZB)**

Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik

<http://www.wzb.eu/gwd/wipo>

Effi Böhlke
effiboehlke@aol.com

Pascale Laborier
pl@cmb.hu-berlin.de

Andreas Knie
knie@wzb.eu

Dagmar Simon
dsimon@wzb.eu

ZITIERWEISE/CITATION

Effi Böhlke, Pascale Laborier, Andreas Knie, Dagmar Simon

Exzellenz durch Steuerung? Neue Herausforderungen für das deutsche und das französische Wissenschaftssystem

Discussion Paper SP III 2009-602

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2009)

**Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
gGmbH (WZB)**

Social Science Research Center Berlin (WZB)

Schwerpunkt:
Gesellschaft und wirtschaftliche Dynamik

Research Area:
Society and Economic Dynamics

Forschungsgruppe:
Wissenschaftspolitik

Research Group:
Science Policy Studies

Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin
Telefon: +49 30 25491-0, Fax: +49 30 25492-684
<http://www.wzb.eu>

Résumé

Les contributions que ce papier soumet au débat remontent au colloque franco-allemand

« L'excellence par le pilotage ? Les Transformations des paysages scientifiques français et allemand » qui se tint du 29 au 30 novembre 2007.

Le colloque répondit aux initiatives politiques récentes que les deux pays prirent sur le champ scientifique, générant de nouvelles institutions de pilotage, d'évaluation et de financement de la recherche et de l'enseignement supérieur et intervenant parfois de manière profonde dans la gouvernance établie des sciences. Le débat fut centré sur la question si et comment les « nouveaux » institutions, organisations, outillages et procédés en gestation se prêtent à correspondre de façon adéquate aux défis actuels et à venir que pose un milieu sociétal changeant aux savoirs et à la recherche.

En outre les contributions s'occupent du thème de l'interrelation des paysages scientifiques dans les deux pays : y-a-t-il des modèles visibles de convergence ou de divergence ? Si l'on constate une entrée en crise du paysage universitaire allemand – dans sa version à la Humboldt –, est-ce que cela vaut aussi pour la France ? Et y-a-t-il des processus de convergence à connotation négative, ne fût-ce que par rapport au nombre croissant des relations précaires de travail ?

Les contributions montrent avant tout que de nouveaux outillages de gouvernance connus en Allemagne sous le signe (anglais) d'un « *New Public Management* » sont perçus et mis en contexte autrement devant un fond de traditions culturelles différents et d'une conception différente de l'État.

Zusammenfassung

Die Beiträge dieses Discussion Papers gehen auf eine deutsch-französische Konferenz zum Thema „Exzellenz durch Steuerung? Neue Herausforderungen für das deutsche und das französische Wissenschaftssystem“ zurück, die Ende November 2007 stattfand. Anlass waren die neueren wissenschaftspolitischen Initiativen in beiden Ländern, die neue Institutionen der Steuerung, Evaluation und Finanzierung von Forschung und Lehre hervorgebracht haben und die zum Teil tief in die bestehende Governance der Wissenschaft eingreifen. Im Mittelpunkt der Debatte stand die Frage, ob und in welcher Weise die sich herausbildenden „neuen“ Institutionen, Organisationen, Instrumentarien und Verfahren geeignet sind, den derzeitigen und künftigen Herausforderungen für Wissenschaft und Forschung in einem veränderten gesellschaftlichen Umfeld angemessen zu begegnen. In den Beiträgen wird auch thematisiert, wie sich die Wissenschaftssysteme beider Länder zueinander verhalten: Sind Muster der Konvergenz oder Divergenz erkennbar? Gilt die für das deutsche Universitätssystem – in ihrer Humboldt'schen Ausprägung – konstatierte Legitimitätskrise

auch für Frankreich? Und: Gibt es negativ konnotierte Konvergenzprozesse – etwa im Hinblick auf die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse? Die Beiträge zeigen vor allem, dass ähnliche neue Governanceinstrumente, in Deutschland unter dem Label „New Public Management“ bekannt, vor dem Hintergrund unterschiedlicher kultureller Traditionen und eines unterschiedlichen Staatsverständnisses anders wahrgenommen und kontextuiert werden.

Inhalt

Einleitung <i>Effi Böhlke, Pascale Laborier, Andreas Knie, Dagmar Simon</i>	1
La Recherche en sciences sociales en France depuis 1945, un bilan historique et critique <i>Christophe Charle</i>	4
L'autonomie scientifique dévoyée <i>Christian de Montlibert</i>	23
A New Regime of Sciences in Society and Society in Science Today? A Reflection on the Last Three Decades <i>Dominique Pestre</i>	47
Neuer gesellschaftlicher Legitimierungsbedarf der Wissenschaft in Deutschland – Veränderungen in der Wissenschafts-Governance am Beispiel der Universitäten <i>Stefan Lange</i>	70
Neue Formen der Forschungsförderung <i>Robert Paul Königs</i>	97
Agence nationale de la recherche Les activités du département Sciences humaines et sociales <i>Pierre-Olivier Pin, Jean-Michel Roddaz</i>	106
Klappt binationales Evaluieren? Erfahrungen aus einer deutsch- französischen Arbeitsgruppe <i>Eva Barlösius</i>	113
Réforme ou Révolution ? Les transformations actuelles du paysage scientifique français <i>Jean-Yves Mérindol</i>	126
Autorinnen und Autoren	134
Programm der Tagung	136

Einleitung

Am 29. und 30. November 2007 fand im WZB eine deutsch-französische Konferenz zum Thema „Exzellenz durch Steuerung? Neue Herausforderungen für das deutsche und das französische Wissenschaftssystem“¹ statt. Anlass waren die neueren wissenschaftspolitischen Initiativen in beiden Ländern, die neue Institutionen der Steuerung, Evaluation und Finanzierung von Forschung und Lehre hervorgebracht haben und die zum Teil tief in die bestehende Governance der Wissenschaft eingreifen. Im Fall Frankreichs geht es insbesondere um die 2005 gegründete Agentur zur Forschungsfinanzierung, das 2006 verabschiedete Forschungsrahmenprogramm „Pacte pour la recherche“ und den in diesem Kontext gegründeten Forschungsrat HCST sowie die Evaluierungsagentur AERES, deren Wirken zu einer tendenziellen Entmachtung des Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS) führen könnte. In Deutschland hat die Exzellenzinitiative große Beachtung gefunden und zu kontroversen Debatten geführt, wurde doch durch dieses Förderprogramm mit dem Ziel einer horizontalen Differenzierung der Hochschulen der herrschende Konsens einer „Gleichbehandlung“ der Universitäten infrage gestellt. Im Mittelpunkt der Debatte auf der Konferenz stand die Frage, ob und in welcher Weise die sich herausbildenden „neuen“ Institutionen, Organisationen, Instrumentarien und Verfahren geeignet sind, den derzeitigen und künftigen Herausforderungen für Wissenschaft und Forschung in einem veränderten gesellschaftlichen Umfeld angemessen zu begegnen.

Das Schwergewicht der hier publizierten Beiträge liegt auf der französischen Seite, wobei die thematisierten Wandlungen im französischen Feld von Wissenschaft und Forschung stets in einen europäischen bzw. internationalen/globalen Kontext eingeordnet und mit entsprechenden Veränderungen insbesondere im deutschen Wissenschaftssystem verglichen werden. Nicht nur zwischen deutschen und französischen Wissenschaftsforschern und -forscherinnen divergieren die Auffassungen zu Ursachen, Richtung und Ausmaß der derzeitigen Veränderungen der respektiven Forschungslandschaften – auch unter den französischen Autoren gehen die diesbezüglichen Ansichten, Konzepte und Rezepte weit auseinander. Im Mittelpunkt der französischen Debatte stehen dabei die oben genannten Institutionen, die im Kontext des 2006 verabschiedeten Forschungsrahmenprogramms mit dem Titel „Pacte pour la recherche“ eingeführt wurden. Insbesondere an der Agentur zur Forschungsfinanzierung „Agence nationale de la recherche“ (ANR) und der Agentur zur Forschungsevaluierung „Agence d'évaluation de la recherche et de l'enseignement supérieur“

1 Vgl. das im Anhang beigefügte Tagungsprogramm.

(AERES) entzündete sich die Debatte, ob sie den Erfordernissen der französischen Bildungs- und Forschungseinrichtungen entsprechen oder nicht vielmehr fremde, aus anderen Kontexten entlehnte Elemente bilden, die zu Fehlsteuerungen und nicht intendierten Effekten führen werden. In einem waren sich die Kontrahenten jedoch einig: Das französische System von Bildung und Forschung ist dringend reformbedürftig. Mit seinen typischen Strukturen und Institutionen sowie deren Relationen untereinander hat es sich in den sogenannten „Trente Glorieuses“, also der Zeit nach dem Ende des II. Weltkrieges, herausgebildet und entspricht auf diese Weise einer stark zentralisierten, etatistisch und hierarchisch geprägten französischen Gesellschaft. Mit dem „endgültigen Ende“ dieser französischen Nachkriegsgesellschaft und ihrer Krise, die spätestens seit den 90er Jahren offensichtlich geworden ist, gerät nun auch das homologe Feld von Wissenschaft und Forschung ins Wanken – im außeruniversitären Bereich insbesondere das CNRS, das mit der Bildung der bereits erwähnten Agenturen ANR und AERES Konkurrenz in der Finanzierung und der Evaluierung der Forschung bekommen hat. Und nicht nur dies: Mit dem durch die ANR verkörperten Übergang zur verstärkten Projektförderung, die es zwar bereits zuvor, aber doch nicht in diesem Ausmaß gab, verändern sich grundlegend die Muster der Berufsbiographien von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen – von einer langfristigen Lebensplanung mit der Aussicht auf eine staatlich finanzierte Dauerstelle muss nun umgeschaltet werden auf die Perspektive eines Forscherlebens mit befristeten Verträgen. Dieser Einbruch prekärer Arbeitsverhältnisse in ein bislang eher von Stabilität geprägtes Forschungssystem ruft gegensätzliche Reaktionen und Bewertungen hervor – und so sind denn unter den Autoren des vorliegenden Heftes solche versammelt, die die jüngsten Entwicklungen als unumgänglich und eigentlich längst notwendig betrachten, habe sich doch das gegebene System als nicht mehr konkurrenzfähig erwiesen, während andere wiederum der Auffassung sind, dass mit den jüngsten Reformen gewissermaßen das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werde, da die zunehmende Verunsicherung insbesondere der jüngeren Forschergenerationen nicht zu deren höherer Produktivität führe, sondern sie vielmehr in ihrem Engagement hindere. Ja, zuweilen wird der Einbruch des neoliberalen Diskurses in die Rhetorik des Wissenschaftsmanagements als mythisches Denken und Sprechen verurteilt, das die tatsächlichen und wesentlichen Entwicklungslinien verschleierte: nämlich den wachsenden Einfluss der Wirtschaft und ihrer Kriterien auf das Feld von Wissenschaft, Bildung und Forschung.

In diesem Kontext wird von französischer Seite aus zuweilen über den Rhein geschaut: Haben nicht, so wird des Öfteren gefragt, die deutschen Nachbarn, ohne die in Frankreich üblichen Proteste und Demonstrationen, eine viel grundlegendere und möglicherweise effektivere Reform in Gang gesetzt, als sie die Exzellenzinitiative starteten? Wäre dies nicht auch ein sinnvolles Unterfangen, um die französischen Universitäten zu reformieren und ihre Konkurrenzfähigkeit im internationalen Wettbewerb zu erhöhen? Denn die Reform der fran-

zösischen Massenuniversitäten steht ebenso an wie diejenige des CNRS. Nicht nur auf dieser Konferenz wurde die große Aufmerksamkeit, mit der die Entwicklungen im deutschen Hochschulsystem von französischer Seite beobachtet werden, deutlich.

Und nicht zuletzt wird immer wieder erwogen, wie sich denn nun die Wissenschaftssysteme beider Länder zueinander verhalten: Sind Muster der Konvergenz oder Divergenz erkennbar? Gilt die für das deutsche Universitätssystem – in ihrer Humboldt'schen Ausprägung – konstatierte Legitimitätskrise auch für Frankreich? Und gibt es negativ konnotierte Konvergenzprozesse etwa im Hinblick auf die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse? Die Beiträge zeigen vor allem, dass ähnliche neue Governanceinstrumente, in Deutschland unter dem Label „New Public Management“ bekannt, vor dem Hintergrund unterschiedlicher kultureller Traditionen und eines unterschiedlichen Staatsverständnisses anders wahrgenommen und kontextuiert werden. Es würde sich lohnen, diesen Strang im deutsch-französischen Vergleich weiterzuverfolgen.

La Recherche en sciences sociales en France depuis 1945, un bilan historique et critique

Die französische Forschung auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften seit 1945. Eine historisch-kritische Bilanz

Vue d'Allemagne, la recherche en sciences sociales en France doit sembler bien difficile à comprendre, et c'est sans doute la raison qui explique que les organisateurs de cette rencontre m'ont demandé de proposer un bilan historique et critique. J'ai accepté ce défi, même s'il va être difficile, en si peu de temps, de donner toutes les nuances nécessaires pour une période de plus de soixante ans, riche en ruptures et innovations. Il est de bon ton aujourd'hui parmi les chercheurs français de se plaindre de la situation de la recherche et en particulier de ce secteur plus fragile que constituent les sciences de l'homme et de la société en France. Pourtant si l'on prend un point de vue de moyenne durée, on ne peut qu'être frappé par l'expansion vertigineuse de ce secteur même si cette expansion est moindre que celle des autres sciences. Donnons quelques indications structurelles et statistiques, avant d'expliquer comme on en est arrivé là, car c'est cette expansion même qui rend la définition d'une politique cohérente et adaptée de plus en plus difficile. Le second rapport Godelier d'avril 2002 essaya de chiffrer les personnels actifs dans ce secteur : en additionnant le personnel des divers organismes de recherche et les personnels relevant des universités, il arriva à un total de 25 000 personnes auxquelles s'ajoutent 4000 ingénieurs, techniciens et administratifs pour les aider dans leur tâche, soit 29 000 personnes. Quarante ans plus tôt, au début des années 1960, le tableau était beaucoup plus modeste : étaient actifs 820 chercheurs au CNRS¹, 2000 enseignants-chercheurs dans les universités et moins de 300 dans les grands établissements (Collège de France, Ecole pratique des Hautes Etudes, Ecole des Chartes, etc.) soit à peine 3000 personnes, ce qui donne une multiplication par plus de 8 en quarante ans.

Cette croissance a certes connu des paliers mais elle n'a jamais cessé. Rapide dans les années 60 et au début des années 70, elle s'est fortement ralentie entre 1976 et 1981 : le budget des sciences sociales du CNRS a diminué

1 CNRS *Rapport d'activité octobre 1963-octobre 1964*, p. 23 ; Pierre Bourdieu, *homo academicus*, Paris, Minuit, 1984, p. 272 et *Bulletin du syndicat autonome de l'enseignement supérieur, annuaire du personnel de l'enseignement supérieur*, 1961 ; *Annuaire des grands établissements* cités.

d'un quart en francs constants (salaires et équipement non compris)². Mais elle a été relancée dans les années 80 et surtout 90 à l'occasion du passage de la gauche au pouvoir et de la nouvelle expansion des universités. Entre 1986 et 2005 par exemple, l'effectif des enseignants titulaires des facultés de lettres et sciences humaines (professeurs et maîtres de conférences) a doublé.

Le malaise ne vient donc pas d'un déclin par rapport aux autres secteurs, mais plutôt d'une expansion si rapide qu'elle a multiplié (mais ce n'est pas spécifique de la France) les spécialités et les sous-spécialités, voire fait naître des disciplines inconnues même dans les années 60, ce qui a rendu encore plus problématique l'identité collective de ces sciences nées à la fin du XIXe siècle : les sciences de l'information et de la communication, les formes dérivées vers les applications de la géographie (aménagement, urbanisme) ou de l'économie (gestion), etc. reposent sur d'autres perspectives épistémologiques que les sciences sociales ou plus encore que les sciences historiques et philologiques. Les conflits de disciplines ont toujours été très intenses dans le domaine des sciences humaines et sociales depuis le XIXe siècle, mais ils ont maintenant pour enjeu le problème de la définition de l'objet et de la méthode. Certaines sciences se définissent de plus en plus par un objet (la ville, l'entreprise) ou une technique (la communication) tandis que d'autres restent fidèles à une approche intellectuelle et théorique. Un certain nombre de disciplines canoniques (l'économie, la psychologie), quant à elles, subissent de plus en plus la fascination des sciences expérimentales et se coupent des autres sciences humaines et sociales par la théorisation, la mathématisation ou l'expérimentation au point de se déshumaniser et d'importer des modèles d'organisation ou de financement analogues aux sciences de la nature.

Or la cohabitation au sein des mêmes organismes (qu'ils soient de recherche comme le CNRS ou d'enseignement et de recherche) de ces conceptions divergentes rend la politique scientifique globale d'autant plus illusoire et le sentiment chez les sciences humaines et sociales traditionnelles d'être menacées de marginalisation relative face à ces nouveaux paradigmes parce qu'elles ne sont pas dans l'air du temps technocratique qui recherche des disciplines appliquées plus que théoriques.

A ce problème ancien, mais de plus en plus aigu, et qu'on retrouve dans la plupart des pays d'Europe à mesure que s'approfondit la division scientifique du travail sous l'effet même de la croissance morphologique, s'ajoute un problème spécifique à la France ou qui du moins n'atteint pas la même acuité dans les autres pays d'Europe dont la tradition universitaire a suivi un tout autre chemin comme l'Allemagne.

Il s'agit de la pluralité effrayante des organismes chargés de mener à bien des recherches et dont les personnels n'ont ni les mêmes carrières, ni les mêmes obligations alors qu'ils relèvent des mêmes disciplines et sont donc intel-

2 M. Godelier, *Les sciences de l'homme et de la société en France. Rapport au ministre de la recherche et de l'industrie*, Paris, La Documentation française, 1982, p. 20.

lectuellement en concurrence. Dans un organisme comme le WZB, cette situation peut paraître moins étrange que dans une université allemande voisine mais, vu d'Amérique, certains collègues américains trouvent proprement ahurissant qu'on puisse être chercheur à vie et à plein temps en philosophie, en histoire ou en sociologie, sans autre obligation que de rendre tous les deux ans un rapport d'une quinzaine de pages assorti d'indications sommaires sur les publications qui le développent alors que, dans le même temps, des universitaires ne disposent en principe que de la moitié de leur temps pour leurs travaux (sans doute beaucoup moins dans la pratique avec la croissance des tâches bureaucratiques, de certification et d'encadrement des étudiants).

Ce privilège exceptionnel ne se limite pas à une poignée d'individus triés sur le volet concentrés au CNRS et dans d'autres organismes de recherche (INED, INRA, etc.), il est partagé par des groupes apparentés, comme les enseignants-chercheurs des grands établissements aux horaires beaucoup plus légers et aux effectifs étudiants beaucoup plus confidentiels où l'enseignement est un prolongement direct des recherches en cours. L'addition de tous les membres de ces divers organismes effectifs aboutit à un total non négligeable de plus de 4000 personnes, au début des années 2000 soit le double des universitaires de lettres et sciences humaines du début des années 60 et le cinquième de leur effectif aujourd'hui.

Comment expliquer ce dimorphisme entre deux statuts qui suscite des tensions catégorielles et des aberrations dans l'allocation des ressources dans des sciences qui globalement en ont moins que les autres ? C'est l'histoire qui est évidemment la clé. Ce sera notre premier point. Nous aborderons ensuite l'inventaire des dysfonctionnements et problèmes nés de cette histoire et de cette organisation balkanisée de la recherche en SHS.

I. Historique d'une dissociation

Cette dissociation entre deux modèles de chercheurs, un modèle pur et un modèle universitaire, n'est pas spécifique des sciences humaines, ni récent. Dès le XIXe siècle, en 1868 exactement, le ministre de l'Instruction publique Victor Duruy, pour répondre aux critiques de savants comme Pasteur, Berthelot ou Ernest Renan, face aux carences de l'université napoléonienne, a créé un établissement de recherche indépendant de l'Université, l'École pratique des Hautes Études, vouée principalement à la recherche et à la formation à la recherche par le séminaire à l'allemande³. Elle comportait 4 sections : sciences mathématiques, sciences physiques, sciences biologiques, histoire et philologie. On y ajouta une section de sciences religieuses (1886) lors de la suppression des facultés de théologie catholique (1885) ; on projeta une section de sciences

3 Cf. G. Weisz, *The Emergence of Modern Universities in France (1863-1914)*, Princeton, Princeton U.P., 1983 ; C. Charle, *La République des universitaires (1870-1940)*, Paris, Le Seuil, 1994.

économiques et sociales qui ne fut créée finalement qu'en 1947, l'actuelle Ecole des Hautes Etudes en sciences sociales. Lorsque, dans l'entre-deux-guerres, l'élite scientifique de l'époque, sous l'inspiration du physicien Jean Perrin et du mathématicien Emile Borel, a de nouveau alerté les pouvoirs publics sur les carences des universités et le retard de la France sur les Etats-Unis, sont créés de nouveaux organismes autonomes par rapport aux universités et offrant des carrières à part, même si ces postes n'étaient pas conçus comme permanents mais comme une phase avant le retour à l'Université traditionnelle. Or ces organismes dont le plus connu est le CNRS (1939), suivi par l'INED (Institut national d'études démographiques) (1941) et la VIe section de l'EPHE (1947), comportent partiellement ou totalement des postes voués à l'accueil de chercheurs ou d'enseignants de SHS. La justification pour introduire des chercheurs à plein temps dans ces domaines où le travail de laboratoire n'est pas, malgré tout, encore très répandu à l'époque, est, d'une part, de mener à bien de *grands projets d'érudition* impossibles dans le cadre des universités surchargées de l'époque et de *soutenir des disciplines émergentes* qui ne peuvent trouver un public étudiant que dans quelques grands centres et, en particulier, de manière privilégiée à Paris où se concentre une masse considérable de matériaux documentaires pour ces disciplines, du fait de la centralisation pluriséculaire de la culture dans la capitale française. Encore aujourd'hui, l'hyperconcentration des chercheurs du CNRS ou des grands établissements de SHS à Paris et dans sa région reste un fait dominant et relativement aberrant face au cas de l'Allemagne ou d'autres pays d'Europe.

Jusqu'aux années 1980, cette double structure n'a pas trop posé de problèmes dans la mesure où ces carrières alternatives étaient souvent des étapes avant le retour dans les carrières universitaires. Comme nombre de futurs ou anciens universitaires pouvaient espérer profiter d'un passage par le CNRS ou un autre organisme de recherche (par exemple à l'étranger : Ecole de Rome, Ecole d'Athènes, etc.), la jalousie et l'antagonisme des deux groupes étaient atténués. De plus, les salaires des chercheurs ou des érudits étant plus bas et les perspectives de carrière plus médiocres qu'à l'Université, la liberté et l'autonomie accordées étaient compensées par cette hiérarchie économique et de prestige. Seules les disciplines marginales ou demandant des déplacements lointains avaient faits du CNRS ou des grands établissements leur centre de gravité (archéologie, orientalisme, ethnologie, etc.). Mais, dans une université encore dominée par les disciplines traditionnelles et centrées sur la culture occidentale, cela relevait d'une division du travail plutôt commode pour tout le monde.

Mais, progressivement, cette harmonie théorique s'est transformée en filières rigides et concurrentes, voire en guerre corporative plus ou moins déclarée. Dès 1982, le rapport Godelier déplorait la baisse de la mobilité entre les organismes de recherche et l'enseignement supérieur : le taux de sortie du CNRS

est tombé de 6,6% à 4,1% entre 1967 et 72 et est descendu à 2,9% en 1976⁴. Ce rapport dénonça aussi (et ces critiques se retrouvent dans les rapports d'aujourd'hui) *la trop grande centralisation, la faible taille des équipes et le manque criant de locaux*, conséquence de cette hyperconcentration dans une zone urbaine au foncier particulièrement coûteux puisque rassemblant 20% de la population française.

En 1984, trois ans après l'arrivée au pouvoir de François Mitterrand, les chercheurs obtiennent leur fonctionnarisation, ce qui détourne la plupart de chercher des promotions à l'Université et réduit d'autant la possibilité d'accueillir des universitaires en période courte ou des docteurs récemment diplômés. Il en résulte un vieillissement des corps de chercheurs et un blocage des carrières au niveau de chargé de recherche (équivalent de maître de conférences). La politique d'augmentation des effectifs étudiants, encouragée par Jean-Pierre Chevènement puis Lionel Jospin et son conseiller Claude Allègre, se traduit par une nouvelle massification des universités, donc la nécessité de recruter des universitaires mais aussi d'alourdir leurs tâches pour faire face à des populations plus hétérogènes et à la multiplication des diplômes et des filières. Les facultés des lettres et sciences humaines souffrent particulièrement de cette croissance et d'une dégradation du statut des enseignants-chercheurs d'autant que les nouvelles universités sont implantées dans des villes moyennes sans infrastructures de recherche. *La hiérarchie des prestiges tend donc à s'inverser entre universitaires et chercheurs à plein temps*. Sans doute, les rythmes d'accès aux grades supérieurs restent plus lents que dans les universités mais la disponibilité de temps des chercheurs leur offre la possibilité de cumuler diverses activités rémunératrices qui peuvent largement combler l'écart avec les universitaires (conférences, articles rémunérés, activité d'expertise pour les sciences les plus appliquées). Surtout leur absence de contraintes en termes de calendrier universitaire leur permet une grande mobilité internationale qui rend leur visibilité au delà des frontières bien supérieure au point que, dans certains pays, on ne connaît d'une discipline que cette minorité qui a le temps d'aller enseigner ou faire des conférences régulièrement, à la différence de la grande masse des universitaires attachés à leur salle de cours.

A cette différenciation entre catégories de plus en plus concurrentes s'ajoute l'inégalité des moyens mis à la disposition pour la recherche. Le CNRS et les grands établissements ont progressivement créé des centres de recherche spécialisés en sciences humaines et sociales sur certains thèmes porteurs pour favoriser des branches ou des objets jugés prioritaires, à l'instar de ce qui avait été fait en sciences expérimentales pour la physique nucléaire, la biologie moléculaire, etc. A partir de 1966, le CNRS a créé des *laboratoires associés* donc coopérant avec les universités les plus importantes ou certains grands établissements comme l'EPHE, le Collège de France, etc. Cette allocation de moyens (locaux, personnels techniques, crédits) a introduit une certaine tutelle

4 M. Godelier, *op. cit.*, p. 214.

indirecte du CNRS sur certains fragments de l'Université contredisant donc le principe d'autonomie inscrit dans la loi d'orientation de décembre 1968 ou dans la loi Savary de 1984. La loyauté des enseignants-chercheurs financés par un organisme central était partagée maintenant entre deux bailleurs de fonds : l'un, le ministère de l'Education nationale, qui les faisait vivre par leur traitement d'enseignant, l'autre, le CNRS pas toujours rattaché à l'Education nationale, qui leur permettait de travailler pour leur recherche. Ce système a été complexifié avec de multiples autres formules de financement balkanisant de plus en plus les enseignants-chercheurs dépendant de diverses administrations de tutelle.

Le ministère de l'enseignement supérieur, assez souvent dissocié du ministère de la recherche pendant cette période, a réagi contre cette dépossession en développant, à son tour, à partir de 1977, une mission chargée de la recherche pour évaluer les recherches universitaires, encourager la politique scientifique des établissements (et non plus des équipes isolées) et même créer ou financer des équipes indépendamment du CNRS. L'empilement des structures est ainsi devenu de plus en plus inextricable et particulièrement en SHS puisque le nombre de spécialités et disciplines y est croissant et le nombre d'équipes considérable. Comme les financements sont plus limités que dans les autres sciences il devient indispensable (en particulier en sciences sociales plus coûteuses que l'histoire et les lettres) de solliciter les fonds de multiples organismes (collectivités territoriales, entreprises, administrations, organisations internationales, etc.).

II. Questions contemporaines/questions anciennes

Les problèmes des sciences humaines et sociales résultent de la description morphologique précédente et de l'historique antérieur. J'en verrai *trois principalement*. Ils ont été mis en évidence à l'occasion du mouvement « Sauvons la recherche » et des états généraux de Grenoble qui l'ont suivi. Ils ont été confirmés par le refus du gouvernement Raffarin puis de Villepin de s'attaquer aux racines pour privilégier une approche technocratique inspirée d'exemples étrangers et entérinée par le vote du Pacte de la recherche en avril 2006 puis de la loi sur la rénovation des universités du 11 août 2007 dans la foulée de l'élection du nouveau président de la République:

1. les fausses réponses empruntées à des modèles universitaires étrangers ou à d'autres espaces disciplinaires ;
2. les déséquilibres géographiques et la hiérarchisation croissante des institutions ;
3. les impasses nées de la balkanisation et rivalité des divers corps qui font de la recherche.

1) L'emprunt malheureux aux modèles extérieurs

Je commencerai par ce point puisqu'il inspire la politique ancienne ou actuelle des différents ministres depuis plus d'une décennie : en sciences sociales, le discours officiel sur la recherche a tendance à adopter la même posture qu'en sciences expérimentales. L'évaluation de la réussite s'y mesure de plus en plus en fonction des mêmes principes : moyens engagés, équipements lourds, caractère collectif du travail, coopération et ouverture internationales, "retombées" des découvertes sur la société. Ce mimétisme est d'autant plus fort qu'en France, à la différence des autres pays, il existe ces institutions particulières de recherche modelées sur celles vouées aux sciences dites dures : l'actuelle Ecole des Hautes Etudes en sciences sociales est l'ancienne VI^e section de l'Ecole pratique des Hautes Etudes⁵. Le département des sciences de l'homme et de la société du CNRS est calqué sur les autres départements scientifiques de cet organisme et organisé autour d'Instituts et de laboratoires⁶.

Cette norme dominante de la *Big science* guide implicitement et les politiques au sommet et les projets des chercheurs ou enseignants-chercheurs. Ils s'efforcent d'y répondre dans un souci surtout pragmatique d'obtenir des moyens ou une reconnaissance symbolique de leur travail. Ainsi le département SHS, qui ne représentait que 0,6% des contrats de recherche du CNRS en 1986-90, a augmenté sa part jusqu'à 4,2%, soit le double du pourcentage la physique fondamentale⁷. La création de nouvelles agences de financement par le gouvernement Raffarin (Agence Nationale pour la Recherche, inspirée de la NSF américaine ou de la DFG allemande) et la volonté de baisser les financements durables pour pousser les chercheurs SHS à acquérir cette culture du contrat va accentuer ce pilotage par les thématiques demandées par les divers acteurs de la société (Etat, administrations, entreprises).

La politique du département SHS du CNRS mais aussi des grandes universités est d'essayer de regrouper les unités de recherche pour atteindre des tailles comparables (voir graphiques) à celles de laboratoires scientifiques. Dans les universités régionales, qui n'ont pas le vivier de la région Île de France, on a développé des Maisons des sciences de l'homme abritant administrativement au moins les moyens communs à plusieurs instituts de recherche. Un rapport récent d'Alain Supiot a mis en valeur les points forts et les points faibles de ces tentatives. Elles ne réussiront qu'en fonction du dynamisme de leurs composantes et d'une rupture résolue avec ce qui reste la plaie de toutes ces structures : leur bureaucratisation et leur accaparement, dans des logiques de prestige, par

5 B. Mazon, *Aux origines de l'École des hautes études en sciences sociales : le rôle du mécénat américain 1920-1960*, Paris, Cerf, 1988.

6 J.-F. Picard, *La République des savants, la recherche française et le CNRS*, Paris, Flammarion, 1990.

7 Michel Grossetti et Béatrice Milard, « Les évolutions du champ scientifique en France à travers les publications et les contrats de recherche », *Actes de la recherche en sciences sociales*, n°148, juin 2003, p. 54.

les fractions de la communauté universitaire qui ont depuis longtemps abandonné la recherche pour le discours sur la recherche et son utilisation dans des enjeux de pouvoir à court terme⁸.

Le département SHS du CNRS souhaiterait réaliser la mise en place de grands instituts de 150 personnes (appelés LRC : *laboratoire de recherche collective*) abritant plusieurs équipes liées entre elles et susceptible d'acquérir une visibilité internationale dans les classements fondés sur les index de citation. Malheureusement pour lui, vu le déséquilibre géographique Paris/province, il n'y a qu'en région parisienne qu'on pourrait avoir de tels regroupements ayant un sens thématique. Comme ces instituts seraient avantagés en termes de financement, on renforcerait ainsi la centralisation traditionnelle au lieu de la combattre comme on s'y efforce par ailleurs.

2) Les pesanteurs géographiques

Plus que les autres disciplines, les sciences sociales sont conditionnées de multiples façons par leur environnement proche ou lointain et les possibilités que leur apporte leur lieu d'implantation. Du fait de leur objet même, elles interagissent avec lui à tous les niveaux. Le chercheur ne peut être dans un rapport réel d'extériorité à son objet, même s'il n'étudie pas une réalité présente ou proche dans le temps. Le découpage de l'objet dépend lui-même de l'histoire de celui-ci et de l'histoire des disciplines qui s'en préoccupent, histoires qui elles-mêmes varient selon les lieux et les cultures, donc les divers modèles sociaux et nationaux⁹. Ainsi, en histoire moderne et contemporaine, les thèmes les plus visités par l'historiographie française ont glissé de l'économique au social et du social au culturel dans le même temps où la société française perdait sa foi dans le volontarisme économique et où l'intelligentsia s'éloignait du marxisme, pour s'inquiéter des problèmes sociaux puis pour revenir sur sa mémoire et son patrimoine menacés par la "modernisation" puis la "globalisation"¹⁰.

En sociologie, la percée de la sociologie de l'éducation a coïncidé avec le moment de la grande expansion de l'enseignement secondaire puis supérieur. Les belles heures de la sociologie du travail ont accompagné la grande entre-

8 Je durcis un diagnostic émis dans le langage plus policé et balancé de ce rapport : "Un deuxième risque est celui de l'appropriation des dispositifs par certaines équipes (...) "Un quatrième risque réside dans l'inflation bureaucratique des structures de la recherche. (...) Le risque serait de faire de la Maison des sciences de l'Homme une structure administrative de plus, et non pas un dispositif de libération du temps utile pour la recherche." (A. Supiot (dir.), op. cit., p. 195-196).

9 A ce sujet voir P. Bourdieu, "La cause de la science" Actes de la recherche en sciences sociales, 106-107, mars 1995, pp. 3-10. C'est pourquoi une histoire sociale de la recherche en sciences sociales n'est pas une sous-discipline mais un préalable à la recherche elle-même.

10 C. Charle "Historien une nouvelle profession ?", in F. Bédarida (dir.), L'histoire et le métier d'historien en France 1945-1995, Paris, Editions de la Maison des sciences de l'homme, 1995, pp. 21-44.

prise machiniste, supposée garante de l'expansion et du progrès social ou image en réduction de la planification et de l'autorité centrale, caractéristique de la France de l'expansion¹¹. Ces mises en relation commodes entre problématiques internes et externes peuvent paraître par trop simplificatrices et trop assimiler les sciences sociales à des sciences appliquées d'une demande sociale diffuse. Chaque champ disciplinaire, en fonction de son histoire propre et de sa plus ou moins grande autonomie, développe des réactions à ces divers conditionnements inégalement analysables en ces termes simples de demande et de réponse.

Les principes même d'organisation de la recherche évoqués plus haut entrent aussi largement en ligne de compte dans ce processus progressif de "choix" d'une thématique ou d'un projet. L'hyperorganisation qui règne désormais, dès le niveau du DEA (aujourd'hui master) et du doctorat jusqu'au niveau post-doctoral en voie d'émergence, quadrille systématiquement les investissements de recherche des nouveaux entrants comme des chercheurs déjà confirmés. La procédure des allocations de recherche, moyen de financement des futurs docteurs, tend, dans certains cas, à être moins le résultat d'une compétition méritocratique qu'un savant dosage entre disciplines ou thèmes jugés plus prioritaires, ce qui assurera aux heureux élu(e)s un avantage décisif pour franchir le premier palier d'accès, celui de l'allocation de thèse, aux aspirants à un poste de chercheur ou d'enseignant-chercheur. Certaines formes de mécénat d'entreprise ou d'administration qui décernent des bourses ou des allocations aux projets qui correspondent aux thématiques que ces organismes jugent prioritaires contribuent également à cette forme de pilotage par l'aval dès les premiers stades de la formation à la recherche.

Ces possibilités sont d'autant plus appréciées des futurs chercheurs que les allocations publiques sont très rares en SHS : 25,1% des doctorants en économie, gestion, sciences politiques en bénéficiaient et 17,7% seulement en histoire, géographie et lettres contre 76 à 94,7% dans les sciences de la nature en 1999 ; ces taux ont encore baissé depuis¹². Sans doute, notamment en sciences humaines, une partie de la population des apprentis chercheurs finance elle-même leurs années d'enquête par des vacances, des emplois périphériques à l'enseignement ou à la culture ou des positions dans l'enseignement secondaire ou élémentaire. Dans ces marges (majoritaires), l'impression de liberté de choix du sujet peut demeurer, même si c'est au prix d'un retard dans

11 *Les Héritiers* de Pierre Bourdieu et Jean-Claude Passeron sont publiés en 1964 ; l'ouvrage d'Alain Touraine, *L'Évolution du travail ouvrier aux usines Renault* est édité par le CNRS en 1955, la revue *Sociologie du travail* est fondée en 1959, le *Traité de sociologie du travail*, dirigé par G. Friedmann et P. Naville, sort en 1962 chez Armand Colin (cf. A. Chenu, " Une institution sans intention. La sociologie en France depuis l'après-guerre, *Actes de la recherche en sciences sociales*, 141-142, mars 2002, p. 48 et 49).

12 M Ramabasson et X. Zunigo, « Les oubliés du doctorat », *Vie de la recherche scientifique*, janvier 2006, p. 34.

le travail ou d'un surmenage permanent, voire d'une moindre qualité finale, faute des conditions idéales pour travailler et écrire convenablement¹³.

En fait, on le sait bien, cette liberté est étroitement déterminée par les contraintes nées de cette double besogne. Le sociologue Charles Soulié a ainsi pu mettre en évidence un certain nombre de corrélations entre les thèmes choisis, la position des disciplines et la situation géographique des docteurs considérés.

Même l'histoire, discipline académique par excellence et où l'autonomie ancienne devrait atténuer ces relations entre sujets et profils de chercheurs, une hiérarchie implicite des objets transparait dans les atouts inégaux des docteurs qui les traitent. Si l'on se fonde sur trois populations d'historiens français (époque moderne et contemporaine) observées en 1982, en 1991 et en 2001, l'eurocentrisme, le franco-centrisme et même le parisiocentrisme des travaux se maintient, malgré toutes les incitations nouvelles qu'offre l'internationalisation croissante de la recherche¹⁴.

Autant on peut imaginer qu'en sciences de la nature des lieux très divers, pourvu qu'ils disposent des équipements adéquats, autorisent des travaux aussi ambitieux que dans les vieux centres universitaires, autant, dans les sciences sociales, la dépendance d'héritages intellectuels ou d'instruments produits par une longue accumulation d'expertise et de documents ou de livres pèse encore très lourd, même à l'âge des réseaux électroniques et des banques de données informatisées. On en connaît la résultante caricaturale : l'excessive concentration des laboratoires, des doctorants et des docteurs, des banques de données et bibliothèques de recherche dans la région parisienne et quelques grands centres régionaux (cf. cartes). Il ne peut qu'en résulter un choix déformé des sujets traités par commodité de proximité de ces ressources. La déformation de l'espace des positions intellectuelles du champ des sciences sociales se trouve ainsi dupliquée, voire accentuée, dans l'espace même de leurs productions et recherches.

Les responsables ont, de longue date, on l'a vu plus haut, pris conscience de ces déséquilibres de l'espace français de la recherche en sciences sociales. Dans le cadre des contractualisations des universités et des grands établissements, par l'appui de certaines collectivités locales ou régionales, peu à peu dotées de nouveaux moyens pour intervenir aux côtés des instances centrales, des incitations à la recherche décentralisée ont vu le jour. En sociologie, anthropologie, psychologie, sciences de l'éducation, disciplines tournées vers le présent qui peuvent, pourvu qu'elles aient des ressources financières, construire et inventer leurs matériaux d'étude, quel que soit le lieu d'implantation des chercheurs, ces incitations peuvent lutter contre la centralisation. En revanche, elles poussent à choisir des thèmes en fonction d'une commande sociale et

13 Sur ces catégories de précaires de la recherche, voir Charles Soulié, "Précarité dans l'enseignement supérieur. Allocataires et moniteurs en sciences humaines", *Actes de la recherche en sciences sociales*, 115, décembre 1996, pp. 58-64.

14 C. Charle, art. cit., p. 27-30.

d'une demande politique qui réduisent drastiquement la prétention à l'autonomie théorique des chercheurs¹⁵.

Dans les domaines plus tournés vers le passé, fondés sur des collections centralisées de sources, en particulier l'histoire, il en va moins aisément de même, sauf à s'enfermer dans un localisme étroit des enquêtes. L'inégal intérêt des sciences sociales et de l'histoire en France pour les diverses parties du monde témoigne de cette même hystérésis de la représentation des lieux dignes d'étude. Il en résulte également un phénomène cumulatif puisque l'absence de spécialistes de certaines aires rend difficile la formation de futurs chercheurs. Ces espaces, absents des programmes d'enseignement de base, ne sont susceptibles d'être enseignés que par les institutions périphériques aux publics restreints, ce qui reproduit indéfiniment le cercle vicieux de la pénurie de travaux, de lecteurs et de futurs chercheurs.

Mais, au-delà de ce cercle classique, il existe un autre effet pervers de ces déséquilibres géographiques. Pour les objets les plus analysés, le trop plein d'études pousse à la miniaturisation des sujets, grosse de myopie théorique et de querelles picrocholines, tandis que, pour les objets négligés, le manque de spécialistes facilite les positions de monopole, les abus de notoriété induite faute de critiques autochtones. La volonté de visibilité à tout prix incite aussi à l'essayisme grand public pour rendre vendables des sujets peu prisés, sauf dans certaines conjonctures d'actualité immédiate. La valorisation de "la valorisation", comme on dit dans la langue officielle du CNRS, et le privilège dans la culture contemporaine de la communication au "faire savoir" sur le savoir-faire ajoute son lot de tentations corruptrices qui brouillent bien des hiérarchies intellectuelles hors des cercles restreints de spécialistes.

3) Absence de lutte contre l'éclatement catégoriel

Certains des constats précédents ont été déjà portés au jour dans de nombreux rapports voués à une plus ou moins grande publicité. Plus rarement, certaines recommandations contenues dans ces textes de circonstances ont été suivies de tentatives de cure. La plupart du temps en pure perte, puisque les diagnostics les plus récents reprennent les critiques de rapports plus anciens. Faut-il en conclure à l'inanité de toute politique de la recherche dans ce domaine, ou, ce qui serait moins inquiétant, au caractère simplement erroné des mesures tentées ?

La première réponse serait en désaccord avec certains constats positifs. Les domaines où la France présente une situation plutôt bonne sur un plan international sont ceux où, de longue date, un effort de pilotage a été fait et où des corrections des tendances spontanées ont eu lieu. Sans faire de palmarès, l'histoire de l'éducation n'a pu se développer que grâce à la création volontariste, indépendante des universités, d'un centre de recherche autonome par le

15 Sur ces problèmes, voir A. Supiot, dir., *Pour une politique des sciences de l'Homme et de la société*, Recueil des travaux, Paris, PUF, 2001, p. 124-125.

ministère de l'Education nationale¹⁶. Le Comité d'histoire de la Seconde Guerre mondiale, fondé dès la Libération, a " inventé ", quand il était encore temps, tout une série d'archives et de témoignages qui auraient disparu si l'on avait attendu que cette période devienne un objet universitaire comme les autres¹⁷. Certains appels d'offres du CNRS ou certaines enquêtes lourdes en histoire et en sciences sociales ont fondé des courants de recherche qui n'auraient pas émergé sans eux¹⁸.

Mais ce premier bilan qui permet de défendre la légitimité d'une incitation globale et donc l'utilité d'organismes de recherche indépendants des universités, au-delà des initiatives des groupes ou des chercheurs eux-mêmes, appelle un correctif pour répondre à la seconde branche de l'alternative précédente. Ces " grosses " entreprises répondent à des conjonctures précises et à un modèle dérivé de la " science lourde ", en partie inadapté, on l'a dit plus haut, aux sciences humaines, ou induisant des rigidités qui finissent par être contre-productives. D'une part, elles maintiennent, plus que de raison, des problématiques liées à une autre conjoncture scientifique. D'autre part, elles rendent plus difficile l'allocation de moyens à d'autres initiatives dans les phases de stagnation relative des crédits de recherche, les équipes en place étant bien placées pour bloquer dans les commissions les innovations qui changeraient la donne à leur détriment, d'autant que le CNRS s'efforce ne pas créer de nouvelles unités sans en désaffilier d'autres pour éviter une inflation indéfinie des groupes labellisés. Les nouvelles initiatives doivent donc attendre souvent trop longtemps une conjoncture porteuse comme celle dont ont bénéficié ces premières institutions ou équipes. Il est donc plus rapide et plus avantageux de ruser avec les dispositifs existants pour faire croire que les projets proposés répondent aux demandes officielles, au risque de trahir les véritables objectifs novateurs.

Cet effet pervers apparaît très clairement, par exemple, dans une maladie que Jacques Le Goff avait proposé d'appeler la " colloquite "¹⁹. Faute d'obtenir des crédits de moyen et long terme pour mener à bien de véritables enquêtes, nombre de chercheurs se rabattent sur la solution plus aisée d'organiser des rencontres où chaque participant propose un morceau de recherche déjà faite ou qu'il a été incité à avancer en fonction de la rencontre (quand il ne répète pas, sous une variante, un travail déjà proposé dans un autre cadre). Dans les cas les plus favorables, les crédits, s'ils sont importants, permettent plusieurs

16 Le Service d'histoire de l'éducation, rattaché à l'INRP et maintenant Unité associée au CNRS, en voie d'intégration à l'École normale supérieure.

17 Il est devenu un laboratoire propre du CNRS sous le nom d'Institut d'histoire du temps.

18 Ainsi l'ATP " Genèse de l'Etat moderne " animée par Jean-Philippe Genet ou l'Enquête des trois mille familles dirigée par Jacques Dupâquier en vue d'analyser la mobilité sociale en France sur deux siècles.

19 Jacques Le Goff, " Une maladie scientifique : la colloquite " dans *AIAC News Bollettino informativo dell'Associazione Internazionale di Archeologia Classica*, n°2 (Septembre 1994) et n°32 (décembre 1993) de la revue du CNRS, *Sciences de l'Homme et de la Société*.

rencontres où les écoutes critiques successives donnent la possibilité d'ajuster les communications à une problématique plus cohérente qu'elle ne l'était au départ et d'aboutir, sinon à un véritable livre collectif comme celui qu'aurait produit une véritable enquête de longue haleine, du moins à un ouvrage à plusieurs voix sans trop de cacophonie.

Malheureusement, dans beaucoup de cas, soit il n'y a pas de produit final, soit le produit reste un patchwork disparate où le meilleur côtoie le pire. Cette " colloquite " ne constitue nullement une bonne allocation des ressources. Il serait facile de montrer que l'ensemble des budgets cumulés alloués aux aides des multiples tables rondes (voyages, séjours, repas, frais administratifs, temps d'organisation) aurait permis de créer quelques appels d'offres pour financer des recherches collectives de plusieurs années alors que ces rencontres ponctuelles, souvent sans lendemain, ne contribuent qu'à la prospérité du secteur du tourisme et à la subvention déguisée de quelques éditeurs spécialisés.

De multiples forces poussent à ces solutions de facilité : les services financiers des organismes de recherche et des administrations en général qui préfèrent les dépenses annualisées et non renouvelables, les autorités politiques qui organisent avec des spécialistes le même genre de rencontres à des fins de commémoration ou de relations publiques et, en retour, patronnent brièvement certains congrès scientifiques à titre de mécénat éclairé, nombre de chercheurs aussi qui y trouvent un espace de sociabilité valorisant et une manière facile de rentabiliser au moindre coût des travaux indéfiniment repris et ressassés face à des auditoires différents et souvent moins exigeants, politesse réciproque oblige, que des étudiants avancés ou des comités de lecture de revue.

Sans prétendre évidemment disposer de remèdes miracles par rapport à certains trompe-l'œil bureaucratiques qu'on propose sous des habillages variés, les véritables pistes pour des solutions me paraissent résulter des éléments critiques précédents : éviter tout ce qui aligne trop les structures de recherche en sciences humaines et sociales sur celles des sciences de la nature, privilégier les formules qui permettent de partir des propositions des équipes réelles et non de bureaucraties ou d'ensembles formels réunis pour la circonstance (ce sont les « programmes blancs » qui sont maintenant offerts par l'ANR), financer le travail de fond plutôt que les sujets liés à la mode et au faire-valoir médiatique (or ici la politique actuelle va plutôt à l'inverse), soutenir ce qui est le moins soutenu dans les dispositifs en place et les institutions établies grâce à des appels d'offres ambitieux²⁰, encourager tout ce qui rompt avec les tropismes na-

20 Sur le modèle des " *Sonderforschungsbereich* " des fondations allemandes ou de la *Deutsche Forschungsgemeinschaft* (équivalent du CNRS), qui impliquent des évaluations beaucoup plus serrées, en aval et en amont, que dans leurs équivalents français très approximatifs, faute d'une expertise réelle des dossiers toujours traités à la va-vite par des experts déjà surchargés d'autres tâches. Le rapport de Maurice Godelier, *L'Etat des sciences de l'homme et de la société en France*, op. cit., avril 2002, fait des propositions convergentes (cf. p.123-124) et s'inspire des expériences allemandes.

tionaux²¹, bref jouer sur les contrepoids aux tendances routinières à la reproduction évoquées plus haut et que renforcent toutes les formules bureaucratiques ou influencées par la demande sociale directe, médiatisée par la politique.

Ces idées simples à énoncer sont évidemment plus difficiles à mettre en pratique. Certaines propositions concrètes du rapport Supiot peuvent s'y rattacher comme l'encouragement aux fondations, bien défailtantes en France par rapport à l'Allemagne et aux Etats-Unis (elle a reçu un début d'application avec la création de l'Ecole d'économie de Paris par le gouvernement de Villepin), la création de postes échappant aux découpages disciplinaires²², l'institution d'une "veille scientifique" pour éviter la forme douteuse de l'internationalisation qui n'est qu'un suivisme à partir des pôles dominants de la recherche en sciences sociales et résulte souvent de modes technocratiques ou journalistiques (les "questions de société").

Mais il est un point que nombre de ces textes programmatiques n'abordent pas franchement, précisément parce que leurs lettres de mission découpent le réel en fonction des impératifs de l'heure. Une politique de recherche en sciences humaines, plus qu'ailleurs, dépend intimement de la politique d'enseignement supérieur puisqu'elle conditionne, en amont, le renouvellement des générations de chercheurs, donc des équipes et des sensibilités aux thèmes nouveaux. Celle-ci, après une phase de renouveau au début de la décennie 1990, traverse une mauvaise passe dont s'est inquiété un rapport sénatorial récent²³. Le clivage entre chercheurs et enseignants-chercheurs ne fait que s'aggraver et rien dans la politique récente ne cherche à l'atténuer.

Le renouvellement de la population des futurs chercheurs et enseignants chercheurs, processus en cours, dépend des résultats de la politique menée dans les troisièmes cycles universitaires, quelques années plus tôt. Or ceux-ci reproduisent, en les amplifiant, les déséquilibres évoqués précédemment : le plus grand nombre de thèses est soutenu dans les universités parisiennes²⁴ et dans quelques grandes universités régionales, tandis que les postes qui s'ouvrent au recrutement se trouvent, pour la plupart, dans des universités petites et moyennes qui s'arrangent pour privilégier les recrutements à base locale. Il en résulte des concours très inégalement sélectifs selon les lieux, les discipli-

21 Ceci demanderait une analyse critique du faux international qui consiste à additionner des représentants de plusieurs pays (pour des raisons d'équilibre diplomatique) dans un même projet. L'un des grands déficits de l'internationalisation est la méconnaissance des travaux étrangers, souvent non achetés par les bibliothèques (faute de lecteurs et de crédits) et encore moins traduits (faute de rentabilité éditoriale) ou analysés dans les revues faute de comptes rendus, genre méprisé de la production scientifique et pourtant essentiel.

22 Ce rapport l'appelle "voie blanche du recrutement" (*op. cit.*, p. 81).

23 "Des universitaires mieux évalués, des universités plus responsables", Commission des finances, Comité d'évaluation des politiques publiques, *Les Rapports du Sénat* n°54, 2001-2002, rapport sous la direction de Y. Fréville.

24 En histoire, 67,8 % des thèses soutenues le sont en région parisienne, 71,7 % des thèses de sociologie et 77,3 % des thèses d'ethnologie (Ch. Soulié, art. cit., p. 3).

nes et les origines des candidats, phénomène d'autant plus paradoxal que l'amélioration de l'encadrement doctoral a contribué à pousser vers le haut (inégalement, il est vrai, selon les disciplines) la qualité générale des thèses. Le décalage entre le nombre de candidatures et celui des postes à pourvoir est considérable: pour l'ensemble des disciplines, il est de 5,5 candidats pour un poste de maître de conférences, mais de 8,2 candidats par poste en histoire contemporaine. Alors qu'on dénombre 11 candidats par poste de chargé de recherche au CNRS, on atteint 17,3 candidats par poste en histoire moderne et contemporaine. Ces écarts, au détriment des sciences sociales, rendent certains concours plus proches de la loterie que de l'évaluation raisonnée²⁵. Au concours 2000, on arrive ainsi à un âge moyen de recrutement des maîtres de conférences de 37 ans et 4 mois, contre 33 ans et 5 mois pour l'ensemble des disciplines. Désormais, les vrais postes de rang B donnant accès à une véritable recherche, au CNRS, dans les grands établissements et les grandes universités, deviennent ainsi parfois plus difficiles d'accès que les postes professoraux. Cette inversion des hiérarchies de difficulté, par le jeu des files d'attente et du bouche-à-oreille, ne peut qu'avoir des effets démoralisants sur les aspirants à la recherche en sciences sociales, domaine déjà dans l'ombre portée des autres disciplines.

Paradoxalement, certaines politiques de recrutement aggravent, au lieu de les atténuer, ces dérives. Pour rajeunir le corps des chercheurs, le CNRS et les autres établissements de recherche ont durci les limites d'âge pour postuler aux postes de premier niveau. En sciences sociales malheureusement, où les conditions de préparation des thèses sont plus aléatoires que dans les autres disciplines et où la durée réelle d'achèvement des doctorats est supérieure à la durée théorique²⁶, ce barrage a introduit un clivage social entre les candidats aux profils scolaires les plus classiques, bénéficiaires des allocations, et les autres que leurs origines géographique, scolaire et souvent sociale ont privés de ces aides. Or, comme le remarque un président de commission du CNRS du secteur des humanités, interviewé dans le rapport sénatorial cité : " nous sommes conduits à recruter presque exclusivement des " bons élèves " dont le profil-type – école normale, agrégation, thèse, est rassurant mais pas toujours indicatif de réelles aptitudes à la recherche. Davantage de postes de CR1 nous donneraient plus d'assurance de pouvoir recruter de véritables chercheurs ayant déjà fait leurs preuves. "27. La politique de fléchage de certains postes pour abaisser la concurrence à l'entrée et encourager certains thèmes délaissés conduit aussi à d'autres injustices, les fléchages étant souvent décidés en

25 Rapport cité, p. 169, 174, 175 et 179.

26 80 % des thèses en sciences de la matière et de la vie ont bénéficié d'une allocation de recherche, contre seulement 25 % des thèses en sciences humaines et sociales (Rapport Fréville cité, p. 141).

27 F. Azouvi, président de la section 35 " pensée philosophique, sciences des textes, création artistique, scientifique et technique ", in Y. Fréville rapport cité p. 503.

fonction de choix politiques et de l'air du temps plutôt que d'une réflexion à moyen et long terme.

Ce décalage de temporalité entre les logiques de formation et de formation à la recherche et les priorités affichées, liées aux changements politiques et aux changements administratifs consécutifs, produits d'un temps plus court, contribue à rendre sceptique la communauté scientifique sur les finalités réelles de certaines politiques de recherche. La France est sans doute l'un des pays où, malgré la revendication d'autonomie ancienne des intellectuels et leur contribution à l'édification d'un appareil de recherche relativement autonome par rapport aux universités, la politisation des enjeux scientifiques, notamment, mais pas seulement, en sciences sociales, a pris un tour caricatural, au gré des alternances des majorités parlementaire ou présidentielle. Outre l'inefficacité de mesures qui ont à peine le temps de produire leurs effets au moment où de nouvelles équipes les remettent en cause, ce phénomène décrédibilise la notion même de politique scientifique et démoralise chercheurs et enseignants chercheurs attachés à d'autres valeurs que l'opportunisme et les effets de mode.

Pierre Bourdieu, dans un texte peu connu, comparaît la logique d'une recherche au glissement d'un paquebot sur son erre²⁸. Les universités, les grands établissements, le CNRS et leurs laboratoires et instituts sont tous, à leur façon, des paquebots que des capitaines de quelques années prétendent faire évoluer comme des catamarans de compétition et sans trop demander d'avis autorisés aux équipages au nom de l'efficacité technocratique. Un autre art de la navigation, propre aux sciences sociales et attentif aux chercheurs jeunes et moins jeunes, est l'un des premiers commandements à observer pour rompre avec les dérives décrites précédemment²⁹. Mais cette navigation, elle-même, ne trouvera sa boussole que si chaque chercheur ou universitaire réfléchit de façon critique sur sa pratique au lieu de suivre certains usages académiques routiniers encouragés par les institutions et si, en retour, les instances d'évaluation pratiquent la même réflexivité sur leurs pratiques majoritaires.

Bibliographie

ARESER, Quelques diagnostics et remèdes pour une université en péril, Paris, Liber, Raisons d'Agir, 1997.

Pierre Bourdieu, *Homo academicus*, Paris, Minuit, 1984.

CNRS, Rapport d'activité octobre 1963-octobre 1964, Paris, CNRS.

28 " Un chercheur ou un penseur, c'est comme un paquebot : les tournants, ça prend un temps fou ", in " A contre-pente, entretien avec Philippe Mangeot ", *Vacarme*, décembre 2000, pp. 4-14.

29 On trouvera quelques propositions complémentaires à ce sujet dans l'ouvrage collectif que j'ai animé avec P. Bourdieu (ARESER, *Quelques diagnostics et remèdes pour une université en péril*, Paris, Liber, Raisons d'Agir, 1997) et dans C. Charle, "Université et recherche dans le carcan technocratique", in *Le Monde diplomatique*, septembre 1999, pp. 24-25.

- Christophe Charle, *La République des universitaires (1870-1940)*, Paris, Le Seuil, 1994.
- C. Charle et Charles Soulié (dir.), *Les ravages de la « modernisation » universitaire en Europe*, Paris, Syllepse, 2007.
- C. Charle “ Historien une nouvelle profession ? ”, in F. Bédarida (dir.), *L'histoire et le métier d'historien en France 1945-1995*, Paris, Editions de la Maison des sciences de l'homme, 1995, pp. 21-44.
- C. Charle, « Université et recherche dans le carcan technocratique », in *Le Monde diplomatique*, septembre 1999, pp. 24-25.
- C. Charle, « Faut-il coter les facultés européennes ? », *Le Monde diplomatique*, septembre 2007, p. 8.
- Alain Chatriot, « Eléments pour comprendre le débat sur la recherche en France aujourd'hui », *Regards sur l'actualité*, n°301, mai 2004, p. 5-19.
- Vincent Duclert et Alain Chatriot (dir.), *Quel avenir pour la recherche ?*, Paris, Flammarion, 2003, 349 p.
- « Economies de la recherche », *Actes de la recherche en sciences sociales*, 164, septembre 2006.
- « Entreprises académiques », *Actes de la recherche en sciences sociales*, 148, juin 2003.
- Yves Fréville, *Des universitaires mieux évalués, des universités plus responsables*, Les rapports du Sénat, n°54 2001-2002, 521 p.
- Maurice Godelier, *Les sciences de l'homme et de la société en France. 01, analyse et propositions pour une politique nouvelle / rapport au Ministre de la recherche et de l'industrie* Paris : la Documentation française, 1982, 559 p.
- M. Godelier, *Les sciences de l'homme et de la société en France. 02, rapports complémentaires / rapport au Ministre de la recherche et de l'industrie*, Paris : la Documentation française, 1982, 211 p.
- L'état des Sciences de l'Homme et de la Société en France et leur rôle dans la construction de l'Espace Européen de la Recherche. Rapport à l'attention du Premier ministre par Maurice Godelier, Paris, avril 2002 (disponible sur le web : <http://www.enseignementsup-recherche.gouv.fr/rapport/archives.htm>)
- Michel Grossetti et Béatrice Milard, « Les évolutions du champ scientifique en France à travers les publications et les contrats de recherche », *Actes de la recherche en sciences sociales*, n°148, juin 2003, p. 47-56.
- Marc Guillaume (dir), *L'état des sciences sociales en France*, Paris, La Découverte, 1986.
- Brigitte Mazon, *Aux origines de l'École des hautes études en sciences sociales : le rôle du mécénat américain 1920-1960*, Paris, Cerf, 1988.
- Jean-François Picard, *La République des savants, la recherche française et le CNRS*, Paris, Flammarion, 1990.
- Répertoire national des laboratoires la recherche universitaire tome 3 Sciences humaines et sociales, 1982, Ministère de la Recherche et de l'industrie.
- Charles Soulié, « Précarité dans l'enseignement supérieur. Allocataires et moniteurs en sciences humaines », *Actes de la recherche en sciences sociales*, 115, décembre 1996, pp. 58-64.
- C. Soulié et Sylvia Faure, “La recherche universitaire à l'épreuve de la massification scolaire”, avec Sylvia Faure, *Actes de la recherche en sciences sociales*, n°164, septembre 2006, p. 61-74
- Alain Supiot *Pour une politique des sciences de l'Homme et de la société*, Paris, PUF, 2001, 245 p. (disponible sur le web : <http://www.enseignementsup-recherche.gouv.fr/rapport/archives.htm>).

Jean Viet, Les sciences de l'homme en France : tendances et organisation de la recherche ; [préf. de Jean Stoetzel] Paris ; La Haye, Mouton, 1966.

	Grands instituts	Grands établissements	Facultés	CNRS
1939				Création
1941	Fondation française pour l'étude des problèmes humains			
1945	Devient l'Institut national d'études démographiques	Fondation nationale des sciences politiques		Nouveau statut
1947		Vle section de l'Ecole pratique des Hautes Etudes président Lucien Febvre	Licence de psychologie	
1950				Création d'une commission de psychologie-sociologie au CNRS
1952			Laboratoire de psychologie sociale à la Sorbonne	
1958	DGRST chargée de définir la politique de recherche	Claude Lévi-Strauss au Collège de France		
1959			Licence de sociologie	Réforme du CNRS 13 sections pour les sciences humaines
1966				Création des laboratoires associés aux établissements universitaires
1968			"Evénements" nouvelle loi réformant les universités	
1975		Vle section devient l'EHESS		
1982	Etats généraux de			

	Grands instituts	Grands établissements	Facultés	CNRS
	la recherche en sciences de l'homme et de la société et Rapport Godelier			
1984			Loi Savary sur les universités; réforme du régime des thèses	
1986				Abandon du projet de suppression du CNRS par la majorité de droite
2002	Nouveau rapport Godelier			
2003			Mouvement "Sauvons la recherche"	
2006			Pacte pour la recherche	
2007			Loi sur les universités	

L'autonomie scientifique dévoyée

Die Autonomie der Wissenschaften auf abschüssiger Bahn

En prologue je rapporterai trois informations : le 23 octobre 2007 une association (Ecrin) a organisé à Paris une formation sur la commercialisation de la recherche « pour que les chercheurs puissent enrichir leur compétence spécifique d'un savoir faire emprunté aux commerciaux » ; ce même mois d'octobre les patrons des entreprises de l'est parisien ont organisé une sorte de forum de rencontre et d'embauche des étudiants titulaires d'un master de lettres et sciences humaines : ils espéraient au moins 3000 demandes à peine 300 étudiants sont venus, la ministre des enseignements supérieurs en a tiré les conclusions qu'il fallait de toutes urgence rapprocher la formation universitaire de l'esprit entrepreneurial. Enfin depuis quelques jours la présidente du groupement patronal (MEDEF) multiplie les réunions avec des responsables universitaires pour promouvoir les réformes : réception des présidents d'écoles doctorales, visite officielle de la Sorbonne¹... l'enseignement supérieur et la recherche sont décidément un objet d'attentions des agents du monde économique.

Les transformations de l'enseignement supérieur et de la recherche dans les pays où elles sont en cours obéissent à trois principes : rationaliser les investissements publics si ce n'est les réduire, donc, là où ils existaient, modifier l'organisation des services publics, rentabiliser la culture en la subordonnant à l'efficacité économique et, enfin, obtenir le meilleur classement possible dans les palmarès censés mesurer la visibilité, donc la qualité, des travaux et des formations. Les ministres des différents pays européens s'emploient depuis déjà longtemps à transformer ces principes en réalité et, pour ce faire, se sont encore réunis en novembre 2007 pour s'informer mutuellement de l'avancement de la « modernisation » des universités².

Des « réformes » sont en effet en cours qui, bien qu'elles prennent des formes différentes selon l'organisation antérieure des universités, l'importance du monde intellectuel et les résistances que le pouvoir politique rencontre pour imposer des transformations, relèvent de la même inspiration. Pour citer quelques exemples, en Suisse la mise en place d'une « nouvelle gestion publique »³ a

1 *Les Echos*, 21 novembre 2007.

2 Conseil de l'Union européenne, *Education, jeunesse et culture*. Bruxelles ; 15-16 novembre 2007 ; [14806/07 (presse 256)].

3 Benninghoff M., Leresche J.Ph., *La recherche, affaire d'Etat. Enjeux et luttes d'une politique fédérale des sciences*, Lausanne, PPUR, 2003.

entraîné une contractualisation systématique⁴, la création d'une agence de moyens qui incite les universités à travailler sur des programmes définis par une commission gouvernementale sur la base des desiderata des entreprises alors que certains établissements universitaires doivent trouver les financements de leurs recherches et des salaires afférents⁵. En Allemagne, la réforme mise en place passe par la distinction entre les universités moyennes, les universités performantes qui collaborent avec les entreprises (Exzellenzcluster) et les universités « d'élite » qui, dans le cadre de la « stratégie d'avenir » (Zukunftskonzepte) cumulent les avantages d'une école doctorale réputée et d'une capacité à répondre aux demandes de l'économie, alors que les universités devenues « autonomes » doivent chercher des financements auprès de l'Etat, des Länder, des grandes institutions de recherche, des entreprises ou des associations et que des contrats de droit privé sont autorisés dans certains établissements. En Grèce les transformations de l'université ont donné lieu à des grèves et manifestations importantes en 2006 et 2007. En France, la transformation des cursus (processus de Bologne) et la mise en place des diplômes à points (ECTS) est réalisée depuis le décret du 8 avril 2002 ; la réforme de la gouvernance des universités, à laquelle le ministre de l'enseignement supérieur du gouvernement Raffarin avait du renoncer devant les manifestations étudiantes, a été, sous une forme légèrement différente, promulguée dans les premières semaines de la présidence de Sarkozy ; la réforme de l'organisation de la recherche, proposée et abandonnée par le gouvernement Raffarin devant la montée en puissance de l'opposition des chercheurs, a été en fin de compte votée sous le gouvernement Villepin et a créé une agence de moyens, l'ANR, pour mettre en place le « pilotage par projets » qui devrait à terme entraîner une modification du CNRS. La transformation des fonctions et du statut des enseignants-chercheurs, déjà fortement modifiés par la loi sur l'autonomie des universités, devrait être à l'ordre du jour des prochaines interventions gouvernementales comme l'annoncent les deux derniers rapports rédigés par un ministre⁶ et un recteur d'académie⁷ qui affirment haut et fort la nécessité d'une rationalisation de la gestion et la subordination de l'éducation au monde économique. Leurs propositions conduisent à distinguer « des universités intensives de recherche » renforcées par une politique de création « de grands sites universi-

4 Haefliger G., « La contractualisation dans l'encouragement de la recherche scientifique : principes, objectifs, résultats », in Perrot M.D., Du Pasquier J.N., Joye D., Leresche J.Ph., Rist G., *Ordres et désordres de l'esprit gestionnaire*, Lausanne, Editions Réalités Sociales, 2006, 255 p., pp. 94-107.

5 Giauque D., « Des outils nouveaux pour renouveler la recherche : de la gestion par résultats à la technocratie », in Perrot M.D., Du Pasquier J.N., Joye D., Leresche J.Ph., Rist G., *Ordres et désordres de l'esprit gestionnaire*, Lausanne, Editions Réalités Sociales, 2006, 255 p., pp. 124-137.

6 Goulard F., *L'enseignement supérieur en France. Etat des lieux et propositions*, Paris, Ministère de l'Education nationale, 2007.

7 Hetzel P., *De l'Université à l'emploi*, Paris, Ministère de l'Education nationale, 2006.

taires », « des universités moyennes » qui ne possèdent que quelques laboratoires reconnus internationalement, et enfin « des universités de proximité » dirigée vers l'accompagnement des entreprises locales. Les enseignants eux-mêmes seraient divisés en groupes, (des enseignants « d'élite », des enseignants chercheurs et des « enseignants universitaires » réduits, comme le veut l'OCDE, à leur seule fonction d'enseignement. La dernière loi, comme les rapports récents, conduisent aussi à renforcer tous les processus de professionnalisation (dont l'introduction dans la licence d'un module de « projet professionnel personnalisé ») pour faciliter « l'employabilité » des étudiants. Elle conduit enfin à transformer la « gouvernance » des universités pour qu'elles s'engagent, comme le veut d'ailleurs la récente Loi Organique relative aux Lois de Finance dite LOLF, « dans une logique de performance et d'efficience, avec des priorités clairement affichées permettant de mesurer les résultats obtenus au regard des objectifs fixés et des moyens mobilisés ». Ainsi « efficacité », « contrôle », « évaluation », « projet », « objectif » pourront devenir des réalités. En somme ces rapports, comme d'ailleurs tous ceux qui les ont précédés, s'inscrivent dans la perspective de l'OCDE qui affirmait que « l'instruction n'est plus vue comme une obligation collective mais un investissement individuel banalisé. L'idée fondatrice est que l'intérêt général procède de la libre décision d'agents supposés rationnels échangeant sur des marchés concurrentiels. » Pour le dire autrement « on n'a plus besoin d'une institution scolaire mais de producteurs de services d'enseignement qui répondront d'autant plus efficacement à la demande qu'ils seront concurrentiels ».

Dans tous les cas il s'agit de prendre comme modèle le « système nord américain ». Après avoir, avant la première guerre mondiale, fait entrer les représentants des entreprises dans les conseils des universités et créé, durant cette même guerre, des agences de moyens subordonnant les programmes de recherche aux intérêts d'Etat, les Etats-Unis, on le sait, se sont dotés, dans les années 80, d'une législation qui, en facilitant le dépôt et l'exploitation de brevets par les universités d'une part et en accordant des avantages fiscaux et commerciaux aux entreprises qui y investissent d'autre part⁸, suscite l'admiration de ceux qui ne veulent pas voir les effets de l'impérialisme culturel et de la domination symbolique qu'elle entraîne.

La rentabilisation de la culture

De fait, la transformation des systèmes universitaires n'est qu'un élément d'un processus social plus large qui met en cause l'autonomie des champs culturels pour les soumettre aux pressions hétéronomes de l'économie et de la politique. Ainsi, bien avant les réformes mises en place, l'accentuation de la dépendance affectait déjà les producteurs littéraires, surtout s'ils œuvraient pour les médias

8 Stevenson-Wydler, Technology Innovation Act, d'une part, et Patent and Trademark Law Amendments Act (plus connue comme loi Bayh-Dole), d'autre part.

et groupes de communication ; les artistes (musiciens, peintres...), surtout lorsque leur pratique était liée au marché ; et les scientifiques, surtout ceux qui devaient utiliser des moyens de recherche conséquents, donc onéreux, et, par là, obligés de se soumettre aux contraintes du travail collectif et notamment aux programmes et contrôles que pouvaient élaborer les administrateurs d'État. L'Université, bien avant les réformes décidées par les Conseils européens connaissait, elle aussi, les effets de ces luttes (mais de façon différente selon les disciplines). Elle se trouvait déjà dévaluée par des stratégies d'agents représentants de groupes sociaux dominants qui lui préféraient les écoles spécialisées privées, particulièrement les écoles de commerce et de management, et contrôlée par une administration de la science et de la culture qui n'entendait pas céder son pouvoir. Cet ensemble de menaces plus ou moins déstabilisatrices a vu sa force démultipliée par les stratégies des groupes économiques et politiques qui profitent de cette situation pour imposer leurs points de vue. Tout s'est passé comme si les promoteurs des réformes avaient profité d'une crise des systèmes universitaires européens (due à la croissance du nombre d'étudiants, aux modifications de leurs caractéristiques culturelles héritées, aux difficultés de financement qu'entraînait le recrutement d'enseignants supplémentaires, à la diminution des crédits de fonctionnement et des crédits de recherche dans un monde de plus en plus séduit par les principes néo-libéraux de diminution des impôts et prélèvements et obligé de se soumettre aux contraintes budgétaires du traité de Maastricht) qui suscitait une sorte de remise en cause plus ou moins explicite de l'adhésion à l'ordre universitaire établi, pour tenir un discours « réaliste » à même de rendre concevable et même attractive la nouvelle organisation qu'ils souhaitaient pour l'enseignement supérieur⁹.

Très tôt, en effet, divers « think-tanks » et « lobbys », des institutions internationales, des Conseils européens et enfin la Commission européenne, réclamaient une « nécessaire restructuration institutionnelle » de l'enseignement supérieur pour qu'il se rapproche des entreprises en créant des synergies, des transferts de connaissances entre les laboratoires publics et la recherche appliquée des entreprises privées et surtout pour qu'il apprenne à « prospecter des marchés », « à manager ses compétences ». Mais pour cela il fallait que les universités « peu flexibles », « peu efficaces », « trop lentes à s'adapter aux changements » changent radicalement de système de fonctionnement et de « gouvernance » et acceptent la concurrence¹⁰. Ces supputations ont été trans-

9 Montlibert Ch. de, *Savoir à vendre. L'enseignement supérieur et la recherche en danger*, Paris, Raisons d'Agir, 2004.

10 Cette manière de voir repose sur une conception qui ne connaît que des individus isolés en lutte les uns contre les autres pour accroître leur profit. « Seule la concurrence », comme le disait le défenseur du libéralisme, Paul Leroy Beaulieu en 1891, transporte vers l'efficacité « les entreprises privées en vertu de la flexibilité dont elles jouissent, de la rapidité aux adaptations successives, de la part plus grande qu'elles font à l'intérêt personnel, à l'innovation, de leur responsabilité mieux définie à l'égard de leur clientèle, de la concurrence qu'elles subissent et qui les stimule... ».

formées en objectifs lors du Conseil Européen de Lisbonne du 24 mars 2000 qui appelait « un programme ambitieux en vue de moderniser les systèmes d'éducation », réaffirmées par divers Conseils européens dont celui de Bruxelles en 2003 qui voulait « transformer les idées en réelle valeur ajoutée ; stimuler l'interaction entre le secteur industriel et les établissements de recherche et réaliser notre potentiel de création d'entreprises ».

Pour bien le comprendre il faut savoir que ces idées apparaissent dans un rapport d'un « think tank », l'ERT, (table ronde des principaux industriels européens) dès 1989¹¹. Les industriels qui composaient ce groupe reprenaient la même antienne que chantaient déjà les patrons français, vingt ans plus tôt : « les enseignants n'ont qu'une compréhension insuffisante de l'environnement économique, des affaires, de la notion de profit ». Les souhaits et projets du patronat furent repris dans un second rapport, en 1990, intitulé Éducation et formation à distance, remis comme le précédent à la Commission européenne. Ce rapport développait l'idée que « le monde des affaires pourra devenir "utilisateur", "concepteur" et "négociant" des contenus enseignés ; lui seul, en effet, est à même de rentabiliser le marché prometteur de la formation ». En 1991 la Commission européenne publiera à son tour deux rapports, l'un en mai l'autre en novembre, intitulés Rapport sur l'enseignement supérieur ouvert et à distance (SEC 91, 388 final) et Mémoire sur l'apprentissage ouvert et à distance (COM 91, 388 final) très inspirés par ces idées. Un nouveau vocabulaire (ouverture, entreprise, industrie, vente, marché, offre et demande, concurrence prestataires, produits, compétitif, clients), jamais encore appliqué à l'enseignement supérieur, apparaît : on y apprend en effet qu'« une Université ouverte est une entreprise industrielle... Cette entreprise doit vendre ses produits sur le marché de l'enseignement que régissent les lois de l'offre et de la demande », mais aussi que « la concurrence entre les prestataires, en permettant d'améliorer les produits, obligera les universités à rester "compétitives", "ouvertes sur les réalités économiques", "sensibles au concret" ».

En 1994, la Banque mondiale est intervenue à son tour et a insisté sur la crise de financement de l'enseignement supérieur entraînée par une hausse des coûts tribuaires de l'accroissement du nombre d'étudiants. Aussi conseilla-telle de « diversifier » les établissements en fonction de la demande sociale et de mettre en place des institutions moins coûteuses. Le rapport de l'OCDE de 1996 fut plus radical encore puisqu'il affirmait que l'apprentissage tout au long de la vie ne saurait se fonder sur la présence permanente d'enseignants et qu'il faudra bien reconnaître l'existence de « prestations de services éducatifs ». Reste que cette libéralisation du marché de l'enseignement ne peut fonctionner que si les législations nationales sont défaites. Pour ce faire, on a inventé le diplôme à points, première étape vers une carte d'accréditation des compétences dont serait munie chaque étudiant. Mais pour atteindre un tel objectif il fallait modifier et unifier l'organisation des curricula universitaires.

11 Observatoire de l'Europe industrielle, *Europe Inc. : liaisons dangereuses entre institutions et milieux d'affaires européens*, Marseille, Agone, 2000.

En 1998, 1999 et 2000, l'OCDE multiplie les rapports sur l'état de la recherche et l'enseignement supérieur. Dans le texte « La recherche universitaire en transition » (1998), les experts de l'OCDE insistent sur la nécessité d'une administration offensive de la recherche à même d'engranger des « contrats » avec les entreprises et d'adapter ses formations au marché de la recherche-développement. En 1999, ces mêmes experts utilisent l'expression « d'entrepreneuriat universitaire » et invitent les responsables d'unités de recherche à « prospecter les marchés », à « manager leurs compétences ». D'ailleurs les universités doivent devenir compétitives pour proposer aux firmes mondiales qui font leur marché des « compétences » au « meilleur rapport qualité prix ». Pour cela il fallait, disait encore, en 2000, le rapport de l'OCDE, supprimer les instances collégiales trop sensibles à la recherche de consensus et surtout à l'affirmation de valeurs universalistes et les remplacer par des « équipes de direction » travaillant à réaliser des « plans stratégiques » (management par objectifs et pilotage de la recherche par projets) et à développer « une culture d'entreprise ».

Cette manière de voir est progressivement devenu la doxa des responsables des gouvernements : elle structure leurs manières de voir les problèmes de l'organisation et de la recherche dans l'enseignement supérieur (avec, par exemple, la mise en place des « 4 E » – fédération européenne des syndicats étudiants ESIB, association européenne des universités AUE, association européenne des établissements d'enseignement supérieur EURASHE, réseau européen pour l'assurance qualité ENQA – mandatés en 2003 pour mettre au point des références, des procédures et des lignes d'orientation)¹² et laisse espérer une plus grande efficacité au moindre coût¹³.

Une pensée mythique

Reste que ces manières de voir le monde ne s'imposeraient pas avec une telle force si elles ne reposaient pas sur une croyance forte. Tout laisse penser que l'on est ici dans un univers résistant à toute épreuve de réalité grâce à une réinterprétation permanente¹⁴ qui trouve son principe de réalisation au fait qu'elle

12 Garcia S., « L'Europe du savoir contre l'Europe des banques ? La construction de l'espace européen de l'enseignement supérieur », *Actes de la recherche en sciences sociales*, 2007, n° 166-167, pp. 80-93.

13 Ce qui ne fera que prolonger, en France, la grande misère de l'enseignement supérieur qui n'a jamais bénéficié d'un financement conséquent, ne serait-ce que proportionnel à l'augmentation importante du nombre d'étudiants.

14 Max Weber s'était déjà affronté, tant il est structurellement récurrent, à cette revendication du capitalisme d'être le porte parole et le représentant de la forme la plus achevée de la rationalité ; on sait qu'il a, magistralement, contribué à montrer que ce rationalisme affiché ne peut guère s'appliquer qu'à l'organisation des facteurs de production et encore de manière limitée tant elle n'est jamais totalement indépendante de considérations sociales relevant d'une logique de domination.

est enracinée « dans sens commun économique, lié, en tant que tel, aux structures sociales et aux structures cognitives d'un ordre social particulier. »¹⁵

De fait tout semble se passer comme si une sorte de pensée mythique d'un monde qui serait devenu « postmoderne » s'était progressivement mise en place et que, par une sorte de magie, elle devenait la réalité du monde. Cette croyance, au niveau de la rationalité que possède tout mythe, part d'une constatation – le monde d'aujourd'hui a changé – présentée comme la réalité pour en déduire la nécessité pour l'université de s'y adapter. En témoignent tous les termes des discours qui permettent d'introduire une rhétorique d'objectivité¹⁶. Ce mythe articule les propositions selon une rhétorique logique qui produit ainsi un « raisonnement » de vérité¹⁷. On comprend que ce discours qui possède toutes les apparences de la cohérence puisqu'il repose sur un syllogisme (l'organisation universitaire était adaptée au monde d'autrefois, or le monde a changé, l'université n'y est plus adaptée, une autre université est donc nécessaire) réussisse à convaincre en se faisant passer pour une analyse des changements du monde social et une déduction des conséquences probables. Mieux, ce discours mythique sait s'allier à un discours savant de spécialistes de sciences sociales¹⁸. L'idée centrale de ces ouvrages est qu'autrefois l'Université, l'industrie, le savoir scientifique et les pratiques technologiques étaient relativement indépendants (mode 1) alors qu'aujourd'hui (mode 2) l'interdisciplinarité, la mobilité des savants et praticiens réunis temporairement dans des équipes pour des projets à mener à bien, la primauté des intérêts économiques et sociaux dans l'organisation du savoir l'emporteraient et réduiraient à néant la prétention de l'Université et de la recherche à développer une autonomie institutionnelle. En somme les impératifs de la concurrence internationale réorganisent en profondeur les universités qui doivent se résoudre à accepter une diversité de savoirs produite dans des organisations diverses soutenant l'éco-

Mais plus encore il a mis au jour que ce rationalisme n'empêchait en rien le capitalisme de devoir son impulsion à des intérêts imaginaires (d'ordre religieux) et symboliques (relevant de l'honneur social) et surtout de continuer à fonctionner de manière irrationnelle en permettant à quelques uns d'accaparer la plus grande partie de la richesse produite.

15 Bourdieu P., *Les structures sociales de l'économie*, Paris, Seuil, pp. 22-23.

16 « Désormais, prendre acte, la mise en place, en face de, l'issue prévisible, être de plus en plus, sur ce constat, orientation forte et inéluctable, la question est dès lors de nature à permettre de, il s'avère que, il est donc aujourd'hui nécessaire, en vue de répondre efficacement... »

17 « D'abord, parce que, ensuite, afin de, dès lors, donc... »

18 Clark B.R., *Creating entrepreneurial universities : organizational pathways of transformation*, New York, Pergamon Press, 1998. Gibbons M., Limoges C., Novotny H., Schwartzman S., Scott P. et Trow M., *The new production of knowledge : the dynamics of science and research in contemporary societies*, Londres, Sage, 1994. Novotny H., Gibbons M. et Scott P., *Re-thinking science : knowledge production in age of uncertainty*, Oxford, Polity Press, 2001.

nomie¹⁹ l'Université doit donc s'orienter vers une « nouvelle culture de la responsabilisation ».

A un deuxième niveau ce mythe comporte une dimension affective importante opposant l'avenir et le passé comme s'opposent la force et la faiblesse, le masculin et le féminin²⁰. Le clivage induit se trouve en quelque sorte confirmé par la séparation identique que le discours médiatique dominant réalise, dans la presse économique notamment, en mettant en scène et en valorisant les « héros » des aventures du monde contemporain que sont les dirigeants des entreprises pris dans les luttes économiques²¹ et en stigmatisant les « déçus » du monde économique que sont les faillis et les surendettés²².

Au centre de ce mythe on retrouve des mots fétiches (comme le mot « modernisation » qui s'impose comme un impératif rejetant dans l'archaïsme tout ce qui s'y oppose, comme aussi les mots « efficacité », « excellence », « concurrence », « transparence », « responsabilité ») qui, comme le disait Max Weber, « sont dotés d'attributs qui les placent dans une position sublime par rapport au monde ». Ces mots, repris sans cesse par la presse, insistent sur une dimension idéologique définissant la modernité comme « changement », « mobilité », voire comme « rupture ». Ce langage prescriptif²³ fait partie de « la nouvelle vulgate planétaire (qui) s'appuie sur une série d'oppositions et d'équivalences, qui se soutiennent et se répondent, (marché/État ; liberté/contrainte ; ouvert/fermé ; flexible/rigide ; dynamique/immobile ; futur/passé ; nouveau/dépassé ; croissance/immobilisme ; individu/groupe ; individualisme/collectivisme ; diversité/uniformité ; démocratique/totalitaire) ... »²⁴.

Tous ces termes qui décrivent la situation d'aujourd'hui comme ceux de « concurrence », de « compétition », font parti d'un champ lexical contenant des mots comme « rivalité », « conflit », « lutte », « combat », « antagonisme », « conflagration », « discorde », « opposition », « contestation », « guerre » et s'opposent implicitement à des termes comme « paix », « accord », « coopération », « aide », « assistance », « recours » qui décrivent la situation de

19 « Si les universités ne s'adaptent pas, on se passera d'elles » déclarait Gibbons pour ajouter que la nouvelle université doit produire des connaissances pour les industries du savoir et du personnel hautement qualifié bien adapté à leurs besoins.

20 Les discours montrent que la nouvelle université mise en place par les réformes relève du masculin, de la virilité, de la puissance alors que l'ancienne université évoque un univers féminin, amolli, privé d'énergie.

21 Montlibert Ch. de, *Les agents de l'économie. Patrons, banquiers, journalistes, consultants, élus. Rivaux et complices*, Paris, éditions Raisons d'Agir, 2007.

22 Montlibert Ch. de, « Les surendettés ou les déçus du monde économique », *Regards Sociologiques*, 2006, n°32, pp. 109-133.

23 Ebersold S. et Montlibert Ch.de, « Les consultants et la transformation du champ économique », *Regards Sociologiques*, n°8, 1994.

24 Bourdieu P. et Wacquant L., « La nouvelle vulgate planétaire », in P. Bourdieu, *Interventions 1961-2001. Science sociale et action politique*, Marseille, Agone, 2002.

l'université d'autrefois. Les mots de l'université de l'avenir sont reliés à « prééminence » et « efficacité » qui évoquent la « suprématie », la « primauté », la « domination » d'une part et d'autre part l' « action », la « force », la « puissance », la « virilité », la « souveraineté », le « pouvoir » ; ils s'opposent à des termes comme « infériorité », « obéissance », « servitude », « sujétion », « céder », « fléchir », « plier », « succomber » d'une part et d'autre part à l' « inefficacité », l' « impuissance », la « faiblesse », l' « incapacité », l' « amollissement », la « fragilité » qui caractériseraient l'université dépassée. Que la première figure soit liée à « stratégie » renforce l'évocation du combat, de la guerre, du « militaire » et à l'opposé ramène la seconde figure vers un monde d'apaisement, pacifique, de l'adoucissement et finalement de l' « amour ». C'est dire que s'esquisse avec ces mots une image de l'université à venir qui s'oppose à l'ancienne université dans une dimension imaginaire favorisée par une polysémie qui se soucie moins d'articulation logique des signifiés que d'associations d'idées et de rapprochement notionnel.

Les discours en faveur de la modernisation des universités, entonnés par des essayistes, des « savants », des administrateurs, fonctionnent donc selon une double logique : en même temps qu'ils articulent des constats et des déductions ils laissent advenir des formes plus émotionnelles utilisant des jugements de valeur hérités des plus anciennes représentations et des bribes de discours qui n'ont d'autre validité que celle des figures mythiques.

Sachant la force des croyances il ne faut guère s'étonner que la presse économique cherche à persuader les classes moyennes que leur salut est dans une adhésion à la pensée néo-libérale. Avec les termes justifiant la nécessité de la réforme universitaire, les fétiches et les totems de la culture entrepreneuriale pénètrent plus qu'avant dans les représentations du monde universitaire. Les critiques les plus virulentes véhiculées par la presse écrite et la télévision portent, par exemple, sur la « bureaucratisation » des systèmes de recherche, « la sécurité » du statut des universitaires et chercheurs et leur plus ou moins grande « fermeture » à la collaboration avec les entreprises privées²⁵. Aux dires des journalistes, « fermés sur eux-mêmes », « repliés » sur leurs laboratoires, les chercheurs et universitaires auraient les plus grandes difficultés (et parfois feraient montre des plus grandes résistances) à collaborer avec les entreprises à des projets de transfert de connaissances. En somme, « le goût du risque », « le dynamisme », « le mouvement », « l'ouverture », « le goût de la nouveauté », ne caractérisaient plus la recherche et l'université française qui auraient plus à voir avec « la recherche de sécurité », « l'immobilisme », « le repliement », « l'inertie » et en fin de compte deviendraient une « lanterne rouge ». La lourdeur des procédures et l'absence de « réactivité » de l'administration de

25 Entre le 1^{er} mai 2003 et le 10 mars 2004, par exemple, 36 articles ont été consacrés à la recherche dans le journal économique *Les Échos*, 27 traitaient directement de la nécessité d'une collaboration entre recherche publique et recherche privée et abordaient, « la bureaucratisation » et la « sécurité » du statut de fonctionnaire chercheur.

la recherche, souvent citées, renvoient aux capacités « d'inertie » qui seraient développées par les syndicats de chercheurs, (l'expression de « modèle soviétique » est d'ailleurs parfois utilisée). Les épithètes « ingouvernable », « incapable de se moderniser », reviennent souvent et peuvent même accompagner l'injure diffamatoire (« dinosaures académiques »). En résumé, pour les médias, la corporation des universitaires, obsédée par son statut, bien protégée de l'ouverture à la concurrence, refusant le mouvement et le risque, se priverait des stimulants de la créativité et serait en situation de « mort lente ». C'est dire qu'un « effet de croyance » fonctionne ici et renforce d'autant plus la validité apparente du raisonnement sur « la nécessaire réforme universitaire » que, d'une part, la critique explicite et implicite de l'université » repose sur des ragots éculés et des figures mythiques on ne peut plus conventionnelles et que, d'autre part, elle s'alimente d'une quasi religion de l'économie.

Tout se passe comme si la globalisation financière et le développement d'instances transnationales et supra nationales avaient accéléré la vitesse de propagation et amplifié la visibilité de ces idées²⁶. Progressivement les ministres de l'éducation et les gouvernements des différents États européens vont se laisser convaincre par cette manière de voir le monde et lui donner le supplément d'autorité attaché à la parole d'Etat. D'une certaine façon on peut dire que cette croyance devient la réalité du monde dans la mesure où, comme toutes les actions « à motivation religieuse ou magique » (Weber²⁷) « elle est orientée vers l'ici-bas » et « ne doit en aucun cas être dissociée du cercle des actions à finalité quotidienne ».

Reste que des idées et des croyances n'ont par elles mêmes jamais transformé le monde ; pour agir encore faut-il qu'elles soient soutenues, portées par des groupes sociaux susceptibles de se faire entendre car l'autorité du langage vient toujours des forces qu'ils peuvent mobiliser. On ne comprendrait donc pas grand-chose dans l'émergence de toutes ces réformes si, au-delà des prises de position et affrontements, on ne voyait pas les forces sociales qui sont à l'œuvre et, parmi elles, les transformations de l'univers économique tant les idées dominantes sont toujours les idées des groupes dominants.

Les forces sociales à l'œuvre

La domination du capitalisme nord américain et l'idéalisation de son fonctionnement ne sont pas pour rien dans cette transformation des rapports entre les champs. Au cœur de l'économie états-unienne d'abord s'est développée une

26 Milot P., « La reconfiguration des universités selon l'OCDE. Économie du savoir et politique de l'innovation », *Actes de la recherche en sciences sociales*, 148, juin 2003, pp. 68-73.

27 Kalinowski I., « Introduction » in Weber M. *Sociologie de la religion*, Paris, Flammarion (coll. Champs), 2006, p.17 ; traduction de l'allemand, introduction et notes par I. Kalinowski.

nouvelle forme du capitalisme qui repose sur l'idée qu'une entreprise peut se réduire à son bilan et que sa fonction principale est d'assurer un flux de revenus à ses actionnaires propriétaires. Tout doit être subordonné à cette recherche de valeur actionnariale. Cette exigence du capitalisme a trouvé à se réaliser dans un discours néolibéral dont la Banque Mondiale, le FMI, l'OMC se sont faits les porte-parole : « L'essentiel », déclare un rapport de la Banque Mondiale en 1995, « est d'accroître la flexibilité du travail – même si ce terme a acquis la mauvaise réputation d'être un euphémisme synonyme de diminution des salaires et de licenciement. Dans toutes les régions du monde les réformes les plus importantes impliquent la levée des contraintes pesant sur la mobilité du travail et les flexibilités des salaires, aussi bien que la suppression dans les contrats de travail de toutes références aux services sociaux ». On comprend qu'il faille dès lors transformer l'enseignement supérieur et la recherche pour les rendre plus « flexibles » et plus « adaptables » aux « besoins des entreprises ». En somme pour rendre la recherche européenne compétitive il importe au plus vite de s'engager dans sa « déréglementation ».

Les patronats européens, par l'intermédiaire de leurs nombreuses « agences d'idées » sont directement concernés car, comme au début du siècle aux États-Unis, où les transformations intenses qu'a connues l'enseignement supérieur étaient le résultat d'une modification sans précédent des rapports de classe (la classe des capitalistes industriels remplaçait les élites préindustrielles et imposait sa domination sur le prolétariat), les grandes réformes annoncées sont, aujourd'hui aussi, en relation avec des changements intenses au sein du champ économique. Ainsi tout montre que l'internationalisation du capital et la multi-implantation des firmes les plus puissantes dans le champ économique exigent une nouvelle division du travail et corrélativement une nouvelle différenciation de la formation. Les renversements de pouvoir qui se sont opérés en faveur des financiers (actionnaires, banques, sociétés de placement...) au détriment des managers et des ingénieurs ne peuvent être consolidés qu'autant que le système de formation les entérine et assure leur pérennité²⁸. La course à la hausse de productivité et à l'abaissement des coûts de production qui s'ensuit exige une réactivité et une flexibilité des investissements technologiques justifiant la réorganisation de la production des connaissances. Accumulation d'un capital symbolique, intérêt à une nouvelle division du travail, générali-

28 Sachant que l'investissement dans les institutions pédagogiques permet aussi d'imposer comme principes de formation des intérêts idéologiques particuliers, les réformes ne peuvent pas s'en tenir à la seule adaptation des formations aux besoins des entreprises mais doivent aussi traiter de finalités éducatives, de « savoir-être » comme on dit aujourd'hui, ce que souhaitaient d'ailleurs depuis longtemps les représentants du patronat français désireux de généraliser « la culture d'entreprise ». Dans ces conditions on comprend que les réformes valorisent tant l'acteur rationnel entrepreneur de sa formation, que les nouveaux modes d'évaluation fassent plus appel à des critères entrepreneuriaux qu'aux critères intellectuels traditionnels et que les principes organisationnels du management (audit, entretien d'évaluation, comparaison des performances) dominent ces réformes.

sation de la rationalité économique et affirmation de sa primauté, réorganisation du champ culturel pour qu'il assure au mieux ses fonctions de légitimation du nouvel ordre social économique sont, sans aucun doute, à l'œuvre.

Mais croire que tout vient de l'extérieur serait illusoire – Durkheim faisait, en son temps, remarqué que les transformations sociales étaient plus souvent entraînées par l'incapacité des systèmes existants à assurer leurs fonctions que par les menées des tenants de la nouveauté. A ce titre il faut bien voir que les réformes souhaitées par les forces extérieures au champ intellectuel sont adossées à de nombreux travaux universitaires (Gary Becker, Robert Lucas, Michael Gibbons, Helga Novotny...) qui les légitiment et les valident²⁹ et rencontrent les dispositions d'au moins deux groupes d'agents à l'intérieur même de l'Université désireux ou prêts aux réformes³⁰: d'une part les experts, conseillers, présidents d'Université, directeurs d'écoles d'enseignement supérieur... devenus de plus en plus des technocrates investis dans leurs fonctions, soucieux de leur autorité, sensibles aux avantages de leur nouveau mode de vie, qui verraient d'un bon œil des réformes qui assureraient une continuité et un élargissement de leur pouvoir ; d'autre part, les nombreux docteurs d'université, devenus, faute de postes, les précaires permanents de la recherche, alternant vacations publiques et missions privées, qui – habitués qu'ils sont à remiser leurs exigences pour satisfaire leur commanditaire et, peut être ainsi, obtenir le renouvellement de leur embauche – ont toutes les dispositions pour s'insérer dans un système d'institutionnalisation de la contractualisation.

Tout montre donc que la coalition des forces qui pressent le champ universitaire à se transformer pour se mettre en conformité avec les canons du néolibéralisme n'a des chances de réussir qu'autant qu'elles rencontrent les attentes et les complicités de nombre d' « habitus » qui offrent aux réformes un terrain bien préparés par l'intériorisation du travail d'inculcation préalable qui les a façonnés (« les ressorts préalablement montés » dont parle Pierre Bourdieu).

Les premiers effets des réformes

Schématiquement on peut donc dire que ces réformes sont structurées par une volonté de soumettre les universités à une gestion managériale (transformer les

29 Montlibert Ch. de, *Savoir à vendre. L'enseignement supérieur et la recherche en danger*, Paris, Raisons d'agir, 2004. Milot P., « La reconfiguration des universités selon l'OCDE. Economie du savoir et politique de l'innovation », *Actes de la recherche en sciences sociales*, 2003, n°148, pp. 68-73.

30 A cela, il faut ajouter les forces des entreprises de communication qui ont tout intérêt à ce que les universitaires, les chercheurs et les étudiants utilisent leurs matériels et surtout – on y prête jamais assez d'attention – les forces des spécialistes en « technologies sociales » (consultants, spécialistes des audits, organisateurs...) qui ont su créer un marché pour conseiller les dirigeants et leur apprendre à réorganiser les techniques traditionnelles de domination. Tous entendent bien occuper une place essentielle dans ces systèmes d'imposition de cette vision managériale.

modes de « gouvernance » et « optimiser » la gestion par une rentabilisation des biens matériels et « immatériels » ; d'organiser les enseignements (« la professionnalisation ») et la recherche (« pilotage par projets ») pour prendre en compte des besoins du monde économique ; de concevoir l'étudiant comme un entrepreneur rationnel capable de tenir compte du rapport qualité prix des différents produits proposés sur le marché universitaire ce qui suppose de transformer les conditions nécessaires à la production et à la diffusion de la connaissance (mise en place de nouveaux critères de mesure de l'excellence : agence d'évaluation, palmarès). En somme managérialisation, marchandisation et professionnalisation deviennent les maîtres mots qui non seulement remettent en cause les équilibres entre les fonctions internes et externes que remplissent les universités mais encore les soumettent à l'impérialisme de l'économie³¹ dès lors que L'Etat qui était jusqu'alors censé protéger ce système organise sa dérégulation.

Plus fondamentalement on peut dire qu'on est là en présence d'une lutte entre les normes, les codes et les principes de trois univers: le monde économique, le monde politique et le monde universitaire. L'indépendance des universitaires et chercheurs qui exercent au plus haut degré leur fonction critique, (qui est toujours une remise en cause de la pensée installée et une découverte de ce qui ne se voyait pas jusqu'alors), a toujours irrité aussi bien les gestionnaires qui ont besoin d'uniformité et de permanence que les politiques dont le pouvoir repose sur le plébiscite et le consensus. Mais cette liberté de choix des enseignements et des thèmes de recherche n'existe qu'autant qu'elle a été institutionnalisée dans un mode de fonctionnement reposant sur une organisation particulière: élection des responsables, courte durée des mandats, recrutements qui échappent aux administrateurs, titularisation comme fonctionnaire, affectation des crédits contrôlée par des élus... Supprimer cette organisation et la liberté nécessaire à la recherche, substantielle à la production de la raison scientifique, suivra le même chemin. Que miroitent une espérance d'embauche ou de renouvellement d'un contrat, des primes ou une « bonne notation », des crédits de recherche plus importants ou l'honneur d'appartenir à un établissement d'élite et « l'esprit du commerce » comme « la culture d'entreprise » s'insinueront sans qu'il y ait besoin des injonctions des commanditaires. Mais il est utile de s'arrêter un moment sur les effets déjà observés des réformes et sur

31 Cette conception néo-libérale du rapport au savoir est antinomique de la logique de la connaissance. Des six fonctions de l'enseignement supérieur, aucune n'échappe aux récriminations des partisans d'une primauté de l'économie : les fonctions internes, celle d'un conservatoire de la culture, celle d'invention de nouvelles connaissances, celle de diffusion de manières de penser et d'idéologies se réclamant d'un certain universalisme, de la tolérance, de la liberté de penser, celle d'assurer la reproduction de son institution en formant de futurs professeurs ; les fonctions externes, celle de contribuer à l'organisation de la division sociale ; celle, enfin, de participer à la formation de la force de travail. Il appartient pourtant d'abord aux universitaires de doser l'équilibre entre ces fonctions.

les apories des nouvelles manières d'évaluer « l'excellence » universitaire inspirées par « l'esprit gestionnaire ».

Le discours néo-libéral a fait de la « transparence » son fétiche. D'une part pour se prémunir des « risques inconsidérés » il faut bien évaluer l'efficacité des sociétés de placement et gestion de fonds et élaborer des systèmes de notation des sociétés de courtage, d'autre part pour que les équilibres entre l'offre et la demande s'établissent il faut bien que chaque partie possède toute l'information. Ainsi, de proche en proche, s'est élaboré une sorte de modèle qui s'est généralisé et conduit à réclamer³² la mise en place d'instruments pour mener, dans les centres de recherche universitaire, une politique d'évaluation très différente de celle qui a été menée jusqu'ici dont on peut énoncer comme suit la théorie. Il s'agit de substituer à une évaluation de la qualité des produits (diplômes) une évaluation de la qualité des producteurs (accréditation et palmarès) ce qui implique que les agences d'évaluation ne soient plus nationales mais des agences indépendantes transnationales³³. L'évaluation peut dès lors être rapportée aux normes d'assurance qualité de type ISO 9000 (international organization for standardization) supposées utiles pour l'étudiant et le futur employeur de cet étudiant pour guider leurs choix sur le « marché de la formation » ; elle nécessite aussi des accréditations d'établissements et de programmes qui certifient la conformité à un « référentiel » reconnu par la puissance publique, les employeurs, les experts, les associations de « prestataires de services » d'enseignement supérieur soucieux de préserver leur « image de marque ». Mais cette pratique n'a d'intérêt qu'autant qu'elle est soutenue par des classements et palmarès qui sont censés susciter une concurrence entre établissements, donc suppose-t-on, une amélioration incessante. Cohérente avec cette doctrine – et sur le modèle des écoles de management qui pratiquent toutes la certification – le communiqué de Prague des ministres de l'enseignement supérieur européen a appelé à la mise en place d'un réseau européen d'évaluation de la qualité (ENQA, european network of quality assurance) créé en 2000 ; la commission européenne a élaboré en 2004 une proposition qui, en laissant la liberté de choix aux établissements, recommande de dresser une liste de normes « utilisées comme points de référence (benchmarks) » ; le communiqué de Bergen, en 2005, a mis en place un registre européen d'agences chargées de la garantie de la qualité des enseignements universitaires qui a été complété par le communiqué de Londres en 2007³⁴.

La mise en place de ces nouvelles normes d'évaluation comptables et quantitatives (nombre de citations dans une liste de revues, montant des crédits de recherche obtenus, montants des contrats avec des partenaires privés...) transforme les conditions de production des connaissances. L'exemple des me-

32 *Les Échos*, 9-10 juillet 2004.

33 Garcia S., « Conformer les universités aux exigences de la rentabilité », *Economie et politique*, 2005, n° 608-609.

34 Gagne B., *L'enseignement supérieur français et l'Europe*, Grenoble, IEP, mémoire de master, 2007.

sures de bibliométrie le montre bien : mesurer la qualité d'une recherche à l'aune du nombre de citations revient d'abord à ignorer la question de l'impérialisme culturel³⁵ avec l'imposition d'une langue (dans le classement de Shanghai la quasi-totalité des revues utilisées comme base sont de langue anglaise) et les effets de traduction afférents (Gisèle Shapiro montre qu'aujourd'hui les deux tiers des traductions se font de l'anglais vers les autres langues alors que ce n'était que la moitié il y a vingt ans), à ne pas prendre en compte la domination d'un centre culturel, à un moment donné, sur les chercheurs de la périphérie qui sont dans l'obligation de citer tel ou tel pour rester dans le « main stream » ou bénéficier d'un « brain drain ». C'est aussi ne pas voir les spécificités du discours scientifique³⁶ : tout laisse penser qu'il existe de véritables rhétoriques du discours scientifique qui impliquent d'utiliser différemment la citation : ainsi l'objectif de la publication (soutenir la « vérité » d'une analyse, insister sur sa nouveauté, chercher à modifier la capacité d'un groupe, dans un contexte social donné, à l'accepter, viser la persuasion d'agents externes à la science...) entraîne des usages différents de la citation. Vouloir mesurer la qualité d'une recherche par sa visibilité revient à ignorer que celle-ci dépend de nombreux critères qui n'ont pas obligatoirement à voir avec le travail scientifique : par exemple que la visibilité dépend du nombre de récompenses obtenues par le laboratoire ou du prestige du département d'appartenance et de la discipline³⁷. C'est dire que la visibilité devrait être considérée comme un processus social à expliquer. Mais on ne peut s'en tenir là puisque ce ne sont pas seulement les publications qui sont comptabilisées mais aussi les autres activités des chercheurs : accorder une place plus importante à la recherche de contrats ou à la valorisation économique des résultats n'est pas une opération sans conséquence puisqu'elle affecte « le dévouement désintéressé à l'avancement de la connaissance »³⁸. Cette quantification transforme la production et diffusion du savoir « en marchandise ayant une certaine cotation sur le marché académique ». Ce qui n'est pas sans effet puisque « de façon tendancielle le comptage objectif de ses contributions contraint tout chercheur subjectif à devenir un calculateur. »³⁹

Différents travaux permettent déjà de décrire les effets de ces réformes. Ainsi les changements successifs qui, en France, ont affecté les manières de

35 Montlibert Ch. de, « Domination sociale, champ intellectuel, circulation des idées et des hommes » in Grize F. (ed.), *Communication et circulation des idées et des personnes*, Lausanne, Université de Lausanne, 1995, pp. 501-507.

36 Kurzman Ch., « The rhetoric of science, strategies for logical leaping », *Berkeley Journal of Sociology*, 1988, XXXIII, pp. 131-158.

37 Shinn T., Ragouet P., *Controverses sur la science. Pour une sociologie transversaliste de l'activité scientifique*, Paris, Editions Raisons d'Agir, 2005.

38 Merton R. K., « le puritanisme, le piétisme et la science », in *Eléments de théorie et de méthode sociologique*, Paris, Plon, 1965.

39 Pontille D., « Top 50, la signature scientifique, authentification et valeur marchande », *Actes de la recherche en sciences sociales*, 2002, n° 141-142, pp. 72-78.

travailler des universitaires ont comme principales conséquences d'entraîner une démoralisation et une démobilisation consécutives à la déstabilisation de l'ethos universitaire⁴⁰. Au niveau de l'organisation des enseignements la mise en place de la professionnalisation conduit à une diminution des heures consacrées aux disciplines et spécialités au profit d'un émiettement et éparpillement⁴¹.

De la même façon l'institutionnalisation du rapprochement des universités avec les intérêts commerciaux du secteur privé ne suscite pas automatiquement plus de connaissances comme l'ont montré des recherches récentes. L'engagement de chercheurs dans des activités entrepreneuriales réduit considérablement le nombre de leurs publications scientifiques (éloignement de l'espace de la recherche publique, éloignement de la vie scientifique collective, développement d'une sorte d'indifférence vis-à-vis des enjeux scientifiques) et les conduit à transformer leur modèle d'action: « ils se mercantilisent, en abandonnant volontairement une part de leur autonomie. Il s'agit de ressembler à la figure hétéronome de l'entrepreneur »⁴². Enfin cette « commercialisation de la recherche » n'entraîne pas automatiquement un dépôt de brevets plus élevé comme le montre la comparaison raisonnée des performances des Etats-Unis et du Canada et ceux-ci, souvent très ajustés à une demande très spécifique, ne servent pas toujours au mieux les intérêts des entreprises⁴³.

Les exigences de la production des connaissances

Pour pouvoir produire des connaissances, il faut bénéficier de conditions sociales qui permettent de mettre à distance les contraintes des nécessités économiques et sociales. Sur cette base se sont développés des univers autonomes ayant leur système de recrutement, de formation et d'évaluation. Ces systèmes, de plus en plus capables de refuser de répondre directement aux demandes des pouvoirs économiques et politiques, ont été, en même temps, portés à développer les règles et les régularités de microcosmes régis par une logique sociale favorable à la systématisation et à la rationalisation et à faire progresser les différentes formes de rationalité et d'universalité. Reste que cette situation est toujours fragile : l'autonomie de la recherche n'est pas acquise une fois pour

40 Faure S., Soulié Ch., Millet M., Faure S., Soulié Ch., Millet M., « Rationalisation, bureaucratisation et mise en cause de l'ethos académique », *Regards Sociologiques*, 2006, n° 41, pp. 107-140.

41 Borja S. (avec Naegel D., Bastien C., Cretin A. et Rick O.), « Misère de la sociologie ; analyse de l'un des fossoyeurs de la sociologie : le LMD. », *Regards sociologiques*, 2006, n° 31.

42 Lamy E., Shinn T., « L'autonomie scientifique face à la mercantilisation. Formes d'engagement entrepreneurial des chercheurs en France », *Actes de la recherche en sciences sociales*, 2006, n° 164, pp.23-49.

43 Malissard P., Gingras Y., Gemme B., « La commercialisation de la recherche », *Actes de la recherche en sciences sociales*, 2003, n°148, pp. 57-67.

toutes. Résultat de conquêtes, menées dans des situations historiques bien précises, elle est sans cesse menacée puisqu'elle dépend de l'institutionnalisation de la recherche dans des organismes spécialisés et en particulier dans l'Université, c'est-à-dire de la mise en place de conditions favorables à la production du savoir. Cette autonomie dépend aussi des « appareils » sociaux que les producteurs de savoir ont progressivement élaborés pour protéger leur position d'intrusions diverses : organisation en disciplines, statut professionnel, modalités de régulation interne ; l'imposition des logiques managériales dans l'Université conduit alors à s'en prendre à ces systèmes protecteurs. Enfin, l'autonomie dépend de la reproduction du groupe des enseignants-chercheurs, aussi vouloir orienter l'Université vers une adaptation aux besoins des entreprises risque d'affecter, à moyen terme, la capacité à produire des chercheurs. Sachant que, la capacité des sciences à résoudre des problèmes de plus en plus difficiles est liée à l'élévation du « droit d'entrée », lui même lié à la compétence, au capital scientifique incorporé et à « la croyance dans les enjeux et dans le jeu lui-même », les réformes de l'enseignement supérieur et de l'organisation de la recherche, en contractualisant des emplois déjà rares et mal rémunérés, ont toutes les chances de saper une des dimensions constitutives de l'autonomie. En somme, tout se passe comme si les réformes, en augmentant la capacité des demandes externes à se faire entendre, conduisaient, paradoxalement, à menacer la production du savoir : elles peuvent défaire l'exigence de rigueur désintéressée qui y prévaut et qui est incompatible avec les nécessaires concessions qu'exigent toujours les pouvoirs économiques et politiques. Pour le dire encore autrement, tout se passe comme si dans une situation historique où le champ économique tend à imposer ses principes comme principes universels, le statut des intellectuels, leurs organisations démocratiques, leurs manières de penser, leurs manières de faire mêmes, apparaissent comme inadaptés, archaïques et dangereux pour l'ordre social. Dans ces conditions, tout se passe comme si les agents dominant le champ économique, les agents du champ politique et les agents du champ médiatique qui leur sont liés, s'étaient ligués pour transformer la position d'universitaire chercheur : faute de pouvoir intervenir dans des débats scientifiques qui les dépassent, tout se passe comme si il leur restait à pouvoir contrôler les possibilités d'organisation de tels débats. Mais ce faisant, c'est la production de la connaissance qu'ils atteignent. L'analyse du processus de la production scientifique ayant montré, comme l'a dit Pierre Bourdieu⁴⁴, que « le fait que les producteurs tendent à n'avoir pour clients que leurs concurrents à la fois les plus rigoureux et les plus vigoureux, les plus compétents et les plus critiques, donc les plus enclins et les plus aptes à donner toute sa force à leur critique, est [...] le point archimédien sur lequel on peut se fonder pour rendre raison scientifiquement de la raison scientifique [...]. La fermeture sur soi du champ autonome constitue le principe historique de la genèse de la raison et de l'exercice de sa norma-

44 Bourdieu P., *Science de la science et réflexivité*, Paris, Raisons d'agir, 2002.

tivité », mettre en cause cette « fermeture sur soi », faciliter l'intrusion de critères de jugement externes différents de ceux des pairs, c'est mettre en cause les fondements mêmes du champ scientifique.

En effet les savoirs les plus avancés ne se produisent que dans des mondes constitués autour d'un point de vue particulier (une discipline), récusant tout autre moyen que la rigueur du raisonnement et la preuve pour triompher, progressant avec l'échec, la crise, le conflit de méthodes qui montrent que la coopération entre l'analyse théorique et l'expérimentation est toujours à recommencer, mieux cette production s'établit dans des microcosmes utilisant la raison pour provoquer des crises engendrant des idées nouvelles⁴⁵. L'autonomie de la recherche réside dans la possibilité de déterminer librement les thèmes de recherche, les problématiques, les méthodes en fonction d'un état des connaissances ; plus précisément la possibilité de construire une recherche qui se fait « contre quelque chose, peut-être contre quelqu'un, et déjà contre soi-même » disait Bachelard ; c'est en quelque sorte la possibilité qu'existe un monde réglé par des mécanismes sociaux très particuliers qui font que de l'affrontement réglé (usage de méthodes pour faire la preuve et vaincre) naît la raison scientifique ; mieux la cumulativité du travail scientifique est toujours polémique, et la polémique produit la raison scientifique. Cette autonomie se nourrit, contrairement à toutes les déclarations sur la pluridisciplinarité, de cette spécialisation qui suppose une immense culture scientifique générale et qui actualise toute la puissance des recherches antérieures. Elle ne divise pas le monde en recherche fondamentale et recherche appliquée – sachant pourtant que l'utilitarisme et le pragmatisme de celle-ci ont souvent desservi les « valeurs de vérité » – car l'autonomie de la pensée scientifique exige, pour se saisir d'un problème pratique, de le défaire, de le décomposer, de le déconstruire, en un mot de le détruire comme pratique pour le repenser, le replacer, l'intégrer dans le savoir scientifique.

Qu'on le veuille ou non, le savoir est une œuvre collective – l'auteur ou le savant n'est que très partiellement le producteur ou l'inventeur de son texte – qui, dès lors, ne peut pas avoir de propriétaire. Dans ces conditions toute tentative d'accaparement des connaissances devient inéluctablement un détournement d'un « bien commun » qui pourrait bien, dans quelque temps, en restreignant sa diffusion à quelques uns, affecter la libre production du savoir et conduire la « vérité » à devenir négociable.

45 « Il y a plus. Il semble que, par un paradoxe insigne, l'esprit scientifique vive dans l'étrange espérance que la méthode elle-même trouve un échec total. Car un échec, c'est le fait nouveau, l'idée nouvelle » (Bachelard G., *L'engagement rationnaliste*, Paris, PUF, 1972, p.39.)

Annexe

Marchandisation, Management, Professionnalisation

Appliquer les modèles du management des entreprises privées est l'objectif principal des dernières mesures. Tout se passe comme si aujourd'hui « l'utopie universitaire » que représente un système relativement démocratique et peu hiérarchique était insupportable. Toutes les mesures mises en place visent à la réduire (renforcer les pouvoirs des présidents d'université, introduire des représentants des entreprises dans des « comités d'orientation stratégique », recruter du personnel contractuel le temps de la réalisation d'un projet pour contrer le statut de fonctionnaire et la reconnaissance juridiquement garantie de la liberté de penser qui autorisent le développement de la pensée critique.)⁴⁶. Comme l'enseignement supérieur souffre d'un manque de financement, le secteur privé est invité par des mesures diverses à y investir en échange de contre parties en matière de contrôle des orientations de la formation et de la recherche et de dépôt de brevets. Que des universités soient amenées à entrer en concurrence avec des sociétés privées spécialisées dans la vente de programmes « éducatifs » ou à louer les services de sociétés spécialisées dans le « e-learning » pourrait pourtant avoir, contrairement aux apparences, moins de conséquences que l'obligation d'aller à la recherche de contrats pour financer les recherches, donc de développer des services de « fund raising » (démarchage de financements), de pratiquer la comparaison et l'évaluation externe du « benchmarking », de recruter des chercheurs contractuels et de piloter la recherche par les préoccupations, en aval, du développement de produits.

46 Cette politique aura obligatoirement des effets sur la reproduction du corps : le nombre d'enseignants fonctionnaires du supérieur, une fois la réforme appliquée, devrait assez rapidement se stabiliser si ce n'est décroître ; (sachant combien sont difficiles les conditions d'existence des doctorants – petits boulots, vacances, absence de droits sociaux, absence de moyens de recherche – on peut aisément imaginer la démoralisation et la démobilisation qui s'ensuivraient). Cette volonté « d'optimiser la gestion des ressources humaines » aura aussi des conséquences qualitatives : la restructuration des charges de travail au profit des activités d'encadrement pédagogique (tutorat en ligne, gestion des cursus étudiant individualisés, investissement dans les technologies de l'information et de la communication) ne peut se faire qu'au détriment des activités de recherche. Enfin la réorganisation du fonctionnement des universités, qui doit nécessairement accompagner l'augmentation de la productivité universitaire, passe par un accroissement des pouvoirs du président de l'Université qui deviendra un petit « entrepreneur » ; c'en serait fini du système actuel basé sur une (relative) égalité de condition et l'élection aux tâches de responsabilité et d'évaluation. Il est vrai que, dans un monde où la domination sociale se manifeste dans la hiérarchisation autoritaire des titres, des fonctions et des promotions, l'utopie de la démocratie universitaire est une aberration !

Cette logique managériale guide aussi les réformes promulguées en 2005 de l'organisation de la recherche. Les changements des modalités de financement et de fonctionnement de la recherche peuvent laisser craindre une diminution des évaluations proprement scientifiques au profit de critères liés à la valorisation commerciale des résultats qui ne pourra qu'influer sur la logique de production des connaissances. En effet l'évaluation copiée sur celle mise en place dans le cadre du management par objectif (nombre de contrats obtenus, nombre de brevets déposés, « impact » des communications...) peut avoir des répercussions sur les démarches et les méthodes dont on sait qu'elles sont indissociables des thématiques et des résultats. D'autant plus d'ailleurs que les enseignants dépendront maintenant dans leur recrutement et leur avancement des présidents d'université. Reste que, même si l'évaluation minorait les critères extra universitaires, elle n'en demeurerait pas moins très discutable puisque les évaluateurs y sont nommés et non pas élus par leurs pairs d'une part et d'autre part parce que l'Agence nationale d'évaluation s'appuie sur des normes quantitatives (nombre d'études publiées, classement des supports de publication, visibilité⁴⁷...).

Mais la managérialisation ne se met pas seulement en place à partir de la gouvernance de chaque université, elle dépend aussi du niveau national et du niveau européen. On le sait deux logiques structurent les activités d'Etat : celle du plébiscite du côté des groupes qui le dirigent et celle de la puissance (particulièrement dans les relations internationales) du côté de l'Etat. La première logique implique que l'Etat ne finance que les recherches susceptibles de déboucher sur des innovations qui intéressent les électeurs ; la seconde implique qu'il accumule les moyens de sa puissance en facilitant les innovations économiques et surtout en accumulant du « capital informationnel ». Dans ces conditions les programmes de l'ANR risquent fort d'être motivés par des considérations extra-scientifiques. Cette démarche comme le remarque Bertrand Monthubert est « dangereuse » et « illégitime » : dangereuse car les appels thématiques sont prioritaires sur les appels non-thématiques qui en plus reçoivent moins de financement et surtout demande du temps et mobilisent des moyens humains pour avoir des chances d'aboutir ; illégitime car les thématiques retenues entraînent la raréfaction quand ce n'est pas la disparition des thématiques liées aux connaissances fondamentales qui pourtant se sont révélées être les seules à même de répondre à des situations de crise. C'est pourtant cette démarche qui est privilégiée puisque les crédits destinés aux recherches définies par les chercheurs augmentent moins vite que les crédits de l'Agence de moyens et surtout que les crédits d'impôts recherche destinés à faciliter les activités d'innovation du secteur privé. La Commission européenne n'est pas en reste en ayant mis en place les PCRD et l'European Research Council, pro-

47 Le mathématicien Bertrand Monthubert rappelle justement que de tels critères ne permettraient pas d'identifier la plus grande partie des médaillés Field qui publient peu. Monthubert B., *10 + 1 questions à Bertrand Monthubert sur la recherche*, Paris, Editions Michalon, 2007.

grammes dépendants d'une forte bureaucratie pour le premier et ne pouvant soutenir que quelques projets, du fait de son sous-financement, pour le second.

La marchandisation domine aussi ces réformes. D'abord de nombreux groupes voudraient faire de l'enseignement supérieur et de la recherche un grand marché : les entreprises de matériel informatique et de téléphonie sont intéressées par la mise en place des NTIC (Nouvelles Technologies de l'Information et de la Communication), les éditeurs de livres et de logiciels sont intéressés par le système de « crédits » (lié au LMD) dont certains pourraient être acquis avec des CDROM (d'où les réorganisations et fusions dans ces secteurs). Les entreprises de services voient d'un bon œil le développement de ce marché que la banque Merrill Lynch évalue à 2000 milliards de dollars. Cette marchandisation du savoir est déjà à l'œuvre : il suffit de citer l'accord qui existe, en France, entre Microsoft et l'Education Nationale, le fonctionnement d'Edufrance spécialisée dans la vente de cursus et de maîtrises d'œuvre, la volonté du CNED de créer un Groupement d'Intérêt Public pour commercialiser les activités éducatives, la mise en place des SAIC (Service d'activité industrielle et commerciale) dans les universités, la vente en ligne de programmes de formation, les 3 millions d'euros consacrés par le Ministère au financement d'entreprises de multimédia éducatif, le soutien aux groupements d'intérêt économique créé par des éditeurs soucieux d'e-learning... sans parler des hausses spectaculaires des droits d'inscription dans l'enseignement supérieur privé qui se développe très rapidement (en 2002 plus de 75000 étudiants fréquentaient des écoles de management). L'Etat lui-même ne néglige pas les profits qu'il pourra retirer de la vente des « biens immatériels⁴⁸ » comme en témoigne la circulaire récente qui invite ses services à recenser et évaluer les « savoir faire » susceptibles d'être commercialisés.

Mais la marchandisation affecte, pour le moment, surtout la recherche, comme le montre nombre d'études menées aux Etats-Unis qui soulignent combien les résultats publiés dépendent du financement. L'instrumentalisation de la science exige en effet que les investissements soient rapidement transformés en découvertes qui profitent aux entreprises et engendrent une augmentation du profit ; dans ces conditions on comprend qu'il faille contrôler les orientations de la recherche en amont par une définition des thématiques et en aval par une évaluation « scientométrique ». Dans les sciences dites « dures » les mécanismes de rapprochement des intérêts de l'économie sont plus avancés : ainsi, certaines universités ont déjà transformé leur centres de recherches en sociétés privées avec actionnariat, crée des « incubateurs d'entreprise » ; développé des fonctions de « managers » de recherche.

La soumission de la recherche aux exigences des utilisateurs, que ce soit des entreprises privées ou des fondations, ne peut qu'avoir des conséquences sur la liberté de choix des thématiques, des méthodes et des publications de

48 Jouyet J.P., Lévy M., « *L'économie de l'immatériel : la croissance de demain* », Paris, rapport au ministère de l'économie, des finances et de l'industrie, 23 novembre 2006.

résultats : une entreprise qui finance des recherches sur des produits contre l'endormissement, en espérant bien profiter de l'accroissement de la demande que créent les horaires atypiques et la flexibilité, pourrait-elle longtemps soutenir des recherches critiques sur les conséquences des transformations des conditions de travail ? Jusqu'où peut aller le soutien de sociétés agroalimentaires dans des programmes d'étude des maladies cardio-vasculaires ? Lentement les intérêts des chercheurs ne vont-ils pas s'ajuster aux intérêts des financeurs ? Sheldon Krinsky⁴⁹ a bien montré que, aux USA, dans les laboratoires financés par la phyto-chimie, les recherches sur les plantes sauvages et sur les insectes se sont réduites à la portion congrue alors que les recherches sur les effets de tel ou tel produit se sont accrues sans qu'il y ait jamais eu d'injonctions des sociétés de chimie ; les chercheurs se sont ajustés à ce qu'ils savaient être la demande de leur mécène. Les sciences sociales qui développent un regard critique sur le monde social peuvent être invitées à plus de retenue ou être enrôlées au service des intérêts des puissants (entre les deux guerres, aux USA, ou existait un tel système, n'a-t-on pas pressé les sciences sociales d'étudier « les causes sociales de la sous-productivité », « les raisons des préjugés anticapitalistes » et les « caractéristiques psychologiques et psychiatriques des auteurs de troubles ») ?

Même les fondations suscitent des inquiétudes : il est évident que les entreprises ne financeront de telles fondations que si elles en retirent des avantages directs (découvertes ou amélioration de procédés ou de produits à même d'augmenter leurs profits) ou indirects (amélioration de leur prestige). La mise en place des pôles de compétitivité est une autre manière de réaliser cette nouvelle conception de l'enrôlement de la science : une ou plusieurs grandes entreprises en sont les pivots et devraient récupérer aussi bien les résultats des recherches que la manne versée par l'Etat. La recherche fondamentale comme la recherche appliquée (encore que cette distinction n'a pas grand sens) sont menacées par l'intrusion de critères étrangers à l'avancement de la science. Dans ces conditions il ne faut pas s'étonner d'une crise de confiance dans la science : la marchandisation de la science accroît d'autant plus la crise de confiance qu'elle facilite l'importation dans la production des connaissances de normes et de modèles qui accélèrent la soumission aux intérêts privés et l'abandon d'objectifs de « bien commun ».

La professionnalisation, enfin, passe par la réforme des cursus mise en place. Pourtant croire qu'il suffira de « professionnaliser » soit de rapprocher la formation des « besoins des entreprises » pour résoudre les problèmes d'emplois et d'adaptation à l'emploi est une illusion techniciste et un leurre idéologique. Une illusion dans un monde où l'économie est sous la dépendance de la financiarisation, où le capitalisme détruit sans cesse les sources anciennes de profit pour en conquérir de nouvelles, où les technologies se transforment

49 Krinsky S., *La recherche face aux intérêts privés*, Paris, Les empêcheurs de penser en rond/Le Seuil, 2004, préface Stenger I., « la mouche et le tigre », traduction Rozenberg L.

rapidement, où les modes d'organisation du travail sont sans cesse modifiés pour maintenir une domination sur les salariés. Seule une formation générale de haut niveau peut véritablement armer les salariés face aux imprévus du marché mais ce n'est que très partiellement l'objectif de ces réformes qui visent surtout à subordonner « l'esprit » de la formation aux volontés des fractions sociales dominantes et maintenir l'état actuel des structures sociales ; l'ambition de formatage idéologique domine. Enfin la professionnalisation déstructure de l'intérieur le système universitaire : les licences professionnelles reposent sur un « cahier des charges » défini avec les employeurs, elles facilitent l'arrivée massive dans l'enseignement de contractuels et vacataires par ailleurs salariés d'entreprises. Ces objectifs, visant à faciliter la mobilité géographique des salariés en Europe et à rapprocher les processus nationaux de formation, seraient on ne peut plus louables s'ils ne cachaient la volonté d'éliminer les qualifications certifiées par un diplôme pris en compte dans les conventions collectives, au profit des compétences définies par les entreprises et, ce faisant, de briser la maîtrise des progressions dans l'acquisition des savoirs que possédaient jusqu'ici les enseignants. Dans ces conditions l'enseignement universitaire ne peut que se dissoudre dans une pluridisciplinarité toute illustrative et émietée comme c'est le cas avec les premières années de LMD⁵⁰, (loin de répondre aux interrogations des étudiants cette dilution du savoir ne fait que renforcer leur désintérêt), Avec une professionnalisation ainsi définie, c'est la dimension universaliste et libératrice du savoir qui est menacée au profit d'un « marché du travail européen » voulu par la Commission européenne.

Parce que le principe de ces réformes est de faire en sorte que la fiction néolibérale devienne la réalité du monde, les étudiants sont censés composer eux-mêmes leur parcours de formation grâce à un système d'information qu'on voudrait vite rendre transparent sur le « rapport qualité-prix » de chaque offre. En croyant réaliser au mieux leurs potentialités, ils seront plus qu'aujourd'hui ajustés à la division sociale du travail en fonction de leur trajectoire sociale. L'inégale répartition des étudiants en fonction de leur origine sociale – déjà fortement marquée puisque, en 2002-2003, les conditions d'âge étant sensiblement égales, les enfants de cadres supérieurs et de professions libérales représentaient 49,6 % des étudiants en classes préparatoire aux grandes écoles, 45,1 % des étudiants de médecine, 37,4 % en droit, 35,4 % en sciences, 29,9 % en économie, 27,4 % en lettres, 26,4 % en IUT, et seulement 13,7 % des étudiants des sections de techniciens supérieurs, alors que les étudiants enfants d'ouvriers représentaient 5 % des élèves de classes préparatoire, 5 % en médecine, 9,1 % en droit, 10,6 % en sciences, 12,4 % en économie, 11,1 % en lettres, 16 % en IUT et 20 % en STS – a toutes les probabilités d'être amplifiée. De plus les étudiants les plus démunis restent plus souvent que les autres dans les universités de proximité alors que les femmes, surtout si elles sont issues des classes populaires ou des fractions subordonnées des classes moyennes,

50 Borja et alii, « Misère de la sociologie ; analyse de l'un des fossoyeurs de la sociologie : le LMD. », Regards sociologiques, 2006, n° 31.

s'inscrivent dans les sections STS, dans les filières médico-sociales, dans les études de lettres et de sciences humaines. Cette dynamique est en correspondance avec la différenciation croissante des établissements d'enseignement supérieur qui ne peut être qu'amplifiée par l'autonomie de gestion : les plus dotées en « capital » de toutes sortes (budget, bâtiments, nombre de professeurs, renommée des enseignants, bibliothèques, prestige...) ont en effet plus de probabilités de réaliser des investissements rentables et d'occuper des positions dominantes. Dans ces conditions, les « grandes écoles » et quelques filières d'universités d'excellence ont toutes les chances de former aux fonctions de « l'international » et aux fonctions dominantes de l'espace national, alors les autres universités formeront les cadres polyvalents subordonnés aux premiers. En somme la sélection sociale nécessitée par la reproduction sociale du champ du pouvoir ne peut que se trouver renforcée.

A New Regime of Sciences in Society and Society in Science Today? A Reflection on the Last Three Decades

Ein neues Regime von Wissenschaft in der Gesellschaft und Gesellschaft in der Wissenschaft heute? Eine Reflektion über die letzten drei Jahrzehnte

A certain era is closing down before our eyes, that of the post-WW II 'Trente Glorieuses', as we say in French – meaning the decades between the end of the war and the mid-70s. My contention is that a process of profound recomposition is now affecting science as well as society, that a new regime of science production and regulation is today taking shape in a new international social and political order. In this respect, it might be worth remembering three aspects of what characterized the post-war period: it was marked by a great confidence, in society as a whole, in science and in what science had to offer; it was marked by a strong role for the State in economic, social, and scientific regulations; and dominant political and social attitudes showed a taste for collective solutions to social problems. These characterizations are not very original, but they are good starting points if we are concerned with the most recent changes and with the place of the natural sciences in today's societies.

As a way of introduction, part 1 of this text shows that, historically speaking, modern science has always been of interest to political and economic powers. As social institutions, the sciences have always been in close relation to various interests and have been produced in a large variety of social spaces – courts, universities, academies, military and engineering institutions, business and popular contexts, and so on. In a second section, I turn my attention to the changes of the last decades and to knowledge in particular, to what is quite new in the practice of the techno-sciences – in the laboratory, of course, but also in the 'fields' (in the wild, as Michel Callon says) and in the 'centres of computation'. In a third moment, I consider the regime of production and financial regulation that has been established over the last three decades, and of which techno-science is a key component. I claim that we moved from a system of science in society dominated by an equilibrium between science as public good and science as industrial good to a system in which a financial and market-oriented appropriation of scientific knowledge is in the ascendant. In the fourth sections, I turn my attention to the emergence of a new, to employ contemporary parlance, 'civil society' with complex relations to industrial techno-science. Because the tech-

no-industrial world to which scientific knowledge is organically linked has the power to dramatically and often irreversibly alter our lives, a greater attention and a growing demand for social accountability has surfaced in many segments of the population. In sections five and six, I finally consider how that understanding might help us in devising tools for a new 'constitution' for the sciences in society. If we agree on the diagnosis I propose, and if we consider that a lively democracy cannot but rely on different '*cités de justice*' and on different '*modes de dévolution des biens*', certain proposals could be made to help us face the situation which emerged since the 1970s and 80s¹.

A last comment before starting: this text is more informed by the European situation than by the American, Brazilian or Indian ones. It comments, and tries to describe a process that is global but the European context cannot but colour its proposals. I hope that this fact does not lead to too unjustified generalizations.

1. Science in Society and Society in Science: A Historical Perspective

Let me begin by stating a commonplace: for at least the last five centuries, what we now call scientific knowledge – be it characterized as pure or applied, as natural philosophy or technophysics – has been of crucial interest to the political and economic powers, since knowledge leads to (material) technologies and (social) techniques of control.

1.1 Let me give three examples and try and show how knowledge and social orders were always inextricably entwined; or more precisely, how modern science was not only predicated on social changes but also significantly contributed to it.

In the sixteenth and seventeenth centuries, practical (or mixed) mathematics was, for example, a well-recognized field of activity that included astronomy, navigational science, surveying, cartography, geography, fortifications, artillery, the design of mathematical instruments, and the publication of books. Its coalescence at that time was a response to the social, political and economic changes we call the Renaissance, and it directly contributed to its unfolding. Mixed mathematics embraced many kinds of practitioners working for closed or wide open markets, for state powers or princes, for private entrepreneurs or companies, and it was advocated as a model for the reform of natural philosophy which took shape in the second half of the seventeenth century and eventually led to modern science. This set of activities did not disappear with the advent of the new natural philosophy, and its heirs could be found in the makers of

1 Callon et al. (2001), Boltanski & Thévenot (1991, 2006) for the notion of *cités de justice*.

scientific instruments who supplied the London market in the eighteenth and nineteenth centuries or, for example, in the Army Geographical Services often established in late-nineteenth century Europe, generally around geodesy².

In eighteenth-century Europe, another example is the practice of natural history and agronomy. As Emma C. Spary reminds us, our understanding of eighteenth-century natural history as 'pure knowledge' is solely due to our present-day perspective. In fact, it was organically linked with major social projects such as the acclimatization of exotic living organisms, which was seen as having great financial benefits for states, entrepreneurs and peasants; and was linked with the moral reform of society as a whole. Natural history and agriculture were two aspects of the same enterprise aimed at the development of natural resources, the advancement of commerce, and the increase of the nation's wealth. They were advocated and practiced by the same people, both in the *Jardin du Roi* and on private estates (e.g. Buffon's property in Montbard), and the same people served as 'expert consultants' to both landowners and the Crown. Natural history and agriculture also provided 'solutions to the problem of the moral and physical degeneration of the nation,' which was of major concern at the time, 'and these sciences came to embody the concerns for social reform of many individuals who were later to be involved in the French Revolution.' Regeneration, liberty and meliorism were at base of any revolutionary act, 'and they were terms implying a natural and physical process of transformation in living bodies.' Here too certain continuity is running through nineteenth-century eugenics and clear up to contemporary issues surrounding genetic engineering³.

My third example concerns the large systems characteristic of late nineteenth-century and most of twentieth-century techno-science. This covers the whole of chemistry and pharmacy, the bio- and electro-technologies, electronics and the field of material sciences, the control of space and oceans, the production and management of firms, the invention of operational research and system analysis, and so on. In terms of institutions, this period witnessed the invention of the industrial research laboratory and the establishment of an infinite variety of new relations between universities, state systems, business and the military. It was oriented toward a variety of goals and values (from making money to advancing pure knowledge) and new laws and jurisprudence concerning property rights were devised (basically lasting until the drastic change of the 1980s and 90s). The spectrum of actors became very wide indeed (laboratory-based scientists and engineers, inventors of any kind, amateurs contributing to the advancement of knowledge, scientists devoted to popular education, mathematicians developing tools to rationalize management) and conflicts regularly arose between groups and projects for social, political and epistemic reasons⁴.

2 Out of a very large literature, see Bennett (1987). For details and other references, Pestre (2003).

3 Spary (2000), 125 and 152 for the quotations.

4 For details see Pestre (2003), chapter 2 and Dahan & Pestre (2004).

1.2. It is not my aim to simply accumulate examples. I only wanted to draw attention to the fact that science has always mattered tremendously to states and to economic elites; that most science producers have always been attentive to the interests of those elites; and that science has always directly contributed to and been a major resource for social changes and ideologies. I am also saying that each historical moment exhibited a particular combination of these elements, and that a good way to grasp that historical dimension would be to try and describe the various ‘regimes of knowledge production and regulations in society,’ the various ‘regimes of science in society and of society in science’ that successively or simultaneously took shape. I cannot do that for five centuries, but I can summarize my vision of it for the period 1870 –1970.

What made the century which started around 1870 a profoundly new regime of ‘science and society’ is that it started a process of *nationalization of science*. By nationalization of science I mean that the sciences and their associated technologies have become central to *national* security, economic development, and the identity of the reshaped nation-states of that period. This has been the case with the ever expanding financing of research and education by states; with the creation of national laboratories beginning with the PTR in Berlin; with large cooperative projects, most of the time centred around prominent companies working in the national (and their own) interest. Although this process of nationalization had its roots at least two centuries back – Colbert’s method of managing techno-science and society in France comes to mind – it became emblematic only starting in the 1870s. In fact, because European nations were then at war for global mastery, the state as an institution emerged as the ‘natural’ centre of society, as the entity around which everything should revolve. The state took upon itself the duty of managing the social peace (becoming a welfare state) and assumed the task of economic development (becoming a Keynesian state) – largely, if not only, so as to remain an efficient *warfare and colonial* state. Via that process, it also became a *techno-scientific* state – this evolution achieving its apex in the professional-administrative state of Cold War America⁵.

2. The Recent Transformations of Scientific and Techno-Scientific Knowledge

I now set aside these evocations of the past and concentrate on the most recent period and what I consider a major change in the regime of science in society and of society in science. In this section, I consider the transformation of knowledge itself and some consequences for the social body.

5 The notion of ‘nationalization of science’ is taken from Edgerton (1997), that of ‘pro-administrative state’ is from Ballogh (1991). On Cold War sciences and technologies, see Dahan & Pestre (2004).

2.1. In the Cold War period, it was the physical sciences and their associated engineering that imposed their material and symbolic marks on the sciences and the social world. The leading science was particle physics, which was said to be ‘fundamental’ and ‘pure’ precisely at the moment when its links to the military were becoming systematic. Since the 1980s, it has been the life sciences, the bio-techno-sciences that have taken this place as the emblem of Science. Capable of acting upon genes, they permit an ‘engineering’ of the vital capacities of living beings and are praised for offering new scientific and commercial possibilities of recomposing the living world⁶.

The new life sciences are characterized by various traits. A general ‘molecularisation’ of the field, i.e. the ability to act at the level of the gene. A technological ability to optimise biological and human material. A possibility to redefine what it is to be human. They also induce major changes in society (as manifested by the multiplication of expert bodies in bioethics or in genetic advisory, for example, or *vis-à-vis* ‘people at risk’), and they are at the core of a new political economy symbolized by Nasdaq.

The consequences for human beings and societies are potentially dramatic. No doubt the implementation of micro-physics in nuclear technology triggered extremely important debates, but biotechnology raises far trickier issues since the nature of *life itself* is at stake. The consequences are manifold. The relationship to our own body is modified, a body that biogenetics and surgery might transform, reshape, and build at will. This is a huge step forward that cannot be considered ‘scientific business as usual’. The relationship to human reproduction and to filiations is at stake, and it may become largely disembodied, artificial, divorced from women. Biotechnology may offer tools for a new kind of eugenics. The relationship to life, the human species and the social link, may be crucially modified – think of cloning. Finally, our relation to what we used to call Nature is reversed – with a new relationship to agriculture and food, notably through GMOs, and to the earth as a global living system. In short, these new biotechnologies offer us a ‘mastery’ over our ourselves and the environment so much greater in qualitative terms, but so unknown in its implications, that there would appear to be a certain *hubris* in it all⁷.

2.2. Changes are not only happening around biotechnology. The changes are also decisive in the field of nanotechnologies and ICT – with consequences from an increased individualisation (think of trans-humanism) to new forms of social control. The change in information technologies also means that new mathematical and computational means are at our disposal to collect, store, and professionally process immense quantities of data. These technical and intellectual means – computers and databases, simulations and models, sensors and

6 Pestre (2007b).

7 Haraway (1997), Rose (2007) are good introductions to that section. The expression of *life itself* is in both book.

mapping techniques on satellites – give us radically new ways of grasping complex phenomena.

The most well-known case is certainly the modelling of climate change, which includes in its computerized multiple simulations vast mathematical constructions of the atmosphere and of the oceans, but also representations of our own activities as they affect climate change, and of course an estimate of the effects our economic choices might have on these changes. In a way, these gigantic programs give us a way of ‘mastering the nature/human complex’ but these constructions have no counterweight in society – I mean that there is no other way to apprehend the problem. They tell us what the ‘real world out there’ likely is, they tell us which problems must be urgently solved and the cost/efficiency ratios we might expect. They give a name and content to feelings – we have all noticed that the weather seems to be quite different from what it used to be, haven’t we? – feelings which otherwise would remain inarticulate and ineffectual⁸.

2.3. Of course, social relations are affected by such developments. Scientific experts are now at the centre of many political processes of evaluation and negotiation. Ordinary citizens have lost some of their independent judgment. Political authorities have to make decisions based on the trust they put in people in a ‘context of uncertainty’ (as we say) – which led to the invention of new democratic tools like citizen juries and consensus conferences. Finally, because stakes are high, and because solutions must be implemented now, new notions and concepts have emerged in political sciences, philosophy and society. Through the notions of *sustainable development* and the *precautionary principle*, for example, new ways of conceiving and of regulating our activities have emerged.

The moves towards predominantly operational values made also the notion of science as culture nearly disappear. One key reason is that techno-science is driven by pragmatic attitudes – what counts as good work is ‘to get numbers out’, as Gerald Holton once said ; what is decisive is to train efficient professionals, to improve our capability to intervene and technically reshape the world – and not necessarily to arrive at a well organized body of knowledge. This trend cannot be reduced to the mere logic of industrial techno-science. Also important were the maturation of the new tools I have just mentioned (technobiology or massive flows of data demanding urgent and pragmatic treatment); were important the mixing of disciplines and *métiers* in technoscience (notably with engineers whose normative principles have always been different from those of scientists); as well as the fantastic demographic explosion of the

8 For a richer discussion on what is at stake in climate change modelling, see Demeritt (2001) and Sarewitz (2004) and Guillemot (2007).

techno-sciences since World War II, which made it intrinsically a kind of industry⁹.

To conclude, note one central point which would deserve far longer a treatment than what I could now do: the ambivalence which could be ours in front of such transformations. Because the transformations are complex and open-ended; because they do not have one single meaning ; because operationality is not an uninteresting criteria; and because the universal, epistemological and moral, values of science as culture and pure knowledge – notions and values which were invented in several steps from the late XVIIth to the late XIXth Centuries to differentiate 'us-the-scientists' from 'them-the-laypeople' and 'us-in-the-West' from 'them-in-the-Orient' -- are heavily loaded by their origins and are highly disputable.

3. The New Form of a Market-Driven Regime of Science in Society

This first story about the radical change in the tools technoscience mobilizes as well as in the products it delivers is an essential story. It is an incomplete one, however, and one must look at other dimensions to better grasp the transformation of the last decades. In this section, I look at the production side, and at the place of science in it.

3.1. At a macro-economic and political level, we could start with four general remarks¹⁰:

1. Economic power has globally shifted, in the economic world, from managers to shareholders. That means a move from the long term of managerial anticipation to the very short term of share market. Relation to time has thus been profoundly altered.
2. The second actor that has become central, alongside the shareholder, is the consumer, the client. The couple: shareholder interested in immediate gains/volatile client whose desires must be anticipated, has replaced, as the driving force of economic development, the couple: worker/manager that plans the activity of the firm. In a way, it is less offer and more demand that now determines the game.
3. Politically, we have passed from a world centrally regulated by elected states with a territorially defined citizenship to systems regulated by numerous

9 There is thus a striking contrast with the normative universe that dominated most of the sciences in Europe half a century ago, when 'pure knowledge' was socially valued and when a great scientist was to become a 'savant-philosopher' at the end of his life – think of Niels Bohr or Albert Einstein.

10 On these questions, Beck (2002), Falk (1999) and Veltz (2000) are three good introductions.

instances without clear boundaries, responsibilities nor accountability (think of WTO in terms of institution, to ethics and 'soft law' in terms of forms of government). Governance is the word for that new world .

4. Lastly, the whole is in perpetual transformation. There are no longer secure positions, even for the most established or the most prosperous businesses, countries or scientific fields. The differences of growth are considerable from region to region and, within each society, between people and groups.

3.2. For the sciences, that concretely means six major changes:

1. A proliferation of new institutions and actors in the field of (techno-) science. Venture capital, pension funds, NASDAQ and start-ups have become decisive in the orientation of research and university life. Interdisciplinarity and quick adaptation have become key values in the science business, including in mathematics where algorithms could, *de facto*, now be patented¹¹.
2. Public research, the university, their well-established disciplines (and the values that have constituted them historically) have lost their referential position. The university identity was shaken and inter-disciplinary and inter-trade practices have gained ground – what the university has difficulty integrating into teaching. Lawyers also became central players. They are now part of academic science and they advise universities as to the contracts they now must sign in order to share in the benefits that may result from collaborative enterprises¹².
3. For its part, industrial research has emancipated from the territorial frame which is that of universities, populations and states. The localisation of large company research is now defined on a global scale, depending on local advantages in terms of workforce cost or easier access to resources.
4. The nature of innovation work has changed accordingly. In the preceding regime, the research laboratory in industrial context was the rule. Today, the need of rapidly marketable products – *and no longer R&D* – has become the cornerstone of innovation. Product design is now the central concept, research and development are often, or partly, externalised, and the whole organisation of innovation is reconfigured¹³.
5. The game has become planetary. The places that are pertinent to strategic decisions are multiplying. The question of *attractiveness* has become the key question (of which Shanghai ranking is a symptom for the business of higher education) and new institutional 'compatibilities' between public, non-profit organizations and private efforts were developed¹⁴.
6. More importantly, patent laws and the definition of intellectual property rights were radically reformulated.

11 Pestre (2003), chapter 3, Coriat & Orsi (2002).

12 Nowotny, Scott & Gibbons (2001).

13 A fundamental book in this respect is Le Masson et al. (2006).

14 Reich (2002).

3.3. Let me detail this point. Since the early 1980s in the United States, proprietary rights have been granted on more and more ‘fundamental work’, on research which up until then was considered public science and upstream of development scheme. Constraints traditionally attached to patents in terms of precise description of the invention and its usages have been relaxed, and patentability has been opened to laboratory interventions on living entities. That started with the patenting of a bacterium in 1980 and of a genetically modified mouse in 1988, and continued up to the patenting of DNA sequences. Today patenting is also common for softwares, electronic data banks, management tools and so on¹⁵.

Many jurists have spoken of a new movement of *enclosure*. They mean that this move in patent regulation signifies a privatisation of the ‘commons of the mind’ (public science) which recapitulates, several centuries later, the privatisation of the ‘common land’ in early modern Britain. We know that this movement led to a massive redistribution of wealth, but that it was ‘justified’ by the new productive possibilities it offered (people asserted that this new property regime limited overuse of a land owned by nobody’, that it created incentives for large-scale investments). The question now is how to use this metaphor – whether it is true that public science leaves too much knowledge lying fallow, whether things are always improved by privatisation, and who the losers and the winners might be¹⁶.

This transformation in patenting in the U.S. occurred in response to two impulses. One, in the late 1970s and early 1980s, was the fear of Japanese and German competition that pervaded all of America. Japan and Germany were said to be poised to soon outstrip the U.S. in technologies, primarily because the country had not been protective enough of its fundamental discoveries. Since a revolution was happening in American laboratories around biotechnology and ICT, it was essential to find legal and institutional ways to keep those advantages at home. To show that such a question was at stake in the early 1980s, Coriat and Orsi recently stressed that Nasdaq was transformed into a stock market for high-tech companies, and that pension funds were allowed to be invested in both venture capital and Nasdaq companies precisely when patent rules were transformed¹⁷.

The second impulse – that had its own logics – came from the emergence and very soon the domination of financial markets in the area of industrial activity, with its constant preoccupation with quarterly returns. In such a frame, techno-scientific innovation had to become a product negotiable on financial markets. That partly explains the drastic cut-backs that have affected industrial re-

15 Kevles; Posner (2002), 5, criticizing the nearly perpetual patents which can now be taken on business methods, comments: ‘Imagine if the first person to think of the auction had been able to patent it.’

16 Boyle (2002).

17 Coriat & Orsi (2002).

search since the 1970s (think of the dismantling of the world-famous, century-old, Bell Laboratories, the nucleus of the AT&T empire), managers placed increasing emphasis on developing more elaborate connections between firms and markets, the dominance of 'market pull' – to employ the current jargon – reasserted itself over 'technology push'. It also led to the creation of a new kind of research companies – and, most of all, to the growing importance of patenting 'scientific discoveries'¹⁸.

4. Social Transformations and the (Re-)Emergence of 'Civil Society'

Let me now consider a third aspect, essential to understanding today's regime of science in society and of society in science. I mean the transformations of the social body itself as indicated by the now quite common notions of 'civil society' or of 'multiple modernities.'¹⁹

4.1. These changes are wide in scale and scope. We can detect them in the 'composition' of societies (massive de-industrialisation in the North, rise of groups with high scholar capital, explosion of middle levels in India or China) – in the fact that our societies are no longer 'class societies' in the way that they were fifty years ago.

The changes are also significant in the transformation of subjectivities: changes in work regimes, in the constitution of identities, in the regimes of psychic existence, in ethical attitudes and ways of life, in the relationship with the environment²⁰.

We can also consider the new weight of NGOs and other associations in public life, in vigilance and international negotiations (around climate change, environment and health); or to the (re)emergence of notions like that of a civil society or governance²¹.

The classic forms of authority are finally contested, micro-societies defending their art of life are multiplying ('ravers,' 'hackers') and even the shape of politics, as it was constituted since the 19th century – with the centrality of the 'social question' and of representative government – is in the midst of a rapid transformation.

4.2. More systematically, we could describe that change as a triple phenomenon:

1. On one hand, our societies have become 'flatter,' the social is more 'dispersed' in its status and values, people define themselves on multiple scales

18 Buderl (2000).

19 Eisenstadt, Ehrenberg (1999).

20 Ehrenberg (2000), Zaccal (2002).

21 Demeritt (2001), Guillemot (2007).

- and we have exited the obvious simple hierarchy of questions: gender, ‘ethnic’ relations or ‘community’ have asserted themselves as key questions. This corresponds with a stronger individualisation of itineraries, a variety of forms of self-achievement, an opening of the relation to the body (think of the figure of the cyborg) – notably thanks to the new (techno-)sciences of life²².
2. These evolutions are accompanied by a considerable growth of inequalities, of a new harshness in social relations – to growing limitations of possibilities for the destitute. This roughness brings us back to the return of a contractual order in all domains, to the reduction of the role of democratic redistribution schemes and to the transformation of international regulations²³.
 3. The third aspect concerns the shapes of bio-politics, ‘the conscientious administration of bodies and the calculating management of life’ (Foucault). In the 1980s and 90s, new forms of government have emerged. They combine universal appeals to individual responsibility and the government of the self, to the necessity to systematically compare oneself to others, to ‘suggestions’ to use that ranking to improve oneself through bench-marking – to the detailed management of people through constant measurements of their activity and strong behaviour-inducing techniques. That runs from the management of doctors to that of patients and immigrants. More recently, the victory of neo-conservatism in 2000/2001 USA led to a return of the Schmittian ‘state of war’, to the exception as norm, to the generalisation of ‘security’ on a planetary scale²⁴.

That social evolution could be reframed invoking two symmetrical readings. One is positive: we could say that we have entered a new stage of the ‘democratic project’, with more freedom and autonomy for individuals, with much greater possibilities for each to define their own and collective identities, with the acceptance of multiple forms of modernity²⁵. Symmetrically, and less lyrically, we could speak of a growing rich/poor divide, of the return to work conditions fit for the 19th century, of new forms of suffering at work and new forms of illness – depression replacing neurosis²⁶. In short, we could speak of a two-faced Janus promoting self-achievement but framing lives in a way always more invasive (in the name of risk, for example) – of a new phase of bio-politics.

4.3. The nature of the public sphere has changed accordingly:

22 Haraway (1997).

23 Castel (2007), Chauvel (2006), Dupuy (2005), Seabrook (2006), Sennett (2006), Wagner (2007).

24 Foucault (1994), Bruno (2006, 2008), Fassin & Memmi (2004), Timmermans et al. (2003).

25 Eisenstadt, Gauchet (2007), Honneth (2000), Brown (2005).

26 Ehrenberg (2000), Dejours (1998).

1. At one level, it has been privatized. In two senses: questions previously defined as private have entered the public sphere (the question of gender, of reproduction, of body re-fabrication); symmetrically, previously public institutions (like school or social security) are becoming, at least in Europe, more and more private matters.
2. The modes of intervention in the public sphere have been modified. Public action and activism are now conceived on many scales at the same time (compare Greenpeace's way of acting today with that of trade unions in the 1960s), through diverse medias, and around specific questions. Their aim is simultaneously to have a large impact on public opinion, to weigh on diverse powers (lay people, elected representatives, international organisations) and by all sorts of means (via demands to the State for it to act, via direct action in the public space or appeals to boycott). They finally rest on counter-expertise, the making of new knowledge and the do-it-yourself. This has transformed the relation between official expertise, activist movements and 'publics' – think, this time, of patient groups or popular epidemiology.

4.4. If I were to put all that in a third way, I would say that the various 'cités de justice' which made our common world in the 1940s, 50s and 60s have been profoundly renewed. Let me comment on this statement. What are 'cités de justice'? They are the common worlds people inhabit, the shared worlds of reference which tell what is good and what is not. These common worlds are sets of practical and social norms, they are embedded political and moral philosophies which social actors mobilize to give meaning to their daily activities and decide on what is fair and unfair. There are of course several such common worlds at any given time and people refer to one or another according to the moment or situation²⁷.

Freely borrowing from Boltanski and Thévenot²⁸, I would characterize the 'common worlds of social justice' of the mid-20th century (at least in Europe) in the following terms. On the one hand, there were three major common worlds defining the 'good society': (1) the civic world of the nation-state, exemplified by the welfare state or the labour contracts signed between workers' unions and managers in France, Germany, and elsewhere. This was linked to a discourse on the sciences that presented them as quite autonomous from society, and ready to be put into practice for the common good; (2) the industrial world of enterprise, interested in efficiency and planning, but also in integrating the sciences and the workforce into the company as long-term partners – a norm that was in agreement with the ideology and practice of the welfare state; (3) the

27 The notion of cités de justice is borrowed from Boltanski & Thévenot (1991, 2006).

28 I have modified the name Boltanski and Thévenot give to the various cités de justice they identify. I made their analysis specific to the period of the first Cold War (because their sources provide evidence for doing so) – not an analysis of cités de justice in general. These points would deserve a detailed justification that I cannot provide here.

hierarchical world of tradition, the top-down modes of conceiving authority and power. Together, these three worlds of social justice defined a dominant way of being in society, stressing respect for labour and merit, for integration and social protection, for 'progress' and the 'rational development of the nation'. On the other hand, organized around quite a different set of values, the *cité marchande* had an appetite for freer movement of goods and funds, a preference for *laissez-faire* legislation and opportunistic action. Nevertheless the market world still accepted state regulation and contractually organized social relations.

In recent decades, a new set of values for social behaviour and justice has progressively reordered most social beliefs. In this new 'common universe', the market world became the dominant form of regulation, while itself changing between 1960 and 2000²⁹. In the new 'common universe' that finally took shape, personal engagement, responsibility, transparency, accountability and participation became the values that matter. Derived from that universe is the notion of *governance*. It signals the engagement of business on behalf of 'social and environmental responsibility' but also that of most programmes in the underdeveloped world when carried out by NGOs funded by the major agencies of the North. This new universe of justice – this new 'spirit of capitalism', as Boltanski and Chiapello have called it – now organizes today's dominant values³⁰.

Let us stop for a while on the notion of governance. It was initially elaborated in business management circles at the end of the 1960s when managers were less and less capable of properly running the shop floor at Fiat or at General Motors³¹. The concept spread in a first wave at the beginning of the 1980s following the demands for transparency made by managers of pension funds and because of the renewal of shareholders' involvement in business³². Next, 'good governance' moved into politics via the discourses of international institutions such as the World Bank, and started to appear in the rhetoric of NGOs working in the South to make public life more 'accountable'³³. The 1990s stage of this evolution was the notion of 'global governance,' in part theorized at the London School of Economics, which aimed at establishing common values for the management of a collective, and ultimately reconciled, future.

As Moreau D farges and others have shown, the vocabulary of governance conveys the idea that the world of the political, as it was invented and has been practiced for decades or centuries, is now obsolete as it is based not only on an overly 'politicized' and conflictual understanding of the social, but also as it relies on the State and formal procedures of representative democracy. As our societies have now been pacified from the outside (we have finished with the Westphalian model and no longer need to fear any wars of aggression – in the North, of course !), and have been pacified from within (we live in wealthy and

29 Pestre (2003), chapter 3.

30 Boltanski & Chiapello (2000, 2006).

31 Boltanski & Chiapello (2006) and Waring (1991).

32 Pestre (2003), chapter 3.

33 Kalaora (1999).

free societies) – in sum, because there are no longer any real conflicts of interest or war and because we no longer have to worry about the redistribution of goods (the free market is the solution) – there is no longer important choice of society to make and the state can fade away and at last allow civil society to auto-organize freely, as it sees fit³⁴.

5. The New Place and Image of Science Today

5.1. The consequences of these various ‘social’ changes for the sciences are quite large. Let me evoke three quite different ones.

1. The belief that technical and scientific progress is beneficial in itself and always controllable is eroding away. The confidence in the institutions that frame science are often blemished today and expert decisions taken behind closed doors are contested. These evolutions are linked to the deep changes in the social evoked in the last section, but they accelerated due to the sanitary and environmental crises of the last decades, to the blurring of responsibility, to the weakening of classical modes of political action, etc.
2. New forms of social appropriation of knowledge have appeared in society – think of patient associations (some have obtained, since the AIDS epidemic, an active role in the definition of research orientations and the management of clinical trials), of ‘independent’ laboratories, of environmental NGOs, of the regular venue of citizens juries and consensus conferences.
3. The web, finally, changed the rules. It marginalized the usual canals of transmission of knowledge, the usual forms of culture, education, activism and politics. Its originality is that it is non-hierarchical, that it leads to other practices and relationships between producers of knowledge, and to debates about the definitions of what counts as proper knowledge and ownership.

5.2. Among scientists, a tendency is to not take these novelties seriously, to hold them as an expression of irrationality, as an illness to cure with the promotion of more education and the diffusion of ‘scientific and technological culture’ (a standard expression in France). This reduction makes no sense; it is a way to not take into consideration a new massive social reality that cannot but amplify.

The idea that it manifests a new irrationality is shown false by all studies: it is not the sciences that are first aimed at (the CNRS researcher remains the most positively connotated figure in France in all public poll) but the regulations, the management of techno-scientific products, risks and crises, the systematically technophile attitude, the values that carry, and the social and economical effects that induce, these changes (as with GMOs in Europe)³⁵.

34 Moreau Defarges (2001).

35 Boy (2007).

In short, it is most of the time the success of techno-products that is at the core of public debates, not rationality. In fact, techno-scientific success produces two kinds of opposite reactions – and this ambiguity is constituted of our situation:

1. On the one hand, there are demands for precaution when the collective good is at stake: public health (Vioxx), environmental questions (management of nuclear wastes), property threats (GMO and the property of seeds), religious and ethical convictions (cloning, stem cells).
2. On the other hand a strong confidence in technologies remains when diseases are concerned (i.e. AIDS), when the offer permits the individual to restore or expand his/her own capacities. Think, for example, of the contrast in Europe between the (technophile?) demands for genetic therapy and the (technolophobe?) refusal of GMOs.

5.3. As scientists and potential experts, we should note three facts:

1. The questions society poses to techno-science when major crises appear (as in the case of BSE) or when potentially decisive technologies emerge (as with cloning) are not science questions and are not amenable to its procedures. The case is the same with the questions society poses to techno-industry when they propose products which might lead to major social upheaval. Science is here confronted with questions it is not prepared to tackle and about which it can have only a very partial view – in short, scientific actors must recognize publicly that their domain of experience is quite narrow, that there are many things they do not know and cannot know³⁶.
2. Since the problems are neither scientific nor technical, disagreement is in order – as with any political question. Democracy is not a regime free from conflict. As Ricoeur says, ‘conflict is neither an accident nor a misfortune’ in democracy, but ‘the expression of the undecidable nature of the public good’. Scientific questions are embedded in, ‘frozen in’, inseparable from other considerations that are industrial, political, financial, and ethical in nature. Economic and other interests are present everywhere in these questions, and science is less than ever in its ivory tower and allowed to go quietly on its way. Scientists must acknowledge the situation and be ready to discuss the framing of all questions openly³⁷.
3. Many options are available for our future, options mainly determined by political, moral, and social preferences – the *cités de justice* I mentioned earlier. They are framed by the appreciation people bestow on our capabilities to face certain problems and situations. In this world, there is no certainty, and informed and open debate is the only way. For this reason, democratic

36 Ravetz (1993).

37 Ricoeur (1991).

debate remains the only solution, and scientific institutions must state this clearly. The confidence people will put in them depends on it³⁸.

It would thus be intellectually misleading, pragmatically dangerous, and morally wrong to *take decisions* in society based solely on 'reason' and 'science'. Certainly we have to take collective decisions and be informed by all kinds of knowledge, including the most esoteric kinds of scientific knowledge. But political discussion and contradictory debates involving ends (What should be the future shape of our society?) and means (What should be the democratic tools?) remain and must remain the key. No science will ever lead to compelling and definitive conclusions, and nothing can replace the expression of conflicting world-views and common worlds³⁹.

It is also vital and good for democracy to rely in an essential way on *not* obeying a single set of norms, on *not* depending on a single distributive system – on promoting, on the contrary, a large variety of moral and political economies. It is a good thing, in particular, to keep independent and competing means for the devolution of material and symbolic goods. Regulations by markets have proved efficient – but marginalizing the political as a parallel way of regulating societies would be a mistake. Regulations by the invisible hand of the market are everywhere – but regulation by the visible hand of the political is as decisive: it is the condition for the first one to survive and be socially accepted. Reciprocally, a society in which everything would be allocated and decided upon only through political will or democratic procedures would lead to another kind of disaster – as we know too well from 20th Century experience⁴⁰.

6. Some Normative Comments to Conclude

If we accept these principles, working to guarantee the plurality of knowledge-producing institutions as well as protecting their different value systems seems a central idea. It might be translated in the following ways.

6.1. About the institutional and financial autonomy of the university structures

It is worth defending the institutional and financial autonomy of the university structures since universities are becoming the 'dominated' partner in the research business. That question is of particular relevance in Europe where universities are still largely controlled by States but whose research orientations are more and more dependent on business contracts.

The autonomy to be given to universities should not mean the right to be accountable to nobody, however. The counterpart of that autonomy should be

38 For a fascinating case study, Cassier & Gaudillière (2000).

39 This is of course a well-established thesis in Science Studies. See Pestre (2006).

40 For theoretical remarks on these points, Ricoeur (1991), Fitoussi (2002).

openness to a wide array of social demands and worries. Universities should not have to only consider business preoccupations, for example, but should also have parallel structures to consider the demands of ‘civil society’ – and be ready to translate them into research projects. I thus suggest we follow Daniel Kleinman’s advice when he recommends that co-operation with NGOs and citizen groups confronted to a problem (a local pollution or a global epidemiological problem) ‘be recognised as part of the service component considered in [university] tenure’ when collaboration with industry is considered this way. If the latter is normal, then why not to have the former become normal too⁴¹?

6.2. About the role that official bodies in charge of the ‘public good’ should play

For the institutions whose official function is the protection of the public good (as with the American NIH), this could mean carefully examining spheres that private interests do not consider. A classic example is chronic diseases in developing countries, another one the production of knowledge in agro-sciences.

As many population geneticists in agronomy explain, competition with the large companies of the agro-business is terribly unequal. Monsanto and others have thousands of people working to produce one GMO after another. As soon as they are ready, the pressure is enormous to have them immediately disseminated. On the other hand, there are only some dozen population geneticists trying to assess the effects these disseminated GMOs might have on ecosystems and soils. If scientific institutions consider it useful or prudent to make these assessments before commenting on the possible long-term effects of GMOs, public money should be made available to back this kind of research⁴².

6.3. About the necessary protection of the initiatives taken by the social body

Because business and the state can be very closely entwined and both fear interference from ‘civil society’, I would also stress the major importance of protecting the initiatives taken by the social body itself.

In terms of science, that might mean protecting the non-governmental research organizations that have been created over the last decades. I have in mind the case of the CRII-RAD (Commission de Recherche et d’Information Indépendantes sur la Radioactivité) an independent French laboratory created in the 1980s which monitors the information provided by France’s highly secretive nuclear state-industrial complex. That group proved crucial in its ability to measure radioactivity and then circulate the information after the Chernobyl catastrophe⁴³.

The mad cow epidemics also argue for an active defence of a multiplicity of independent expert sites: all studies have shown that the techno-administrative

41 Kleinman (1998).

42 Hermitte & Dormont (2000).

43 Topcu (to come).

milieus in charge of handling the various cases in Britain (in connection with private interests and in the name of the 'national good') regularly withheld seminal information⁴⁴.

6.4. About conflicts of interests and regulations

A fourth aspect might be that of the reassertion of state regulations, and of regulations by the judicial system, on business when the 'common good' is said at stake by social actors. I have in mind the conflicts of interest around the testing and marketing of new drugs.

In the United States, it has become common practice to have the company itself pay (and use for-profit private companies) to test the efficacy and undesirable effects of their drugs. The result might be that research is being directed down a narrower path and that the integrity of the clinical research enterprise is being compromised. This desire of companies to control the assessment of their drugs seems also to extend to university research. It now happens that companies refuse to communicate a new molecule for study before the researcher commits him or herself to not publishing the results without the company's prior approval. It also seems that companies are now ready to sue people who publish without their consent. In *Daedalus*, Angell and Relman claim that after having 'tried to stop publication [of a report] altogether, a company demanded 7 to 10 million dollars in damages [from the group that had been asked to organize the clinical trial of their product and had published the report] on the grounds that publication had hurt the company's financial prospect'⁴⁵.

6.5. About the social and environmental accountability of companies

A fifth aspect to consider is what kind of social and environmental accountability might be devised for companies other than to its shareholders (which is and will remain, fairly enough, the dominant aspect) when the (techno-scientific) products they offer affect important segments of the population. Let me take the example of the commercial logic at work in environmental issues.

According to Dasgupta, markets are not the most appropriate institutions for protecting the environment. The structural reason he gives is that they 'cannot be relied upon to provide us with prices which would signal true environmental scarcities.' Environmental resources are considered free by most techno-industrial interests (or are consistently undervalued), and there is little incentive to economize their use. If we are to believe Dasgupta, and if we agree that something major is at stake in terms of the 'common good,' it may be essential to join ecologists and economists in urging public authorities to constitute groups of

44 Hermitte & Dormont (2000).

45 Angell & Relman (2002). On 'amateur' and ONG science in the public space, see Charvolin (2007), Revel et al. (2007), Rui (2004), Pestre (2007b).

experts to estimate ‘the value of ecosystem services’ – a move that is now taking shape, notably through the Kyoto protocol.⁴⁶

Other approaches are indeed conceivable. I will only mention one which started to take shape recently. It is a reaction to the multiplication of the ‘charters of corporate responsibility’ proposed by most large companies nowadays. In these texts, whose social and political functions are quite varied, company managers state their social and environmental commitments. Rating agencies (comparable to the ones established on the financial market) have thus started to appear – the most famous one in France being established by the former head of one of the major worker trade-unions. The idea is to assess what companies actually *do* in social and environmental terms, and make these assessments public. Activists claim that it will help give more weight to these voluntary business commitments, that it will help make these charters *public contracts*, that they will make companies more accountable – which is hardly a naïve notion.

6.6. About the definition of technical norms of safety for products

In the same way, the question of which institutions should be allowed to define the norms for techno-scientific products is decisive. One example is the *Codex Alimentarius* and the new function it started to fulfil since the WTO decided to make it the scientific reference for international trade.

Established in 1962, the initial role of the *Codex* was to provide minimum safety norms for food – and it had nothing to do with commerce; governments and producers remained thus free to employ stricter standards. Since its ‘instrumentalisation’ by the WTO, the *Codex Alimentarius* now means that which can be demanded in terms of a products quality on a ‘free international market’; as a consequence, stricter rules than those determined by the *Codex* are now delicate to propose since they could be declared unfair trade practices. Regions or governments which propose tighter regulations on food (or even explicit new labelling on products) can thus be sued. Again, if we believe that science is being used here in an excessive way by the *cité marchande*, we must find ways of addressing the situation⁴⁷.

6.7. About expertise and the participation of ‘civil society’

A seventh point regards the organization of formal expertise. That topic has been thoroughly studied and real progress has been made in opening up these structures. It is now rather common to have committees that include people representing all parties (stakeholders as we now say), to have minorities publicly express their disagreement in expert reports, and to have different kinds of review processes. What has been won here is the right for non-scientists, non-

46 Dasgupta (2000).

47 Romi (to be published).

company engineers and non-state officials to be full members of the process from the very beginning, and thus be able to frame the questions right from the start⁴⁸.

In the matter of techno-scientific products, some governments in Europe have also proposed means by which key questions are publicly assessed and debated. The movement started in Denmark with what has since been dubbed 'citizen conferences.'

I do not mean the situation is now simple, however, and the most complicated problem remains: the relations to be established between these forms of democracy (that we could call, after Callon and others, 'dialogical or participative democracy') and the more traditional 'representative' forms of democracy. Conflicts of legitimacy are unavoidable between them and there is no ideal pre-fabricated solution. Elected bodies can claim they are legitimate when defining norms and establishing controlling bodies (e.g. for health or food) but one might claim that involving citizens in core decisions is often beneficial. Symmetrically, claims of representativity by citizen juries or consensus conferences could be contested: their legitimacy cannot equal that of people elected through a general vote of the population. The question thus remains as to who has the last word and how to establish explicit reciprocal commitments. If 'citizen conferences' are held, governments should for example declare beforehand how they intend to act on their recommendations⁴⁹.

6.8. About international agreements for the protection of the Earth

The problem becomes even more complex as soon as we address inter-governmental agreements. These are crucial to techno-scientific products and the environment, but very little will come of them if governments do not deal in good faith. Unfortunately, recent events are not reassuring.

Two examples are the Montreal Protocol on the elimination of methyl bromide in pesticides, and the Kyoto Protocol. The first was signed in 1987, has been in force for fifteen years, and use of the chemical agent has dropped significantly. That agreement played also a key role in the setting up of IPCC as a legitimate body recognized by States to evaluate any possible climatic warming. At the conference in Nairobi in November 2004, however, the American administration refused continued adherence to the Montreal protocol and asked that it be allowed to raise its own quantities. Since that Protocol is the only functioning international agreement of its kind, this move was destabilizing. As for the Kyoto Protocol, the American administration is not party to it – even if many groups and States have started to act in North America. But if the simulations made by scientists are to be believed, the consequences of the inertia of the most powerful nation might be seriously damaging.

48 Blondiaux & Sintomer (2002), Hatchuel (2000), Hermitte (1998), Joly (1999) and Callon, Lascoumes & Barthes (2001).

49 Butler at al. (2000), Lochard et al. (2003), Rui (2004).

Bibliography

- Angell, Marcia & Relman, Arnold S., 'Patents, profits and American medicine: conflicts of interests in the testing and marketing of new drugs', *Daedalus*, Spring 2002, 102-111.
- Balogh Brian, 'Reorganizing the Organizational Synthesis : Federal – Professional Relations in Modern America ', *Studies In American Political Development*, 5 (1991), 119-172.
- Beck, Ulrich, *Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter* (Suhrkamp, 2002).
- Bennett, Jim. A., *The Divided Circle. A History of Instruments for Astronomy, Navigation and Surveying* (Oxford : Phaiden/Christie's, 1987).
- Blondiaux, Loïc & Sintomer, Yves, 'L'impératif délibératif', *Politix*, 15 (57), 2002, 17-35.
- Boltanski, L. & Thévenot, L. (2006) *On Justification: Economies of Worth*. Princeton University Press. Translation of *De la justification, Les économies de la grandeur* (Paris: Gallimard, 1991).
- Boltanski, Luc & Chiapello, Eve (2006) *The New Spirit of Capitalism*. London: Verso. Translation of *Le nouvel esprit du capitalisme* (Paris: Gallimard, 2000a).
- Boltanski, Luc & Chiapello, Eve, 'The New Spirit of Capitalism', paper presented to the Conference of Europeanists, March 14-16, 2000, Chicago.
- Boy, Daniel, *Pourquoi avons-nous peur des technologies ?* (Paris : Sciences Po. Les presses, 2007).
- Boyle, James, 'Fencing off ideas', *Daedalus*, Spring 2002, 13-25.
- Bruno, Isabelle (2006). *Déchiffrer l'« Europe compétitive »*. *Étude du benchmarking comme technique de coordination intergouvernementale dans le cadre de la stratégie de Lisbonne*, Thèse de doctorat en science politique, IEP Paris, 2 vol, 2006.
- Bruno, Isabelle, *À vos marques®, prêts... cherchez ! La stratégie européenne de Lisbonne, vers un marché de la recherche* (Bellecombe-en-Bauges, Éditions du Croquant, à paraître en février 2008).
- Brown, Wendy (2005) *Edgework: Essays on Knowledge and Politics* (Princeton University Press) notably 'Neoliberalism and the End of Democracy'.
- Buderi, Robert, *Engines of Tomorrow* (New York : Simon and Schuster, 2000).
- Butler J., Laclau, E., & Zizek, S., *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*, London/ New York, 2000.
- Callon, Michel, Lascoumes, Pierre et Barthe, Yannick (2001) *Agir dans un monde incertain, essai sur la démocratie technique* (Paris: Seuil).
- Cassier, Maurice & Gaudillière, Jean-Paul, 'Recherche, médecine et marché : la génétique du cancer du sein', *Sciences Sociales et Santé*, 18, 2000, 29-50.
- Castel, Robert, *La discrimination négative* (Paris, Seuil, 2007).
- Charvolin, Florian et al. (eds.), *Des sciences citoyennes ? La question de l'amateur dans les sciences naturalistes* (Paris, L'aube, 2007).
- Chauvel, Louis, *Les classes moyennes à la dérive* (Paris, Seuil, 2006).
- Coriat, Benjamin & Orsi, Fabienne, 'Establishing a New Intellectual Property Rights in the United States, Origins, Content, Problems', *Research Policy*, vol.31, n° 7-8, décembre 2002.
- Dahan, Amy & Pestre, Dominique (eds.), *Les sciences pour la guerre* (Paris : EHESS, 2004).
- Dasgupta, Partha, 'Science as an Institution : Setting Priorities in a New Socio-economic Context', *World Conference on Science, Science for the 21st century, A New Commitment*, (Paris : UNESCO, 2000), 264-271.

- Dejours, Christophe (1998), *Souffrance en France, La banalisation de l'injustice sociale* (Paris: Seuil).
- Demeritt, David, 'The Construction of Global Warming and the Politics of Science', *Annals of the Association of American Geographers*, 91(2), 2001, 307-337.
- Dupuy François (2005) *La fatigue des élites, le capitalisme et les cadres* (Paris: Seuil).
- Edgerton, David, 'Science in the United Kingdom : A Study in the Nationalization of Science', in Krige & Pestre (1997), 759-776.
- Eisenstadt, Schmuël N. (ed.), *Multiple modernities*.
- Ehrenberg, Alain, *La fatigue d'être soi. Dépression et société* (Paris : Odile Jacob, 2000).
- Ehrenberg, John, *Civil Society. The Critical History of an Idea* (New York University Press, 1999).
- Falk, R., *Predatory Globalization : A Critique* (Cambridge : Polity Press, 1999).
- Fassin, Didier and Memmi, Dominique (sous la dir. de) (2004), *Le gouvernement des corps* (Paris: EHESS).
- Fitoussi, Jean-Paul, 'Démocratie et mondialisation', *Revue de l'OFCE*, hors série, mars 2002, 7-18.
- Foucault, Michel (1994), *Dits et Ecrits, IV* (Paris, NRF Gallimard).
- Gauchet, Marcel, *L'avènement de la démocratie, I, La révolution moderne* (Paris, Gallimard, 2007).
- Guillemot, Hélène, *La modélisation du climat en France des années 1970 aux années 2000. Histoires, pratiques, enjeux politiques*, Thèse de doctorat, EHESS, décembre 2007.
- Haraway, Donna J., *Modest_Witness@Second_Millennium. FemaleMan_Meets_Oncomouse, Feminism and Technoscience* (New York, Routledge, 1997).
- Hatchuel, Armand, 'Agir public et conception collective: l'expertise comme processus démocratique', in E. Heurgon, J. Landrieu, *Prospective pour une gouvernance* (Paris: Editions de l'Aube, 2000).
- Hermitte, M-A & Kahn, P. (2004) *Les ressources génétiques végétales et le droit dans les rapports Nord-Sud* (Bruxelles: Bruylant).
- Hermitte, Marie-Angèle, 'Pour une agence de l'expertise scientifique', *La Recherche*, 309 (1998), 95-97.
- Hermitte, Marie-Angèle & Dormont, Dominique, 'Propositions pour le principe de précaution à la lumière de l'affaire de la vache folle', in Kourilsky, Philippe & Viney, Geneviève, *Le principe de précaution* (Paris : Odile Jacob, La Documentation Française, 2000), 341-386.
- Honneth, Axel, *La lutte pour la reconnaissance* (Paris : Le Cerf, 2000).
- Joly, Pierre-Benoît, 'Besoin d'expertise et quête d'une légitimité nouvelle: quelles procédures pour réguler l'expertise ?', *Revue Française des Affaires Sociales*, 1, (1999), 45-52.
- Kalaora, Bernard, 'Global experts : la religion des mots', *Ethnologie Française*, XXIX, 1999, 513-527.
- Kleinman, Daniel, 'Beyond the Science Wars : Contemplating the Democratization of Science', *Politics and the Life Sciences*, 16(2), September 1998, 133-145.
- Lash, Scott, Szerszynski, Bronislaw & Wynne Brian (eds.) (1996) *Risk, Environment & Modernity, Towards a New Ecology* (London: Sage).
- Le Masson, Pascal, Weil, Benoît, Hatchuel, Armand, *Les processus d'innovation. Conception innovante et croissance des entreprises* (Paris, Hermès , 2006).
- Lessig, L. (2004) *Free Culture, How Big Media Uses Technology and the Law to Lock Down Culture and Control Creativity* (The Penguin Press).

- Lochard, Yves & Simonet-Cusset, Maud (coord.) (2003) *L'expert associatif, le savant et le politique* (Paris: Syllepse).
- Moreau Defarges, Philippe, 'Gouvernance', *Le Débat*, 115 (mai-août 2001), 165-172.
- Nowotny, Helga, Scott, Peter & Gibbons, Michael, *Re-Thinking Science, Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty* (Cambridge : Polity Press, 2001).
- Pestre, Dominique (2003), *Science, argent et politique, un essai d'interprétation* (Paris, INRA, coll. Sciences en Question).
- Pestre, D. (2006), *Introduction aux Science Studies* (Paris: La Découverte).
- Pestre, Dominique (2007a), 'The Historical Heritage of the 19th and 20th Centuries: Techno-science, markets and Regulations in a Long-term perspective', *History and Technology*, 23(4), Decembre, 407-420.
- Pestre, Dominique (2007b), Historical Perspectives on Science, Society and the Political: Report to the Science, Economy and Society Directorate, European Commission, http://ec.europa.eu/research/science-society/document_library/pdf_06/report_from_historical_seminar_en.pdf
- Posner, Richard A., 'The law and economics of intellectual property', *Daedalus*, spring 2002, 5-12.
- Ravetz, Jerome R. (1993) 'The sin of science: ignorance of ignorance', *Knowledge (Creation-Diffusion-Utilization)*, 15/12, December, 157-165.
- Reich, Michael R. (ed.), *Public-Private Partnerships for Public Health* (Harvard Series on Population and International Health, 2002).
- Revel, Martine et al. (eds), *Le débat public : une expérience de démocratie participative* (Paris : La Découverte, 2007).
- Ricoeur, Paul, 'Postface au *Temps de la Responsabilité*', *Lectures 1, Autour du politique* (Paris : Seuil, Essais, 1991).
- Romi, Raphaël, 'Codex Alimentarius : de l'ambivalence à l'ambiguïté', to be published.
- Rose, Nikolas, *The Politics of Life Itself. Biomedicine, Power, and Subjectivity in the Twenty-First Century* (Princeton University Press, 2007).
- Rui, Sandrine, *La démocratie en débat, Les citoyens face à l'action publique* (Paris, Armand Colin 2004).
- Sarewitz, Daniel, 'How science makes environmental controversies worse', *Environmental Science & Policy*, 7 (2004), 385-403.
- Seabrook, Jeremy, *The no-nonsense guide to world poverty* (Verso, 2003).
- Sennett, Richard (2006) *The Culture of the New Capitalism*. New Haven: Yale University Press.
- Spary, Emma, *Utopia's Garden, French Natural History from Old Regime to Revolution, Chicago*, (The university of Chicago Press, 2000).
- Timmermanns, Stefan and Berg, Marc, *The Gold Standard. The Challenge of Evidence-Based Medicine and Standardization in Health Care*, Temple, Temple University Press, 2003.
- Wagner, Anne-Catherine, *Les classes sociales dans la mondialisation* (Paris, La Découverte, 2007).
- Veltz, Pierre, *Le nouveau monde industriel* (Paris : Gallimard, 2000).
- Waring, S., *Taylorism transformed, Scientific Management Theory since 1945* (Chapel Hill : University of North Carolina Press, 1991).
- Zaccaï, Edwin, *Le développement durable. Dynamique et constitution d'un projet* (Bruxelles, PIE – Peter Lang, 2002).

Neuer gesellschaftlicher Legitimierungsbedarf der Wissenschaft in Deutschland – Veränderungen in der Wissenschafts-Governance am Beispiel der Universitäten

Einleitung

Dieser Beitrag zeichnet die aktuellen Reformen in der Governance von Wissenschaft an deutschen Universitäten vor dem Hintergrund zweier, in der aktuellen Reformpolitik eng miteinander verwobener Diskurse nach. Der erste Diskurs ist vor allem akademisch-verwaltungswissenschaftlicher Art: Es geht um die Ablösung hierarchischer Steuerungsutopien in der Politik durch das Governance-Konzept und seine Verwendung zur analytischen Beschreibung und Erklärung der heutigen Reformen in staatsnahen Sektoren wie dem Bildungs- und Forschungswesen, die unter dem Stichwort New Public Management (NPM) ablaufen. Der zweite Diskurs wird akademisch, politisch und – verstärkt durch ein reges Interesse der Massenmedien – in der breiten Öffentlichkeit ausgetragen. Es geht um die Legitimitätskrise der deutschen Universität in ihrer hergebrachten Humboldtschen Form. Ich führe im Folgenden beide Diskurse zusammen und nutze sie als strukturierenden Hintergrund, um die aktuell stattfindenden Veränderungen in der Wissenschafts-Governance an deutschen Universitäten anschaulicher werden zu lassen.

1. New Public Management: Die neue Governance staatsnaher Sektoren

Seit Beginn der 1990er Jahre hat sich in der internationalen Policy-Forschung und Verwaltungswissenschaft ein Paradigmenwechsel vollzogen. Theorien politischer Steuerung, die geeignet sein sollen, den politischen Prozess sowohl in seinen strukturellen Ursachen als auch in seinen Wirkungen auf die und in der Gesellschaft zu erklären, wurden zunehmend von der Gesetzgeberperspektive auf den Governance-Ansatz umgestellt. In einer weit gefassten Definition lässt sich Governance als Koordination und Kontrolle zwischen unabhängigen, aber interdependenten Akteuren beschreiben (Benz 2007). Fortgesetzte Koordination und Kontrolle finden in einem Regelsystem statt, in dem die unterschiedlichen Handlungsrationalitäten der verschiedenen Akteure zu einer gemeinsamen „Arena“ für kollektives Handeln verknüpft werden. So gefasst kann Gover-

nance auch als „Brückenbegriff“ fungieren, der geeignet ist, Forschungsansätze aus der Politikwissenschaft, der Soziologie, der Ökonomie und den Rechtswissenschaften in einen fruchtbaren Dialog zu bringen und zusammenzuführen (Schuppert 2007). In der Verknüpfung diverser Handlungsrationitäten interdependenter Akteure zu einem umfassenden Regelsystem – einem Governance-Regime – , das geeignet ist, ein öffentliches Gut zu produzieren, lassen sich in der Regel fünf Mechanismen der Koordination und Kontrolle unterscheiden (Lange/Schimank 2007):

1. die staatliche Regulierung,
2. die Steuerung durch externe Stakeholder,
3. in staatsnahen Sektoren wie dem Bildungs-, Forschungs- und Gesundheitswesen die Selbstorganisation der professionellen Dienstleister,
4. die administrative Selbststeuerung von öffentlichen Einrichtungen, Verwaltungen und Non-Profit-Organisationen sowie
5. der Wettbewerb innerhalb und zwischen diesen Einrichtungen und Organisationen um staatliche Finanzmittel, deren Gewährung zunehmend von der konkreten Leistungserbringung abhängig gemacht wird.

Öffentliche Dienstleistungen sollen – nach der britischen Maxime der „three E’s“ – mit Blick auf die Arbeitsorganisation effizienter (efficient), hinsichtlich des Preis-Leistungs-Verhältnisses ökonomischer (economical) und mit Blick auf die gesellschaftlichen Wirkungen effektiver (effective) erbracht werden. Hierzu wird üblicherweise mehr Wettbewerb zwischen den betreffenden Organisationen propagiert. Mangels einer echten Marktsituation in staatsnahen Sektoren – zumindest eine Grundversorgung mit öffentlichen Gütern soll ja weiterhin aus öffentlichen Ressourcen finanziert und vom Staat gewährleistet werden – werden Quasi-Märkte geschaffen. Zu diesem Zweck wird zunächst einmal die institutionelle Grundfinanzierung öffentlicher Dienstleister zurückgefahren und zugleich deren korporative Autonomie gestärkt, um ihnen marktähnliches Verhalten hinsichtlich der Beschaffung externer Ressourcen (Erschließung neuer Einnahmequellen) und Effizienzsteigerung der Arbeitsabläufe (Profit-Center, Kostenstellenrechnung, Personalabbau) bei gleichzeitig höherer Kunden- oder Klientenorientierung zu ermöglichen. Die Effektivität dieser Maßnahmen kann durch Zielvereinbarungen der öffentlichen Zuwendungsgeber mit den von ihnen grundfinanzierten Organisationen kontrolliert werden. Grundlegend für die Funktion von Quasi-Märkten bleibt der Umstand, dass „the political authorities have determined the conditions under which these markets operate“ (Denters et al. 2003: 4). Eingerahmt und politisch ermöglicht wird diese Determination in etatistisch geprägten NPM-Reformländern durch ein Zurückfahren der staatlichen Detailregulierung des staatsnahen Sektors bei gleichzeitigem Hochfahren der administrativen Selbststeuerung der Verwaltungseinheiten durch die Installation eines handlungsfähigen Managements, das eigenständig über Personalstrukturen, das Angebotsportfolio und die organisationsinterne Mittelverwendung und Auftragsvergabe entscheidet. Parallel hierzu wird die externe Steuer-

zung der Verwaltung durch gesellschaftliche Stakeholder forciert – zum Beispiel durch die Besetzung von Kontrollgremien mit Kunden und Wirtschaftsvertretern – während die Selbstorganisationsrechte und entsprechende Gremien der professionellen Leistungserbringer – zum Beispiel der Ärztekammern oder der akademischen Senate an Universitäten – reduziert werden. Um Letzteres zu erreichen, ist insbesondere in nicht-etatistischen Ländern wie Großbritannien sogar eine deutliche Zunahme der staatlichen Detailregulierung zu beobachten, so dass es in dieser Governance-Dimension im Zuge von NPM-Reformen zu einer Annäherung in der Regulierungsdichte zwischen den vormals diversen politischen Verwaltungskulturen angelsächsischer und kontinentaleuropäischer Prägung kommt. Die idealtypische Vorstellung, dass strikte Marktorientierung und staatliche Regulierung sich wechselseitig ausschließen, ist „not necessarily true“ (Theisens 2003: 211).

2. Legitimitäts-Krise der deutschen Universität

2.1 Der Status quo ante

Das deutsche Hochschulsystem ist seit den 1960er Jahren binär in Universitäten und Fachhochschulen unterteilt. Unter den insgesamt 355 Hochschulen befinden sich 109 Universitäten im engeren Sinne – d.h. mit Promotionsrecht –, 191 Fachhochschulen sowie 55 Kunst- und Musikhochschulen (Stand: 8.10.2008, HRK Hochschulkompass). In 2006 waren 1,95 Mio. Studenten an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Zwei Drittel aller Studenten sind an den Universitäten eingeschrieben. An den Universitäten waren 2005 165.737 Akademiker beschäftigt, darunter 22,8 % Professoren.

Die Hochschulen werden rechtlich und finanziell von den jeweiligen Bundesländern, in denen sie verortet sind, reguliert. Darüber hinaus planen die Länder im Rahmen der Struktur- und Entwicklungsplanung hochschulische Standorte, Fächerausstattungen und bauliche Infrastrukturen (Lanzendorf/Pasternack 2008). Die Bundesregierung hatte de jure von 1976 bis 2008 eine Kompetenz zur Rahmengesetzgebung in der Hochschulpolitik, in der sie aber verfassungsgerichtlich von den Ländern immer wieder ausgebremsst werden konnte. Nichtsdestotrotz konnte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) durch eine Beteiligung am Hochschulbau der Länder, Hochschulsonderprogramme und seine Beteiligung an der Forschungsförderung (hauptsächlich über die Deutsche Forschungsgemeinschaft DFG) indirekten Einfluss auf die Hochschulentwicklung ausüben (Schimank/Lange 2006). Die Länder koordinieren ihre Politiken im Bereich Hochschulen und tertiäre Bildung im Rahmen einer horizontalen Verflechtung über die Kultusministerkonferenz (KMK), einer regelmäßig tagenden, im Konsens beschließenden Versammlung (Einstimmigkeitsprinzip) der jeweils zuständigen Länderminister. Um die Landespolitiken mit der Bundespolitik abzustimmen, wurde 1970 im Zuge der Einführung von Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern (vertikale Verflechtung) die Bund-

Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) gegründet, die ihre Tätigkeit zum 1. Januar 2008 eingestellt hat und von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) ersetzt wurde. In den Bereich der Verzahnung von Länder- und Bundesinteressen sowie den Interessen der wissenschaftlichen Gemeinschaft fällt der Wissenschaftsrat (WR), der unter anderem Strukturempfehlungen für die Reform des deutschen Wissenschaftssystems herausgibt, zunehmend Evaluationen der Leistungsfähigkeit der deutschen Wissenschaftseinrichtungen durchführt und in dessen Rahmen bis in die jüngste Vergangenheit der Hochschulbau in Deutschland verhandelt wurde. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft – um einen weiteren wichtigen intermediären Akteur in der deutschen Wissenschaftspolitik zu benennen – ist die wichtigste Institution der Forschungsförderung in Deutschland. Die Finanzmittel aus DFG-geförderten Forschungsprojekten machen über 40% der externen Einnahmen deutscher Universitäten aus (Kuhlmann/Heinze, 2004: 53). Die Länder und die Bundesregierung teilten sich ursprünglich die Finanzierung des DFG-Haushalts – der Anteil des Bundes ist in den vergangenen Jahren auf real 52,9% gestiegen, während die Länder jetzt 36,7% beisteuern.¹

Das traditionelle Governance-Regime der deutschen Universitäten war durch die Dominanz einer Kombination zweier Governance-Modi gekennzeichnet: akademische Selbstverwaltung und staatliche Regulierung. Dies war der „historische Kompromiss“ zwischen Professorenschaft und Obrigkeitsstaat, wie er im 19. Jahrhundert gefunden worden war. An den Universitäten durfte die Wissenschaft in „Einsamkeit und Freiheit“ betrieben werden, was insbesondere für die Forschung, aber auch für die Lehre galt. Entsprechend stark waren die kollegialen Repräsentativorgane ausgeprägt. Die Universitäten wurden nahezu ausschließlich und en bloc vom Staat alimentiert; unter anderem auch mit der historisch begründeten Erwartungshaltung, dass die Universitäten darauf verzichteten, Forschung und Lehre mit politischer Agitation zu verbinden; die Hochschulen verpflichteten sich gewissermaßen auf einen „staatstragenden“ Charakter. Die verfassungsmäßig garantierte „Freiheit von Forschung und Lehre“ unterband eine substanzuell-inhaltliche Steuerung der Universitäten durch den Staat oder die Adressaten ihrer Leistung. Diese „Autonomie“ der Universitäten wurde als Hochschulselbstverwaltung institutionalisiert, die eine eigenständige Grundordnungsgewalt einschließlich der Kompetenz zur Wahrnehmung der Verwaltungsaufgaben bezüglich der Aufgaben in Forschung und Lehre beinhaltete. Rechtlich manifestierte sich dieser „historische Kompromiss“ in der Doppelnatur der Universitäten als Körperschaften des öffentlichen Rechts im Sinne von Korporationen und staatlichen Anstalten im Sinne nachgeordneter Behörden (Neie 2001; Kimminich 1982). Der Korporationsgesichtspunkt – die akademische Selbstverwaltung – stand und steht bis heute lediglich unter einer allgemeinen „Rechtsaufsicht“ der Länder. In den Bereichen, in denen die Hochschulen jedoch im Sinne nachgeordneter Behörden staatliche Aufgaben erfüllen

1 Ein Restbetrag kommt von privaten Stiftungen und anderen.

– insbesondere in Haushalts-, Wirtschafts- und Personalverwaltungsangelegenheiten – hatten die Länder in der Vergangenheit eine sehr weitgehende Aufsichtsfunktion – die so genannte „Fachaufsicht“.

Als Korporationen beruhten die deutschen Universitäten auf der autonomen Selbstorganisation der Wissenschaftler. Die Professorenschaft als Ganzes erhielt in der akademischen Selbstverwaltung der Universitäten eine überragende Stellung; und jeder einzelne Professor genoss hinsichtlich der Gegenstände und Bedingungen seiner Forschung und Lehre eine Autonomie, in die auch die akademische Selbstverwaltung nicht eingreifen konnte. Die Autonomie der einzelnen Professoren – und hier vor allem die der Ordinarien bzw. Lehrstuhlinhaber – war in allen Forschung und Lehre betreffenden Fragen hoch. Zur Charakterisierung dieser dominierenden akademischen Oligarchie sprach der Hochschulforscher Burton C. Clark (1983: 140) prägnant von „small monopolies in thousands of parts“.

Aus der Perspektive des einzelnen Professors betrachtet war die Universität und die Fakultät zu der er gehörte, eine lokale Korporation von Kollegen – den anderen Professoren –, unter denen das Leitbild der Gleichheit von Rechten, Pflichten und Möglichkeiten vorherrschte.² Dieses Leitbild wurde im Universitätsalltag vor allem hinsichtlich eines Nicht-Gebrauchs all jener formalen, durch Gesetz oder Grundordnung der Universität zugestandenen Rechte hochgehalten, die geeignet gewesen wären, einzelnen oder Gruppen von Kollegen Schaden zuzufügen. Die innere Universitätsführung – Rektoren und Dekane – wurde traditionell von aus ihrer Mitte gewählt. Auch sie blieben während ihrer Amtsausübung dem Prinzip der Kollegialität unter Professoren verpflichtet und waren kaum in der Lage (und auch nicht Willens), konfliktträchtige Entscheidungen insbesondere im Hinblick auf Entzug oder nur selektive Gewährung von Ressourcen zu treffen. Die wichtigsten Entscheidungen wurden ohnehin in den akademischen Senaten und Fakultätsräten getroffen, deren Entscheidungen die Universitäts- oder Fakultätsführung dann lediglich auszuführen hatte. Allerdings wurden kaum Entscheidungsvorlagen zur Beschlussfassung in die Senate eingebracht, über die nicht im Vorfeld durch informelle Abstimmung bereits Konsens hergestellt worden wäre. Kollegialität lief letztlich auf einen institutionalisierten Nichtangriffspakt unter Professoren hinaus, der ein formal mehrheitsdemokratisch organisiertes System faktisch in eine Struktur informeller Veto-

2 Zu Beginn der 1970er Jahre erhielten die anderen Statusgruppen (wissenschaftliche Mitarbeiter, Studenten und nicht-akademisches Personal) formale Partizipationsrechte an den repräsentativen Entscheidungsorganen der Universitäten, die 1976 im Hochschulrahmengesetz (HRG) des Bundes fixiert wurden. Dennoch wurde die dominierende Stellung der Professorenschaft entgegen den ursprünglichen Intentionen des Bundesgesetzgebers nicht angetastet. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts konnte die Professorenschaft eine Gruppenmajorität in allen mit Forschung und Lehre befassten Angelegenheiten behalten. Für die faktische Entscheidungsfindung bedeutete die so genannte „Gruppenuniversität“ noch mehr Stillstand und Bürokratisierung als vorher. Insbesondere die Zahl, Tagungshäufigkeit und Sitzungsdauer von Gremien wurde vermehrt.

rechte überführte, das erstens – dem Konsensprinzip gehorchend – nur sehr langsam entscheiden konnte und, zweitens, die Entscheidungsmaterien inhaltlich auf Positivsummenspiele einengen musste, an denen jeder gleichermaßen profitierte (Schimank 1995: 222-258).

Als staatliche Anstalten und nachgeordnete Behörden unter der Fachaufsicht der Landeskultusministerien hingegen unterlagen die Universitäten engmaschigen und am generellen Bedarf des öffentlichen Dienstes – also nicht auf ihre spezifischen Bedürfnisse hin – ausgerichteten rechtlichen Regulierungen. Von der Einstellung des Personals über das Haushaltsrecht, die Organisationsstrukturen bis hin zu der Genehmigung von Studiengängen unterlagen alle nicht unmittelbar wissenschaftlichen Angelegenheiten der staatlichen Regulierung.

2.2 Der Krisen-Diskurs

Folgt man nun jüngeren Zeitdiagnosen zu Situation und Leistungsfähigkeit der Hochschulen in Deutschland, stößt man auf ein Krisenszenario erstaunlichen Ausmaßes. Die Diagnose, dass die deutsche Universität „blockiert“ (Daxner 1999) sei, zählt da noch zu den harmloseren Erkenntnissen. Weiteren Zuschreibungen zufolge gleicht sie einem „untergehenden Schiff“ oder war bereits „im Kern verrottet“ (Glötz 1996). Seit dem 1976er Beschluss der Kultusminister, den steigenden Studentenzahlen nicht mehr mit einem weiteren Ausbau des Hochschulsystems zu begegnen, sondern den „Studentenberg“ mit den vorhandenen Ressourcen an Personal und Ausstattung zu „untertunneln“, hatte sich eine Vielzahl von Problemen aufgestaut, die unter der Regie des o.a. traditionellen Governance-Regimes nicht gelöst werden konnten und schlicht immer weiter in die Zukunft vertagt wurden. Um nur ein paar Schlagworte der Krisenrhetorik mit Blick auf die universitäre Lehre zu nennen: Abnehmende Qualität der Lehrveranstaltungen, zunehmende Studienabbrecher-Raten, stetige Verlängerung der Studienzeiten, Flucht aus der Lehre in die Forschung, mangelnde Vermittlung der auf dem Arbeitsmarkt benötigten Fähigkeiten, mangelnder Anwendungsbezug der Lehre etc. Mit Blick auf die Forschung sieht die Liste der Defizite kaum besser aus: mangelnde internationale Sichtbarkeit und Konkurrenzfähigkeit der Forschung, mangelnde Attraktivität der Universitäten für ausländische Spitzenwissenschaftler, Verdrängung der Forschung durch die Lehre, fragmentierte Qualitätskontrolle bei der Messung von Forschungsleistung, mangelnder Anwendungsbezug, keine Responsivität für außerwissenschaftliche Ansprüche, mangelnder oder zeitlich verzögerter Technologietransfer etc. (Schimank/Lange 2009).

Während die Universitätsleitungen und Professoren darauf beharrten, dass bei zunehmender politisch zu verantwortender finanzieller Verarmung der Hochschulen die gleichzeitig exponentiell wachsenden politischen Ansprüche an deren Leistungsfähigkeit per se nicht befriedigt werden könnten und Haushaltsaufstockungen verlangten, wuchs in der Politik die Ungeduld. Da eine pauschale Steigerung des Inputs an Ressourcen mit Blick auf die allgemeine

schlechte Haushaltslage der öffentlichen Kassen ausschied, suchte und fand die Politik die Schuld an der Krise in der Reformunfähigkeit und -unwilligkeit der Hochschulen selbst. Folglich setzten alle politisch motivierten Therapievor schläge auch an der Governance-Struktur der Universitäten an.

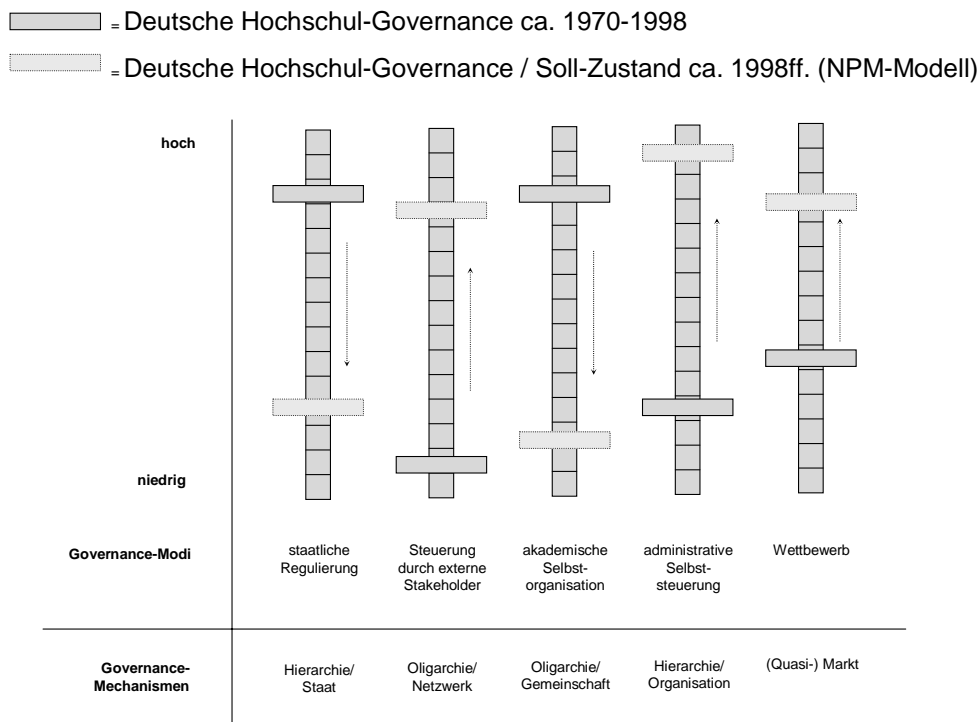
Ebenso wie bei der Krisen-Rhetorik wurde bei den Therapievor schlägen zur Überwindung der angeführten Dilemmata nicht mit metaphorischen Übertreibungen gezeigt: Zur Überwindung ihrer tiefen Krise müsse die Universität in jeder Beziehung „entfesselt“ werden (Müller-Böling 2000): entfesselt zum einen in externer Hinsicht aus der bürokratischen Umarmung und politischen Bevormundung des Staates, und zum anderen hinsichtlich ihrer internen Leistungspotenziale, die sich in einer straffen Selbst(re)organisation unter Managementgesichtspunkten und einer strikten Leistungs- und Serviceorientierung der Forschenden und Lehrenden niederschlagen solle. „New Public Management“ (NPM) hieß – wie oben bereits ausgeführt – der neue Generalschlüssel, den die angelsächsischen Länder bereits seit den frühen 1980er Jahren in den knirschenden Schlössern ihrer öffentlichen Hochschulen drehten, und der seit den 1990er Jahren teils faktisch, teils auch nur in der politischen Rhetorik in immer mehr kontinentaleuropäischen Ländern Einzug gehalten hatte.

Kern des NPM-Konzepts in Anwendung auf die Wissenschaft ist die Neutaurierung der in den Governance-Regimen deutscher Universitäten vorfindlichen fünf Regelungs-Mechanismen: die staatliche Regulierung von Details – wie z.B. der hochschulinternen Mittelverwendung, Curriculumentwicklung und Personalpolitik – soll zurückgefahren werden; die Steuerung durch externe Stakeholder – dazu zählen der Staat selbst (als Treuhänder der Gesellschaft), aber vor allem die potentiellen Anwender wissenschaftlicher Erkenntnisse und Abnehmer der Graduierten, also Wirtschaftsunternehmen – soll hochgefahren werden; die akademische Selbstorganisation der Hochschullehrer-Profession inklusive der drittelparitätischen Beteiligung weiterer Gruppen in Fakultätsräten und Senaten soll zurückgefahren und damit die statuspolitische „Versäulung“ der Universitäten aufgebrochen werden; die administrative Selbststeuerung der Universität durch Rektoren, Dekane und mittleres Management soll hochgefahren und hinsichtlich Entscheidungsmacht und Ergebnisverantwortlichkeit den Strukturen privater Unternehmen angepasst werden; letztlich soll der Wettbewerb innerhalb und zwischen Universitäten um knappe finanzielle Ressourcen zur Förderung von Forschung und Lehre sowie um die besten Studenten hochgefahren werden.

In der Realität sind freilich die Krisen-Symptome der deutschen Universität weit weniger eindeutig interpretierbar – und damit auch weniger eindimensional therapierbar –, als von den öffentlichkeitswirksamen Diagnosen gezeichnet: Zum einen sind seit der Etablierung des Humboldtschen Universitätstypus kaum Zeiten erinnerlich, in denen die deutsche Universität nach Meinung von Politik und Öffentlichkeit nicht in der Krise gewesen wäre; zum anderen täuscht die Debatte über die eine große Krise darüber hinweg, dass die Universität an vielen kleinen Krisen leidet, die ihr zum größten Teil von außen aufgezwungen

wurden, und die sich nicht im Sinne eines gordischen Knotens mit einem einzigen beherzten Hieb durchtrennen lassen. Nach wie vor ist Schimank und Stölting (2001) zuzustimmen, dass bei all den in den vergangenen zehn Jahren stattgefundenen Reformprozessen „sehr wenig sicheres Wissen über die tatsächliche oder vermeintliche Malaise, aber viele auf Fehleinschätzungen und politischem Opportunismus beruhende Prognosen und Attributionen, die, einmal in die Welt gesetzt, schnell zu self-fulfilling prophecies werden“ (Schimank/ Stölting 2001: 15), im Spiel gewesen sind.

Abb. 1: Alte und neue Wissenschafts-Governance an Universitäten



Eine dieser ambivalenten Attributionen ist zweifelsohne der „Mythos Amerika“ (Stucke 2001). Er beherrscht die deutsche Hochschulkrisen-Debatte auf ähnliche Weise wie ehemals die hausgemachte Homogenitätsfiktion und der Mythos Humboldt. Stucke hat darauf aufmerksam gemacht, dass der Versuch, amerikanische Strukturen in das deutsche Hochschulsystem zu übertragen, keineswegs neu, noch per se Erfolg versprechend ist. Die gescheiterte Idee der Bindendifferenzierung des deutschen Hochschulsystems durch den Typus der Gesamthochschule ist ein solcher früher Fall des erfolglosen Kopierens amerikanischer Vorbilder. Der heutige deutsche Diskurs über das amerikanische Hochschulwesen ist ausgesprochen „fragmentiert“ (Stucke 2001: 125/126). Die beteiligten hochschulpolitischen Akteure brechen sich aus dem heterogenen amerikanischen System jeweils solche Versatzstücke heraus, die ihren eigenen Interessen am stärksten frommen. Eine differenzierte Diskussion um die Stärken und Schwächen des amerikanischen Systems in seiner Gesamtheit findet erst langsam statt (Lenhardt 2005; Schreiterer 2008). Von den gut 3.500 tertiären

Bildungseinrichtungen der USA prägen die Success-Stories von vielleicht zehn Eliteuniversitäten den deutschen Diskurs. Unerwünschte Nebenfolgen der amerikanischen Universitätsorganisation, insbesondere das stetig sinkende Niveau der Undergraduate-Ausbildung bei ebenso stetig steigenden Studiengebühren, bleiben in der deutschen Debatte um die Vorzüge der „unternehmerischen Universität“ nach amerikanischem Vorbild unterbelichtet.

Zu den bereits angesprochenen Fiktionen und Mythen des deutschen Hochschulwesens gesellt sich noch ein neueres Stereotyp. Es geht um den „faulen Professor“, der von einem gestärkten Hochschulmanagement an die kurze Leine genommen oder wenigstens mit Leistungsanreizsystemen gekitzelt werden muss, um wieder (oder endlich) den gesellschaftlichen Erwartungen gerecht zu werden (Enders/Schimank 2001). Die Fähigkeit zur effizienten akademischen Selbstverwaltung wird den Professoren im öffentlichen Diskurs teilweise ebenso abgesprochen, wie das professionelle Ethos der Berufenen, deren in langen Qualifikationsjahren erworbener Expertise und Arbeitsmoral man unbesehen vertrauen könnte.³ Dass die Hochschullehrer und ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter – die einem anderen Stereotyp zufolge in ihren jeweiligen Qualifizierungsetappen „vergreisen“ – seit über dreißig Jahren eine exponentiell wachsende Zahl von Studenten bei gleichzeitig sinkenden personellen und finanziellen Ressourcen nach wie vor leidlich betreuen, findet in der politischen Wahrnehmung dagegen wenig Beachtung.

Letztlich bleibt das Bild von der Krise der deutschen Universitäten zwiespältig: In der durch Massenmedien und Politik forcierten Wahrnehmung sind die hiesigen Hochschulen – von neun zwischenzeitlich mit Elitestatus ausgezeichneten Ausnahmen abgesehen (s.u.) – „überlebenstüchtige Versager“ (Schimank 2001), die es schaffen, trotz permanenten Scheiterns bei der Leistungserbringung ihren öffentlich alimentierten Fortbestand zu sichern. Aus der Binnenperspektive ihrer Organisationsmitglieder gelten die Universitäten freilich trotz erfolgreicher oder gar heroischer Leistungsbewältigung als zu Unrecht gescheitert.

3 Die Beschneidung der Selbstverwaltungsrechte von Professionen ist allerdings auch ein genereller Trend, der die Einführung von NPM in den öffentlichen Sektor vieler OECD-Länder begleitet. Ausgehend von der britischen Entwicklung seit Thatcher ist der Typus des selbstbestimmten, vertrauenswürdigen und intrinsisch motivierten Experten, sei es der Arzt im Gesundheitswesen, der Lehrer im Bildungssystem oder der Wissenschaftler im Forschungssystem, in vielen politischen Systemen unter Unfähigkeitsverdacht gestellt worden, wenn es um die effiziente und verantwortliche Verwendung öffentlicher Gelder geht (vgl. Exworthy/Halford 1999, Freidson 2001). Entsprechend sind seither vielerorts administrative Kontrollsysteme auf dem Vormarsch, die die früheren professionellen Autonomierechte beschneiden und die Professionellen zu regulären „rank and file“-Angestellten zu rechtstutzen.

3. Die neue Wissenschafts-Governance im deutschen Hochschulwesen

Der Dominanz von staatlicher Regulierung und akademischer Selbstorganisation im deutschen Hochschulsystem entsprach es, dass die anderen drei Modi – Konkurrenzdruck, externe Stakeholder-Steuerung und hierarchische Selbststeuerung – vergleichsweise schwach ausgeprägt waren. Die Ausgangssituation der Hochschulreformen beinhaltete einen gewissen Konkurrenzdruck in der Forschung, da viele Fächer in ihren Forschungsmöglichkeiten vom Wettbewerb um Drittmittel abhängig sind und das Fördervolumen der intermediären Förderorganisationen wie der DFG mit der gestiegenen Nachfrage nicht mithalten konnte (s.u.).

Bislang konnte kaum die Rede davon sein, dass Rektoren (oder Präsidenten) und Dekane ihre Universitäten bzw. Fakultäten einer starken Führung unterworfen hätten. Wenn in Deutschland einzelne Führungspersonlichkeiten einer Universität oder einer Fakultät zeitweise ihren Stempel aufgeprägt hatten, dann geschah dies stets unter außerordentlich günstigen situativen und personellen Umständen. Schließlich hat es traditionell auch kaum eine externe Steuerung im Hinblick auf bestimmte substanzielle Zielvorgaben für Forschung und Lehre durch staatliche Instanzen oder durch gesellschaftliche Adressaten der Hochschulen gegeben.

Prinzipiell hätte Deutschland in Sachen neue Wissenschafts-Governance und Hochschulreform im Vergleich zu vielen anderen Ländern einen großen Vorteil, nämlich seine föderale politische Struktur mit gestaltungsfähigen Ländern. Im 19. Jahrhundert brachte der kompetitive Föderalismus der deutschen Einzelstaaten jene institutionellen Innovationen der Hochschul-Governance hervor, die den deutschen Universitäten eine weltweit führende Stellung verschafften (Ben-David/Zloczower 1962: 132). Nach dem Zweiten Weltkrieg hingegen lief der auf die Schaffung von Konsens und einheitlichen Lebensverhältnissen zielende wissenschaftspolitische Föderalismus der Kultusministerkonferenz auf hochgradige Vereinheitlichung und Immobilität des Governance-Regimes hinaus; seit den 1970er Jahren wurde dies durch die bundesstaatliche Hochschulrahmengesetzgebung noch weiter getrieben (Schimank/Lange 2006). Schließlich begannen die staatlichen Akteure auf dem Höhepunkt der Krisen-Diskurse gegen Ende der 1990er Jahre, dieses auf ihrer Seite bestehende Reformhemmnis abzubauen. So beschränkte sich das Bundesministerium in dem von ihm 1998 novellierten HRG in vielen Hinsichten auf sehr generelle Vorgaben der hochschulpolitischen Regulierung und hat auf bundeseinheitliche Vorgaben zu den Organisationsstrukturen der Hochschulen vollständig verzichtet. Als Ergebnis der Reform der bundesstaatlichen Ordnung von 2004/2005 – der so genannten Föderalismusreform – wurde die Hochschulrahmengesetzgebung mit Wirkung zum 1.10.2008 vollständig abgeschafft. Die staatliche Regulierung der Hochschulen liegt nun (wieder) allein in der Kompetenz der Länder. Dass dieser neu eröffnete Spielraum bereits seit 1998 sukzessive genutzt wurde, zeigt sich

etwa daran, dass die verschiedenen Reformansätze – z.B. einer Deregulierung des Haushaltsrechts, der Einführung von Zielvereinbarungen und leistungsorientierter Mittelvergabe, der Erhebung von Studiengebühren oder einer Etablierung von Hochschulräten – in verschiedenen Ländern durchaus sehr unterschiedlich ausgestaltet wurden. Diese Kultivierung von Vielfalt könnte im Laufe der Zeit erweisen, welche institutionellen Neuregelungen für welche Zwecke am geeignetsten sind. Sie können aber auch Schieflagen und Disparitäten schaffen, die am Ende wieder den Bund ins Spiel bringen, zumal die meisten Länder weder in der Vergangenheit noch in Zukunft ihre Hochschulen auskömmlich finanzieren konnten bzw. können. Welche konkreten Reformen bezüglich der Wissenschafts-Governance hat es nun an den deutschen Universitäten bislang gegeben?

3.1 Staatliche Regulierung

Hinsichtlich einer Deregulierung staatlicher Vorgaben ist festzustellen, dass die Umstellung des Haushaltsrechts von der Kameralistik in Richtung Globalbudgets nach verschiedensten Modellversuchen – z.B. mit Experimentierklauseln in Landeshochschulgesetzen – in den meisten Ländern bereits begonnen wurde (Behrens 1996, 2001; Lanzendorf/Pasternack 2008). Im Rahmen des kameralistischen Systems verabschiedete der Landesgesetzgeber in der Vergangenheit einen ein- oder zweijährigen Haushaltsplan für eine Hochschule, der in detaillierte Titelgruppen und Titel unterteilt war, die der Hochschule exakt vorgeben, was wofür auszugeben war. Um zu einer realistischen Einschätzung des Bedarfs zu kommen, wurden im Zuge der Haushaltsplanaufstellung durch die Hochschulen die Vorjahreshaushalte in der Regel einfach „überrollt“, d.h. die Daten der Vorjahrestitel wurden schlicht ohne große Änderungen in das kommende Jahr übernommen. Die Kameralistik beruht auf einer finanzwirtschaftlichen Einnahmen- und Ausgabenrechnung, die auf eine input-orientierte Steuerung des Handelns der staatlichen Verwaltung gerichtet ist. Die Effizienz und Effektivität der Ressourcenverbräuche des öffentlichen Dienstes lässt sich damit nicht abbilden. Mit der Kameralistik verknüpft sind bestimmte Haushaltsgrundsätze, die vor allem der Flexibilität des Verwaltungshandelns Schranken aufliegen:

Der Grundsatz der zeitlichen Spezialität (Jährlichkeitsprinzip) besagt, dass finanzielle Mittel und Stellen nur für den Zeitraum des Haushaltsjahres verwendet werden dürfen. Nicht verwendete Mittel fallen am Jahresende an das Landesfinanzministerium zurück. Das erzeugte in der Vergangenheit regelmäßig ein so genanntes „Dezemberfieber“, indem versucht wurde, das noch verfügbare Geld bis Jahresende auszugeben – obwohl dies nach dem haushaltsrechtlichen Grundsatz der Sparsamkeit nicht legitim ist. Grund für diese oft wenig sinnvollen Ad-hoc-Investitionen war die Angst, in den folgenden Jahren vom Landesgesetzgeber eventuell um den überschüssigen Kassenrestbetrag gekürzt zu werden.

Der Grundsatz der sachlichen Spezialität besagt, dass die Finanzmittel nur für die im Haushaltsplan spezifizierten Zwecke vergeben werden dürfen. Das heißt, zwischen Titelgruppen und häufig auch zwischen einzelnen Untertiteln darf kein Geld übertragen werden. Zum Beispiel dürfen eventuell nicht gebrauchte Gelder aus dem Sachmittelbereich nicht den Personalmitteln zugeschlagen werden und vice versa.

Globalhaushalte machen – zumindest dem theoretischen Anspruch nach – mit diesen kameralistischen Grundsätzen und den Pathologien, die sie an Hochschulen erzeugen, Schluss. Ein echter globalisierter Haushalt kennt keine Titelgruppen, sondern sieht die Überweisung der Landeszuwendung als Blocksumme vor, mit der die Hochschule dann intern haushalten kann und muss. Das hieße auch, dass die verschiedenen Ausgabenarten untereinander vollständig deckungsfähig wären. Selbstverständlich würde die Deckungsfähigkeit auch für Personal- und Sachausgaben gelten. Auch das Jährlichkeitsprinzip wäre abgeschafft: Kassenüberschüsse am Ende eines Haushaltsjahres dürften übertragen und investiert werden. Um dennoch eine demokratische Kontrolle über die Mittelverwendung gegenüber dem staatlichen Zuwendungsgeber gewährleisten zu können, setzt der Globalhaushalt die Einführung einer Kosten-Leistungsrechnung, einer kaufmännischen Buchführung (Doppik) sowie eines Berichtssystems (Controlling) der Hochschulen über die von ihnen mit dem staatlichen Geld erzeugten Leistungen voraus. Die vom Zuwendungsgeber verlangten Leistungen werden in Zielvereinbarungen festgeschrieben (s.u.).

Soweit die Theorie. In der Praxis haben zwölf von sechzehn Bundesländern begonnen, Globalhaushalte für ihre Hochschulen einzuführen, die in den meisten Fällen einem kameralistischen Haushalt mit reduzierten Titelgruppen und Übertragbarkeitsmöglichkeiten entsprechen. Diese geben den Hochschulen zunächst einmal größere Handlungsspielräume durch eine ausgeprägtere Deckungsfähigkeit und Möglichkeiten zur Rücklagenbildung und internen Budgetierung. In vielen Ländern existieren nun zwei Systeme parallel: Solange Hochschulen rechtlich als nachgeordnete Behörden geführt werden, kann auf eine kameralistische Haushaltsführung nicht verzichtet werden. Es kommt nun schlicht eine zweite Buchführung unter Kosten-Leistungsgesichtspunkten hinzu. Auch die volle Deckungsfähigkeit, die ein Wegfallen der Stellenpläne seitens der Landesgesetzgeber und damit Dienstherreneigenschaften der Hochschulen voraussetzen würde, ist bislang kaum flächendeckend implementiert. Von ‚echten‘ Globalhaushalten sind die Hochschulen der meisten Bundesländer noch weit entfernt.

Eine weitere Maßnahme der staatlichen Deregulierung ist die Veränderung der Rechtsform der Hochschulen. Niedersachsen hat z.B. 2002 seine Fachhochschulen in den rechtlichen Status von Landesbetrieben überführt – was kaufmännische Buchführung zwingend erforderlich machte –, während die niedersächsischen Universitäten ihren Rechtsstatus selbst wählen und z.B. als Stiftungen des öffentlichen Rechts geführt werden können. Das ermöglicht ihnen z.B., eigenes Stiftungsvermögen zu bilden: Das heißt, Grundstücke und

Liegenschaften des Landes sowie der jährliche Landeszuschuss gehen in Stiftungseigentum über. Die Stiftungen haben Dienstherreneigenschaften und üben die Rechts- und Fachaufsicht über die Hochschule aus. Nordrhein-Westfalen hat mit dem „Hochschulfreiheitsgesetz“ vom 1.1.2007 entschieden, seine Hochschulen als reine Körperschaften des öffentlichen Rechts zu führen, seine Fachaufsicht über den Hochschulsektor damit weitgehend aufzugeben und die Hochschulen mit Dienstherreneigenschaften auszustatten. Aber auch bei solchen rechtlichen Konstruktionen bleibt der Schatten der staatlichen Hierarchie stets spürbar: So leisten z.B. die nordrheinwestfälischen Hochschulen im Rahmen eines „Zukunftspakts“ mit dem Land einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung des Landes, indem sie sich verpflichten, 200 Mitarbeiter, die in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes überflüssig geworden sind, in frei werdende Stellen in der Hochschulverwaltung zu übernehmen.

Generell ist eine personalrechtliche Deregulierung in Deutschland noch nicht flächendeckend vollzogen. In den meisten Bundesländern werden weiterhin Stellenpläne geführt, und auch eine Anpassung des Dienstrechts für die wissenschaftlichen Hochschulangehörigen an die spezifischen Bedürfnisse von Forschung und Lehre hat bislang nicht stattgefunden. Sowohl die neue Professorenbesoldungsordnung (W-Besoldung seit 2004), als auch das neue Tarifvertragswerk für Angestellte im öffentlichen Dienst (TV-L seit 2006) sehen nach dem Wegfall der kontinuierlichen Besoldungsanhebungen nach Dienstalterstufen (Senioritätsprinzip) neben einem Grundgehalt leistungsbezogene Besoldungsbestandteile vor. Eine handhabbare Operationalisierung entsprechender Leistungskennzahlen ist aber noch keineswegs abgeschlossen.

Bei der Ausschreibung und Besetzung von Professuren verzichtet heute gut die Hälfte der Landesministerien auf bisherige Genehmigungsvorbehalte. Aber nur in Nordrhein-Westfalen verfügen die Hochschulen sowohl über das Berufungsrecht als auch über die Dienstherreneigenschaft gegenüber ihrem Personal.

Stärker dereguliert wurde demgegenüber die Einrichtung neuer und die Veränderung bestehender Studiengänge, die in der Vergangenheit ministerieller Genehmigung bedurfte. Hier behält sich das zuständige Landesministerium jetzt nur noch eine Prüfung hinsichtlich des landesplanerischen Interesses vor, um vor allem kapazitäre Über- oder Unterangebote sowie regionale Ungleichgewichte zu verhindern. Alles Weitere wird an unabhängige Akkreditierungsagenturen delegiert (Erichsen 2004; Schade 2004). Solche Agenturen der Qualitätssicherung führen in Abständen von vier bis sieben Jahren Akkreditierungen von Studiengängen einzelner Hochschulen durch. Diese Verfahren beruhen meistens auf einer Peer-Review-basierten Evaluation des zur Akkreditierung vorgelegten Studienangebots. D.h., die Akkreditierungsagenturen prüfen Studien- und Prüfungsordnungen, die verfügbaren Kapazitäten sowie die zu erwartende Nachfrage und treffen dann die Entscheidung über die Genehmigung des jeweiligen Studiengangs. Um eine solche Evaluation erfolgreich zu meistern, benötigt eine Hochschule ein durchsetzungsfähiges Management mit der Fä-

higkeit, auch hochschulintern Qualitätsstandards zu definieren, zu dokumentieren und zu kontrollieren – also eine starke administrative Selbststeuerung. Die Kopplung von Akkreditierung mit Evaluationsergebnissen ist die derzeit avancierteste Variante der Qualitätssicherung und wurde politisch vor allem durch den Bologna-Prozess forciert, wonach alle an anderen Hochschulen anrechnungsfähigen Bachelor- und Masterangebote akkreditiert sein müssen.

Bemerkenswert ist, dass diese Form von Akkreditierung neben der Exzellenz-Initiative (s.u.) eine der wenigen Strukturinnovationen in der Hochschulpolitik ist, in der Deutschland europaweit eine Vorreiterrolle eingenommen hat. So haben sich beispielsweise die Niederlande, die im Vergleich zu Deutschland bereits eine längere Tradition der evaluationsgestützten Qualitätssicherung hatten, explizit an das deutsche Agenturmodell angelehnt (Jeliazkova/Westerheijden 2004).

3.2 Steuerung durch externe Stakeholder

Weitere Maßnahmen sind in den meisten Bundesländern getroffen worden, um die externe Steuerung der Hochschulen durch gesellschaftliche Stakeholder zu verstärken. Bereits seit Ende der 1980er Jahre haben die Länder, eins nach dem anderen, Hochschulstrukturkommissionen eingesetzt, die sämtliche Hochschulen des betreffenden Landes als Ensemble und im Vergleich miteinander betrachten und bewerten sollten. Der nordrhein-westfälische „Expertenrat“ war mit seinem im Jahr 2001 vorgelegten Gutachten ein solches Beispiel für diese Art von periodischen Bilanzierungen, aus denen stets größere hochschulpolitische Umsteuerungen hervorgegangen sind. In den letzten Jahren ist in fast allen Bundesländern hierfür das Instrument der Zielvereinbarung zwischen dem Ministerium und jeder Hochschule eingesetzt worden (Jaeger et al. 2005; König 2007; Nickel 2007).

Die dem Kontraktmanagement mittels Zielvereinbarungen zugrunde liegende Idee ist es, unter anderem Profilbildungen der einzelnen Hochschulen zu unterstützen – auch dies ein Abschied von der alten Gleichheits- und Homogenitätsfiktion der Volluniversitäten in der deutschen Hochschullandschaft. Im Rahmen der Zielvereinbarungen identifizieren das Landesministerium und die betreffende Universität Stärken und Schwächen der Hochschule mit Blick auf Studentennachfrage in bestimmten Fächern und Studiengängen, Lehr- und Forschungsfeldern, Internationalisierungsaktivitäten, Kooperation mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und privaten Unternehmen etc. Üblicherweise verspricht die Universität in der Vereinbarung, in schwachen Bereichen besser zu werden und die als exzellent angesehenen Bereiche weiter auszubauen. Auch Universitätsleitbilder können in den Zielvereinbarungen festgeschrieben werden. So können z.B. Maßnahmen vereinbart werden, die ein vom Ministerium gewünschtes Leitbild als Lehruniversität verfolgen – mit entsprechenden Prioritätensetzungen z.B. in der Lehrerausbildung – oder solche, die dem Leitbild einer international agierenden Forschungsuniversität entsprechen.

Dies kann auch – jeweils den einen oder den anderen Aspekt betonend – für einzelne Bereiche/Fakultäten/Institute in einer Universität geschehen. Davon unbeschadet ist dieses neue Steuerungsinstrument in seiner praktischen Anwendung in Deutschland mit großen Problemen behaftet. Am Anfang bestanden viele Zielvereinbarungen aus vage formulierten Pauschalaussagen über wünschenswerte Entwicklungsziele, auf die sich beide Seiten schon deshalb gut verständigen konnten, weil für ein Nichterfüllen keine Sanktionen vorgesehen waren. Später wurde dann von Seiten einiger Ministerien der Sinn von Zielvereinbarungen dahingehend auf den Kopf gestellt, dass nicht nur Ziele, sondern konkrete Maßnahmen zur Zielerreichung vorgegeben und eben nicht dem autonomen Ermessensspielraum der Universitäten überlassen wurden. Dies geschah nicht selten im Gefolge politischer Regierungswechsel in den Ländern, aber auch als Reaktion auf Verletzungen der Berichtspflichten zur Umsetzung der Zielvereinbarungen seitens der Universitäten (Nickel 2007). Auch ist bis heute juristisch umstritten, ob die von Seiten der Länderministerien vertraglich zugesagte Stabilität der Finanzmittel das jeweilige Landesparlament als Haushaltsgesetzgeber überhaupt zur Einhaltung der Zusagen gegenüber den Hochschulen verpflichten kann.

In der Regel hatten sich die Universitätsleitungen ohnehin eher aus taktischen Gründen auf das Steuerungsinstrument der Zielvereinbarungen eingelassen. Die Zielvereinbarungen boten ihnen im Tausch gegen die vom Ministerium gewünschte Zielerfüllung das Versprechen mehrjähriger Planungssicherheit hinsichtlich der finanziellen Grundausstattung. Dies zogen die Universitäten einer nur jährlichen Vorausschau sogar dann vor, wenn die Planungssicherheit wie in Berlin, Hamburg oder Baden-Württemberg aus einer über mehrere Jahre festgelegten Kürzung der staatlichen Hochschulausgaben bestand. Denn dann war zumindest gesichert, dass keine noch größeren Kürzungen erfolgen konnten. Für diese Sicherheit ließen die Hochschulen sich etwa darauf ein, Fächer einzustellen, Institute auszugliedern oder mit Nachbarhochschulen zu fusionieren, bestimmte thematische Schwerpunktsetzungen (Profilbildung) vorzunehmen oder gestufte Studiengänge nach Maßgabe des Bologna-Prozesses einzuführen.

Ein weiteres prominentes Instrument der Steuerung durch externe Stakeholder stellt die Einführung von Hochschulräten dar, die in der deutschen Hochschullandschaft ein echtes „Novum“ bzw. eine „Politikinnovation“ bedeutet (Behrens 2001b; Mayntz 2002) – obschon es in den vergangenen sechzig Jahren immer mal wieder Vorstöße gegeben hatte, ein solches Organ in der Governance von Universitäten zu etablieren. Seit 1995 wurde die Einsetzung von Hochschulräten intensiv diskutiert und mit Hilfe von Experimentierklauseln in der Landeshochschulgesetzgebung auch bereits sukzessive vollzogen (z.B. 1995 in Niedersachsen an der Hochschule Vechta). Der heute von fast allen Landesgesetzgebern vorgeschriebene Hochschulrat ist dezidiertes Teil des neuen Governance-Regimes von Hochschulen, in dem ihm die Rolle eines den Aktiengesellschaften nachempfundenen Aufsichtsrates zukommt (Lange 2009;

Bogumil et al. 2008; Laqua 2003). Der Rat soll zum einen im Außenverhältnis jene Lücke ausfüllen, die der sich aus der Detailsteuerung der Hochschulen zurückziehende Staat hinterlässt. Zum anderen soll er eine Vielzahl von universitätsinternen Entscheidungsrechten zugewiesen bekommen, die vormals den Gremien der akademischen Selbstverwaltung – und hier vor allem den Senaten – zustanden. Bezüglich Größe, Rekrutierungsformen und Befugnissen deutscher Hochschulräte sind die Landesgesetzgebungen seit Wegfall der Organisationsparagrafen des HRG heterogen. In den einzelnen Ländern weichen Kontroll- und Entscheidungsrechte sowie die Wahl (auch Abwahl) und vorgeschriebene Zusammensetzung des Hochschulrates (interne/externe Mitglieder) weit voneinander ab. Die Länder Bremen und Brandenburg haben Landeshochschulräte eingeführt, alle anderen haben Räte für jede individuelle Hochschule vorgeschrieben. Zu den Kompetenzen der Hochschulräte in den Ländern mit der diesbezüglich weitestgehenden Gesetzgebung zählen neben der Wahl der Hochschulleitung (Mit-)Entscheidungsrechte über die Grundordnung, in der Haushaltsführung, in Fragen der Hochschulentwicklung (z.B. Beschlussfassungen über Entwicklungspläne, Profilbildungen) und teilweise auch Grundsatzentscheidungsrechte in Fragen der Hochschulorganisation (z.B. Errichtung oder Auflösung von Zentren, Instituten und ganzen Fakultäten). Die Befürworter und Promoter der Hochschulräte heben auf die Analogie Universität/Wirtschaftsunternehmen ab und propagieren einen Aufsichtsrat mit weitreichenden Entscheidungsrechten, von der Ernennung der Professoren, über die Wahl des Präsidiums/Rektorats bis hin zu einer Art Vorgesetztenfunktion im Verhältnis zu den Präsidiums-/Rektoratsmitgliedern. Dies schließt die Abwahlmöglichkeit von Präsidiums-/Rektoratsmitgliedern durch den Rat ein. Ziel dieser Entscheidungsfülle ist eine größere Unabhängigkeit der Entscheidungsträger „auch und vor allem gegenüber den Mitgliedern derjenigen Einheiten, die sie repräsentieren“ (Müller-Böling 1997).

Kritiker sehen in den Hochschulräten „Laiengremien“ und warnen vor dem „mehrheitlichen Zugriff von Nichtwissenschaftlern auf wissenschaftsnahe Agenden“. (Krüger 1997) Auch starke rechtsstaatliche Bedenken werden gegen Hochschulräte im Sinne „parlamentsfreier Räume“ vorgebracht, deren „Willkürherrschaft“ kaum kontrolliert werden könne (Schulz/Kürschner 1997). Auch ausgewiesene Hochschulpraktiker sehen in einigen Landeshochschulgesetzen Tendenzen, den Rat zu einem „Ersatzministerium“ (Wintermantel 1997) aufzuwerten. Die Befürchtungen, gerade mit externen Wirtschaftsvertretern besetzte Hochschulräte könnten die Hochschulen zum Spielball privater Unternehmensinteressen machen und die Freiheit von Forschung und Lehre einer vollständigen Kommodifizierung der Hochschule opfern, werden häufig geäußert, entsprechende Fälle sind jedoch aus der Praxis noch nicht bekannt.

3.3 Wettbewerb

Der Wettbewerb innerhalb der und zwischen den Hochschulen ist durch verschiedene Maßnahmen in den letzten Jahren intensiviert worden. Bezüglich der Forschungsmöglichkeiten hat es in vielen akademischen Disziplinen seit langem einen erheblichen Wettbewerb durch Angewiesenheit auf Drittmittel gegeben (Hornbostel 2001; Laudel 2006). Dieser Wettbewerb nimmt im Sinne eines spürbaren Konkurrenzdrucks nach wie vor zu, weil zum einen die Grundfinanzierung der Hochschulen stagniert bzw. – wenn man Inflation und steigende Ausgaben durch Energiepreise, Raummieten, kostspieligere EDV- und Laborausstattungen sowie Gehaltsentwicklungen einberechnet – zurückgeht, und zum anderen die von den Drittmittelgebern verteilten Mittel für Forschungsprojekte ebenfalls stagnieren oder zumindest nicht der Nachfrage entsprechend zunehmen. Die Erfolgsquote eingereicherter Projektanträge bei der DFG hat von 68% im Jahr 1995 auf 51% in 2006 abgenommen.⁴

Drittmittelprojekte waren für die Universitäten in der Vergangenheit ein zweischneidiges Schwert, denn sie steigerten auf der einen Seite das Forschungsprestige und die Zahl der befristeten Mitarbeiterstellen. Auf der anderen Seite waren die Universitäten verpflichtet, den bewilligten Forschungsprojekten ihre kargen Grundausrüstungsressourcen zur Verfügung zu stellen. Eine in der Drittmittelforschung erfolgreiche Universität konnte sich in einer solchen Wettbewerbssituation auch „zu Tode siegen“ bzw. an eine Grenze stoßen, wo sie in Ermangelung an Grundmitteln für die Forschung – Räume, EDV, Arbeits- und Laborausstattungen, Verbrauchsmittel etc. – keine zusätzlichen Forschungsprojekte mehr zulassen konnte. Dieses Wettbewerbshemmnis wurde in dem von der Bundesregierung und den Ländern geschlossenen „Hochschulpakt 2020“ vom 14.7.2007 dahingehend abgemildert, dass man einen staatlichen Einstieg in die Vollkostenfinanzierung kompetitiver, DFG-geförderter Forschungsprojekte beschloss. Die DFG gewährt den Universitäten nun einen Aufschlag von 20% „Overhead-Kosten“ auf die jeweils den Forschern bewilligten Fördersummen. In seiner Einführungsphase (bis 2010) wird dieser Aufschlag zunächst allein vom Bund getragen.

Die am 23.6.2005 von Bundesregierung und Ländern beschlossene 'Exzellenzinitiative' hat den Wettbewerb um Forschungsfördergelder zwischen den Universitäten weiter angeheizt. In diesem Wettbewerb konkurrierten die Universitäten als Organisationen – und nicht individuelle Forscher an den Universitäten – um ein Gesamtbudget von zusätzlichen 1,9 Milliarden Euro. Dieses Geld wurde kompetitiv und in einem von DFG und Wissenschaftsrat organisierten Peer-Review-Verfahren für erfolgreiche Anträge zum Aufbau von Graduiertenschulen, für den Aufbau von „Exzellenz-Clustern“ – Forschungskollaborationen mit Partnern aus dem außeruniversitären Forschungssektor (Max-Planck-, Leibniz-, Fraunhofer- oder Helmholtz-institute) und der Industrie – und „Zukunftskonzepte“ für die Organisationsentwicklung der Universitäten ausgeschüttet. Erfolg

4 Was freilich im internationalen Vergleich noch eine sehr hohe Erfolgsquote ist.

in der Kategorie „Zukunftskonzepte“ setzte zumindest eine eingeworbene Graduiertenschule und ein Exzellenz-Cluster voraus. Wer hier erfolgreich war, wurde von den Massenmedien mit dem Label „Elite-Universität“ belohnt – was möglicherweise Wettbewerbsvorteile bei der Gewinnung leistungsbereiter Studenten und der Anziehungskraft auf reputierte Forscher und Hochschullehrer mit sich bringt. Seit der Bekanntgabe der Resultate der zweiten Runde im Exzellenzwettbewerb am 19.10.2007 halten nun neun Universitäten den „Elite“-Titel. Dieser Wettbewerb hat bislang vor allem gezeigt, dass Universitäten aus solchen Bundesländern im Vorteil waren, die ihre Hochschulen einigermaßen auskömmlich finanzieren, während Hochschulen aus finanz- und strukturschwachen Ländern und Regionen schlecht abschnitten. So wurde die Exzellenzinitiative insbesondere von den Verlierern weniger als eine Konkurrenz der Leistungsfähigkeit individueller Hochschulen, denn als Konkurrenz ganzer Wissenschaftsstandorte gesehen, in denen Universitäten in einem großstädtischen Umfeld, umringt von außeruniversitären Forschungsinstituten und F&E-starken Industrieunternehmen, mit denen sie lokal kooperieren können, a priori bessere Startchancen hatten.

Eine weitere der Stimulation des Wettbewerbs zuzurechnende Erscheinung ist die so genannte „Leistungsorientierte Mittelvergabe“ (LOM). Das heißt, dass in den meisten Bundesländern und innerhalb einiger Hochschulen damit begonnen wurde, Anteile der Grundausrüstung nicht mehr nur Status-quo- oder auslastungsbezogen zu vergeben, sondern auch anhand von Performanzindikatoren (Minssen et al. 2003; Jaeger 2005; Jaeger et al., 2005; Leszczensky/Orr, 2004; Fangmann/Heise 2008). So begann etwa Nordrhein-Westfalen schon 1993 damit, den Hochschulen des Landes 10% der laufenden Mittel für Lehre und Forschung nach Leistungsindikatoren zuzuweisen (seit 2007 20% des Zuschusses zum laufenden Betrieb), von denen heute 50% nach der Zahl der Absolventen, 40% nach Drittmittelwerbung und 10% nach der Zahl der Promotionen verteilt werden. Noch weiter gegangen ist Rheinland-Pfalz, das 80% der laufenden Mittel indikatorenbezogen vergibt. Insgesamt haben in Deutschland bislang dreizehn von sechzehn Bundesländern die LOM eingeführt; davon verteilen sechs weniger als 3% der verfügbaren Sachmittel für Forschung und Lehre (Lanzendorf/Pasternack 2008: 53-56). Überall machen diese laufenden Mittel nur einen kleinen Teil der Hochschulfinanzen aus; das Gros bilden nach wie vor die Personalmittel, so dass eine Wettbewerb induzierende Steuerungswirkung durch die LOM doch relativ gering ist (Lange 2007; Gläser et al. 2008). In der Regel sind die den Hochschulen möglichen Gewinne oder Verluste bei der formelgesteuerten Vergabe der laufenden Mittel für Forschung und Lehre durch Kappungsgrenzen eng umrissen. In Nordrhein-Westfalen hat man z.B. seit 2007 eine Kappungsgrenze nur noch für Verluste – also bei schlechter Performanz. Diese liegt bei 1,5% des Leistungsbudgets. Wie die Hochschulleitungen das Geld aus dem Leistungsbudget des Landes intern weiterreichen, bleibt bislang weitgehend ihre Angelegenheit. Aber die Zahl der Hochschulen, die damit beginnen, intern zu budgetieren, wächst in dem Maße, in dem Erfahrungen mit

der Handhabung der neu eingeführten Globalhaushalte gewonnen werden (Jaeger 2006; Jaeger/Dannenberg/Wülbern 2007).

Zusätzlich zur LOM können Zielvereinbarungen wettbewerbsfördernde Anreizinstrumente wie Bonuszahlungen des Landes für angeworbene Drittmittel enthalten. So erhält z.B. die Universität Bonn vom NRW-Landesministerium Prämien für erfolgreich bei der DFG angeworbene kollaborative Forschungsprojekte wie Sonderforschungsbereiche, Forschergruppen etc. Diese Prämien werden im Rahmen eines universitätsinternen Bonussystems anteilig an die erfolgreichen Antragsteller weiter gereicht.

Auch die Neuregelung der Professorenbesoldung durch den Bund liegt auf der Linie einer Wettbewerbsintensivierung durch stärkere Leistungsanreize (Queva 2005: 128-150; Plander 2004). Die alte Besoldungsordnung (C-Besoldung), die einen Gehaltsanstieg nach Senioritätskriterien in Dienstaltergruppen vorsah, wurde 2004 durch eine neue Ordnung (W-Besoldung) ersetzt, die ein im Durchschnitt um 400,- € abgesenktes, gleiches Grundgehalt für alle Professoren einer Besoldungsgruppe und die Möglichkeit zu Leistungsaufschlägen vorsieht. Diese Zuschläge können von den Universitäten für besondere Leistungen in Forschung und Lehre, für die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben in der akademischen Selbstverwaltung und im Rahmen von Berufungs- und Bleibeverhandlungen an die Professoren gewährt werden. Problematisch ist hier bislang zweierlei:

Für die Umsetzung dieser neuen Besoldungsart müssen die Leistungen einzelner Professoren gemessen werden, was entsprechend individualisierte Evaluationsinstrumente voraussetzt, die erst noch im Aufbau begriffen sind. Die Ausführungen in den Landeshochschulgesetzen bleiben vage: Leistungen müssen „über mehrere Jahre erbracht“ werden oder „erheblich über dem Durchschnitt“ liegen. Exakte Kriterien gibt es nicht, bzw. ihre Erarbeitung wird in das Ermessen der Hochschulen gestellt. Ähnliches gilt für die zeitliche Befristung von Grundausrüstungszusagen, mit einer Zwischenevaluation fünf Jahre nach der Berufung. Letzteres ist seit einem Beschluss der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 1998 in allen Bundesländern möglich.

In den meisten Universitäten – zumindest in all jenen, die nicht über einen vollständig globalisierten Haushalt verfügen – ist der Topf für Personalmittel und Berufungszusagen intern gedeckelt und auch extern durch den so genannten „Vergaberahmen“ für die Professorenbesoldungen des Landesministeriums eingegrenzt. Die Besoldungsreform sollte nach dem Willen des Gesetzgebers „kostenneutral“ sein, das heißt, dass kein zusätzliches Geld für die leistungsorientierten Besoldungskomponenten bereitgestellt wird. Damit wird das System der leistungsorientierten Bezahlung zum Nullsummenspiel, in dem Gewinne auf der einen Seite mit Verlusten oder zumindest dem Verzicht auf Anreizsteuerung auf der anderen Seite erkaufte werden müssen. Für die Berufungspolitik kann das heißen, dass auf einen teuren Star – mit voraussichtlich herausragenden Leistungen – mehrere schwächere Kandidaten oder Einsteiger berufen werden müssen, denen man keine oder wenig Zulagen zahlen muss. Erstberufene ha-

ben in einigen Ländern kein Anrecht auf Leistungszulagen bzw. kein Anrecht auf Zulagen in den ersten Jahren nach ihrer Berufung, Juniorprofessoren bekommen grundsätzlich keine Leistungszulagen, C-Stellen-Inhaber genießen Bestandsschutz. Auch in die leistungsorientierte Besoldung sind unter diesen Rahmenbedingungen letztlich Kappungsgrenzen eingezogen, die zu realen Lohnverlusten bei vielen neu berufenen Professoren führen.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) 2005 ein von der damaligen Bundesregierung im Hochschulrahmengesetz verankertes Studiengebührenverbot für verfassungswidrig erklärt hat, hat die Hälfte der Bundesländer solche Beiträge seitens der Studenten eingeführt (Köster 2008). Davon lässt sich prinzipiell eine Intensivierung des Wettbewerbs erwarten. Fraglich ist beim jetzigen Stand der Dinge, ob es dabei zu einer Konkurrenz der studentischen Stakeholder um die Universitäten mit der besten Reputation, dem besten Preis-Leistungsverhältnis oder den Studienplätzen in den „billigsten“ bzw. gebührenfreien Bundesländern kommt. Insbesondere die Länderregierungen in Mittel- und Ostdeutschland versprechen sich durch einen Gebührenverzicht einen Wettbewerbsvorteil im Sinne einer erhöhten Attraktivität ihrer Hochschulen auch für Studenten aus den westdeutschen Bundesländern. Dort, wo – wie in Nordrhein-Westfalen – die Studenten über die Verwendung der Studiengebühren für Verbesserungen in der Lehre an ihren Hochschulen mitentscheiden dürfen, führt dieses Wettbewerbselement zugleich zu einer Intensivierung der Steuerung durch externe Stakeholder (vorausgesetzt, man begreift die Studenten als Kunden der Hochschule und nicht als Teil der akademischen Selbstorganisation).

3.4 Hierarchische Selbststeuerung und akademische Selbstorganisation

Deregulierung, stärkere externe Steuerung und Konkurrenzintensivierung können als neu ausgerichtete Governance-Stellschrauben um so stärker im angestrebten Sinne Wirkung entfalten, je mehr die von ihnen geschaffenen Gelegenheiten, Vorgaben und Anreize hochschulintern durch eine gestärkte Leitung umgesetzt werden. In dieser Hinsicht sind allerdings in Deutschland noch die geringsten Veränderungen zu beobachten – zumindest was die Führungskultur betrifft. Zwar wurden durch viele Landeshochschulgesetze die Befugnisse der Rektoren bzw. Präsidenten sowie der Dekane erweitert, und zugleich die Entscheidungsrechte der akademischen Fakultätsräte und Senate eingeschränkt. Doch sind wenig Vorkehrungen dagegen getroffen worden, dass die Leitungspersonen ihre Rollen wie bisher ausüben, also unter starkem Einbezug der Gremien, was einen entsprechenden Hang zur Vermeidung von Umverteilungen und anderen Abweichungen vom Status quo nach sich zieht – ganz entsprechend der schon von Helmuth Plessner (1924: 420) beobachteten „Zurückhaltung auf Gegenseitigkeit“. Solange die neuen institutionellen Regelungen diese organisatorische Konsens-Kultur nicht überwinden, wird sich an den intraorganisatorischen Entscheidungsroutrinen nicht viel ändern – zu sehr sind

die Personen in Leitungsrollen in dieser Kultur sozialisiert, und zu stark sind die diese Kultur hoch haltenden Fachkollegen als Bezugsgruppe (Schimank 2005; Nickel, 2007: 185). Ob es freilich auch unter Leistungsgesichtspunkten grundsätzlich wünschenswert ist, eine Expertenorganisation wie die Universität intern ohne den Konsens der Fachkollegen nach Top-Down-Kriterien zu steuern, steht auf einem anderen Blatt.

Viele Landeshochschulgesetze bleiben bei ihren normativen Vorgaben zur Ausgestaltung der universitären Führungspositionen auch ambivalent (Kehm/Lanzendorf 2006: 170-173; Hüther 2008): Wenn ein Dekan beispielsweise in seinem Budgetrecht – und damit der Kompetenz zur dezentralen Mittelverteilung – von den Entscheidungen des Fakultätsrats abhängig ist, dann dürfte seine Autonomie und Autorität gering, die Macht der akademischen Selbstorganisationsgremien dagegen groß sein. Andere Fälle sehen vor, dass der Dekan eigene Budgetrechte von der zentralen Hochschulleitung zudelegiert bekommt. Wieder andere Gesetze sehen alternative Optionen für die Ausgestaltung von Leitungsrollen wie Dekanen vor, die dann in den Grundordnungen der Universitäten näher bestimmt werden können.

Was die Rekrutierung des Leitungspersonals betrifft, gibt es ebenfalls unterschiedliche Regelungen: einige Landeshochschulgesetze sehen Präsidialverfassungen für die Hochschulen vor. In diesem Fall kann der Präsident einer Hochschule auch extern rekrutiert werden. Allgemein wurden die Amtszeiten von Präsidiums-/Rektoratsmitgliedern und Dekanen verlängert, um ihren langen Atem bei strategischen Entscheidungen zu stärken. Dies hat allerdings durchaus ambivalente Wirkungen: Für einen durchschnittlichen Professor ist z.B. das Amt des Dekans durch die längeren Amtszeiten und die Erwartung, dass er im Einvernehmen mit der zentralen Leitung harte Entscheidungen auch gegen die Interessen mancher Kollegen trifft, erst recht unattraktiv geworden – zumal die Funktionszulagen in der Regel als unattraktiv wahrgenommen werden. Es wird also schwieriger, überhaupt gleichermaßen willige und geeignete Führungspersonen zu rekrutieren. Auch die Rekrutierung von Präsidenten aus einem privatwirtschaftlichen Umfeld erweist sich allein schon aufgrund des Gehaltsgefälles zum öffentlichen Dienst als schwierig.

Wie sich das Zusammenspiel insbesondere der Rektorate und Präsidien mit den in vielen Ländern gestärkten Hochschulräten ausgestalten wird, bleibt vorläufig noch abzuwarten. Als Fakt kann in den meisten Ländern schon heute ein Bedeutungsverlust der akademischen Senate zu Gunsten der Hochschulräte mit Blick auf Entscheidungsrechte und das Wahlrecht der Hochschulleitung konstatiert werden. Die akademische Selbstorganisation in den Senaten wandelt sich von einer Entscheidungs- zu einer Mitwirkungsrolle. So gilt heute vielfach bei der Wahl der Hochschulleitung das Prinzip der doppelten Legitimation: Die Bestellung der Präsidiums- oder Rektoratsmitglieder teilen sich Hochschulrat und Senat.

Ein sicheres Indiz für den Bedeutungszuwachs der hierarchischen Selbststeuerung der Universitäten ist die Zunahme von Stellen, die allein mit Aufga-

ben des Wissenschaftsmanagements befasst sind. Allein im Bereich des Fakultätsmanagements waren 2006 schon ca. 500 Mitarbeiter beschäftigt – mit steigender Tendenz (Leichsenring 2007). Insbesondere die neuen Aufgaben, die sich im Rahmen der dezentralen Budgetierung, den Leistungsevaluationen und damit verknüpft dem Aufbau von Berichtssystemen im Rahmen der Zielvereinbarungen ergeben, tragen viel zu einer Expansion des „strengthened steering core“ (Clark 1998) der Universitäten bei. Auch die Übertragung der Dienstherreneigenschaften – und damit einhergehend die Letztverantwortung für die gesamte Berufungs- und Personalpolitik – forciert die Gestaltungsmacht der zentralen Hochschulleitung.

Auch Maßnahmen der Profilbildung sind ohne starke hierarchische Selbststeuerung kaum zu bewältigen. Hier entstehen Aufgaben vor allem im Bereich einer zentralen und dezentralen Stellenbewirtschaftung, mit denen Präsidien/Rektorate und Dekane schnell und flexibel auf vielversprechende Forschungsaktivitäten reagieren bzw. diese anstoßen und in der Vorbereitungsphase fördern können. Insbesondere bei unsicheren Rahmenbedingungen wie z.B. sinkenden Grundaustattungen ist der Erfindungsreichtum der Hochschulleitung bei der Umverteilung des Mangels gefragt: So schaffte es z.B. die RWTH-Aachen durch ein zentrales Stellenbewertungsmodell, die Bewirtschaftung einer Leihstellenreserve und anderer Maßnahmen des flexiblen Personalmanagements, ihre Profilbildung trotz sinkender staatlicher Grundaustattung weiter voran zu treiben. Vergleichende Untersuchungen ließen den Schluss zu, dass die Möglichkeit, „Mittel intern flexibel umzuverteilen und für Investitionen in neue Schwerpunkte einzusetzen, von größerer Bedeutung für die Steuerung der Hochschulentwicklung [ist] als die Verteilung der Mittel für Lehre und Forschung nach Belastungs- und Leistungskriterien.“ (Schröder 2003: 259; siehe für einen internationalen Vergleich auch Liefner 2001).

4. Fazit

Wie der Beitrag zeigt, hat der Legitimitätskrisen-Diskurs über die Funktion und Leistungsfähigkeit der deutschen Universitäten zu vielfältigen politischen Reformanstrengungen geführt, die bis 1998 noch sehr verhalten, aber verhältnismäßig bundeseinheitlich, und nach Wegfall der Strukturvorgaben im Hochschulrahmengesetz des Bundes schon von Land zu Land zunehmend divergenter wurden. Diese Divergenz wird nach dem Wegfall nahezu sämtlicher Regulierungskompetenzen des Bundes noch drastischere Formen annehmen und die Frage aufwerfen, ob man mit Blick auf Deutschland in einigen Jahren noch von „einem“ nationalen Hochschulsystem sprechen kann, oder ob es sich bald um sechzehn unterschiedliche Hochschulsysteme handeln wird.

Die Frage, ob mit den eingeleiteten Reform-Maßnahmen die im Krisen-Diskurs aufgeworfenen Schwächen des deutschen Hochschulsystems überhaupt sinnvoll bekämpft werden, ist nicht eindeutig zu beantworten. Nach wie

vor ist der Schatten der staatlichen Hierarchie, in dem die nunmehr in einigen Ländern „autonomen“ Universitäten operieren, riesengroß. Und nach wie vor forciert der Staat – nunmehr im Kontext von Zielvereinbarungen und teilweise versteckt in den Indikatoren der LOM – Zielvorgaben für die Hochschulen, die abseits der universitären Kernaufgaben in Forschung und Lehre liegen. Der „Zielwirrwarr“, der im alten Governance-Regime aus staatlicher Regulierung und akademischer Selbstorganisation für eine Vielzahl von Blockaden und Außenwahrnehmungen der Unzulänglichkeit und Unfähigkeit mit Blick auf die hochschulischen Leistungen geführt hat, wird in mancher Hinsicht nur in ein neues Gewand gehüllt, aber nicht beseitigt. In diesem neuen Gewand sind letztlich die Probleme der aus wissenschaftspolitischen Moden erwachsenden und daraus resultierenden Zielambiguitäten sowie die aus jahrelanger Unterfinanzierung folgenden Verteilungsprobleme in die Universitäten selbst hinein delegiert worden. Mit diesen Problemen intern umzugehen, ohne die Verantwortung an das Landesministerium oder den Haushaltsgesetzgeber zurückweisen zu können, ist nun wesentlicher Bestandteil der neuen Hochschulautonomie.

Neben den Paradoxien, die ein staatlich gleichzeitig entfachter wie eingehogter Wettbewerb in der Hochschullandschaft mit sich bringt, lassen sich auch positive Entwicklungen festhalten, die als erwünschte Nebenfolgen der Einführung von NPM-Mechanismen in die deutsche Wissenschafts-Governance gelten können. Die Reformen einschließlich der Einführung von Wettbewerbselementen haben zu mehr Transparenz und Kommunikation auch innerhalb der Professorenschaft selbst beigetragen. Erstmals ist man nun gezwungen, sich mit den Leistungen des Nachbarlehrstuhls ernsthaft auseinanderzusetzen. Man fühlt sich genötigt, zum Wohle des eigenen Standorts miteinander und mit Kollegen der außeruniversitären Forschungsinstitute zu kooperieren, um z.B. in gemeinsam konzipierten Forschungsprojekten am Exzellenzwettbewerb teilnehmen zu können. Die vielfach beklagte „Versäulung“ im deutschen Wissenschaftssystem und das isolierte wissenschaftliche Handeln im Rahmen kleinstelligster Lehrstuhl-Fürstentümer wird durch die Reformen ein Stück weit aufgebrochen, zumal die angeführten Governance-Reformen in etwas anderer Form auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen betreffen.

Durch den von den Reformen gewollten Bedeutungsverlust der akademischen Selbstorganisation als Entscheidungsinstanz in den internen Steuerungsprozessen der Universitäten hat die Macht des individuellen Professors gelitten. Sie kehrt allerdings als eine kollektive Macht auf einer anderen Ebene zurück: nämlich als die Macht einer akademischen Elite unter den Professoren, die nun in den Gremien der Forschungsförderorganisationen einerseits über die Gestaltung einer zunehmend kollaborativen und programmförmigen Projektforschung entscheidet und andererseits in der Funktion von Gutachtern und Peers in Evaluationen über die Leistungen und damit auch über die Ressourcenallokation an die Kollegen (mit) zu entscheiden hat (Münch 2007).

Ein Punkt, mit dem ich hier schließen möchte, besteht darin, dass die internationale Sichtbarkeit deutscher Hochschulen und deutscher Hochschulpolitik

durch die jüngsten Reforminitiativen offenbar erhöht werden konnte. Deutschland mausert sich vom „late comer“ in Sachen Hochschulreformpolitik (Schimank/Lange 2009) zu einem moderaten Modernisierer. Zumindest Teilelemente der deutschen Reformbemühungen – wie z.B. die Exzellenzinitiative, das deutsche Akkreditierungsmodell und generell die Forschungsförderung durch die DFG – finden internationale Beachtung und auch Nachahmer. Wann konnte man das zuletzt von der deutschen Bildungs- und Forschungspolitik schon behaupten?

Literatur

- Behrens, Thomas, 1996: Globalisierung der Hochschulhaushalte. Grundlagen, Ziele, Erscheinungsformen und Rahmenbedingungen, Neuwied: Luchterhand.
- Behrens, Thomas, 2001a: Von der Kameralistik zum Globalhaushalt. Prinzipien der Haushaltsführung. In: Pasternack, Peer (Hrsg.), Flexibilisierung der Hochschulhaushalte. Handbuch für Personalräte und Gremienmitglieder, Marburg: Schüren, 25-34.
- Behrens, Thomas, 2001b: Hochschulräte und Kuratorien. In: Pasternack, Peer (Hrsg.), Flexibilisierung der Hochschulhaushalte. Handbuch für Personalräte und Gremienmitglieder, Marburg: Schüren, 232-240.
- Ben-David, Joseph/ Avraham Zloczower, 1962: Universities and Academic Systems in Modern Society. In: Joseph Ben-David, Scientific Growth: Berkeley: University of California Press, 125-157.
- Benz, Arthur, 2007: Governance in Connected Arenas – Political Science Analysis of Coordination and Control in Complex Rule Systems, in: Jansen, Dorothea (ed.), 2007: New Forms of Governance in Research Organizations. Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration. Dordrecht: Springer, 3-22.
- Bogumil, Jörg/ Heinze, Rolf G./ Grohs, Stefan/ Gerber, Sascha, 2008: Hochschulräte als neues Steuerungsinstrument? Eine empirische Analyse der Mitglieder und Aufgabenbereiche. Abschlussbericht der Kurzstudie. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Clark, Burton C., 1983: The Higher Education System: Academic Organization in Cross-National Perspective. Berkley, CA: University of California Press.
- Clark, Burton C., 1998: Creating Entrepreneurial Universities: Organizational Pathways of Transformation. Oxford: Pergamon Press.
- Daxner, Michael, 1999: Die blockierte Universität. Warum die Wissensgesellschaft eine andere Hochschule braucht, Frankfurt a.M.: Campus.
- Denters, Bas/ van Heffen, Oscar/ Huisman, Jeroen/ Klok, Pieter-Jan, 2003: The Emergence of New Forms of Governance, in: Denters, Bas/van Heffen, Oscar/ Huisman, Jeroen/ Klok, Pieter-Jan (eds.), The Rise of Interactive Governance and Quasi-Markets, Dordrecht/Boston/London: Kluwer, 3-14.
- Enders, Jürgen/Schimank, Uwe, 2001: Faule Professoren und vergreiste Nachwuchswissenschaftler? Einschätzungen und Wirklichkeit, in: Stölting, Erhard/ Schimank, Uwe (Hrsg.), Die Krise der Universitäten, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 159-178.
- Erichsen, Hans-Uwe, 2004: Akkreditierung in Deutschland – Eine Erfolgsgeschichte? In: Gützkow, Frauke/ Quaißer, Gunter (Hrsg.), Hochschule gestalten – Denkanstöße aus Hochschulpolitik und Hochschulforschung, Bielefeld: UVW, 275-288.

- Exworthy, Mark/ Halford, Susan (eds.), 1999: Professionals and the New Managerialism in the Public Sector. Buckingham: Open University Press.
- Fangmann, Helmut/ Heise, Steffen, 2008: Staatliche Mittelvergabe als Marktsimulation? Systemische Probleme und Lösungsansätze. In: Zeitschrift für Hochschulentwicklung 3, 41-58.
- Freidson, Eliot, 2001: Professionalism: The Third Logic. On the Practice of Knowledge. Chicago, Ill.: The University of Chicago Press.
- Gläser, Jochen/ Lange, Stefan/ Laudel, Grit/ Schimank, Uwe, 2008: Evaluationsbasierte Forschungsfinanzierung und ihre Folgen. In: Mayntz, Renate et al. (Hrsg.), Wissensproduktion und Wissenstransfer. Wissen im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, Bielefeld: Transcript, 145-170.
- Glötz, Peter, 1996: Im Kern verrottet? Fünf vor zwölf an Deutschlands Universitäten, Stuttgart: DVA.
- Hornbostel, Stefan, 2001: Die Hochschulen auf dem Weg in die Audit Society. Über Forschung, Drittmittel, Wettbewerb und Transparenz. In: Stölting, Erhard/ Schimank, Uwe (Hrsg.), Die Krise der Universitäten, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 139-158.
- Hüther, Otto, 2008: Starke Dekane – Schwache Professoren? Vergleich und Analyse der deutschen Landeshochschulgesetze. In: Hochschulmanagement 3, 23-27.
- Jaeger, Michael, 2005: Leistungsbezogene Mittelvergabe und Qualitätssicherung als Elemente der hochschulinternen Steuerung, HIS-Kurzinformationen A/12/2005, Hannover: HIS.
- Jaeger, Michael, 2006: Leistungsbezogene Budgetierung an deutschen Universitäten: Umsetzungsstand und Perspektiven. In: Hochschulmanagement 1, 30-36.
- Jaeger, Michael et al. 2005: Formelgebundene Mittelvergabe und Zielvereinbarungen als Instrument der Budgetierung an deutschen Universitäten: Ergebnisse einer bundesweiten Befragung. HIS Kurzinformation A/13/2005, Hannover: HIS.
- Jaeger, Michael/ Dannenberg, Matthias/ Wülbern, Kai, 2007: Formelgebundene Mittelvergabe innerhalb von Fakultäten: Ausgestaltungstrends und Umsetzungsbeispiele. In: Hochschulmanagement 2, 9-14.
- Jeliazkova, Margarita/Westerheijden, Don F., 2004: The Netherlands: A Leader in Quality Assurance Follows the Accreditation Trend. In: Schwarz, Stefanie/ Westerheijden, Don F. (eds.): Accreditation and Evaluation in the European Higher Education Area. Dordrecht: Kluwer, 323-346.
- Kehm, Barbara/Ute Lanzendorf, 2006: Germany – 16 Länder Approaches to Reform. In: Kehm, Barbara/ Lanzendorf, Ute (eds.), Reforming University Governance – Changing Conditions for Research in Four European Countries. Bonn: Lemmens, 135-186.
- Kimminich, Otto, 1982: Hochschule im Grundrechtssystem. In: Christian Flämig et al. (Hrsg.), Handbuch des Wissenschaftsrechts. Bd. 1. Berlin: Springer, 56-90.
- König, Karsten, 2007: Die Reform der staatlichen Hochschulsteuerung durch Kontraktmanagement und ihre Bedeutung für Mitbestimmung und Chancengleichheit an den Hochschulen. Wittenberg: Institut für Hochschulforschung.
- Krüger, Hartmut, 1997: Der „Hochschulrat“ aus verfassungsrechtlicher Sicht. In: Forschung & Lehre Heft 6/97, S. 287-288.
- Kuhlmann, Stefan/ Thomas Heinze, 2004: Evaluation von Forschungsleistungen in Deutschland: Erzeuger und Bedarf. Teil 1 u. 2, in: Wissenschaftsrecht 36, 53-69, 126-149.
- Lange, Stefan, 2007: The Basic State of Research in Germany: Conditions of Knowledge Production Pre-Evaluation. In: Whitley, Richard/ Gläser, Jochen (eds.), The

- Changing Governance of the Sciences: The Advent of Research Evaluation Systems. *Sociology of the Sciences Yearbook* 26, Dordrecht: Springer, 153-170.
- Lange, Stefan, 2009: Hochschulräte. In: Hornbostel, Stefan/ Knie, Andreas/ Simon, Dagmar (Hrsg.), *Handbuch Wissenschaftspolitik*, Wiesbaden: VS, im Erscheinen.
- Lange, Stefan/ Schimank, Uwe, 2007: Zwischen Konvergenz und Pfadabhängigkeit: New Public Management in den Hochschulsystemen fünf ausgewählter OECD-Länder. In: Holzinger, Katharina/ Joergens, Helge/ Knill, Christoph (Hrsg.), *Transfer, Diffusion und Konvergenz von Politiken*, Sonderheft 38 der Politischen Vierteljahresschrift, Wiesbaden: VS, 522-548.
- Lanzendorf, Ute/ Pasternack, Peer, 2008: Landeshochschulpolitiken. In: Hildebrandt, Achim/ Wolf, Frieder (Hrsg.), *Die Politik der Bundesländer. Staatstätigkeit im Vergleich*, Wiesbaden: VS, 43-66.
- Laqua, Alexander, 2003: *Der Hochschulrat zwischen Selbstverwaltung und staatlicher Verwaltung. Eine Analyse der Ratsmodelle nach den Landeshochschulgesetzen*, Baden-Baden: Nomos.
- Leichsenring, Hannah, 2007: *Die Professionalisierung des Qualitätsmanagements. Bericht zur Befragung 2006*, CHE-Arbeitspapier Nr. 87, Gütersloh: CHE.
- Lenhardt, Gero, 2005: *Hochschulen in Deutschland und in den USA. Deutsche Hochschulpolitik in der Isolation*. Wiesbaden: VS.
- Leszczensky, Michael/ Orr, Dominic, 2004: *Staatliche Hochschulfinanzierung durch indikatorgestützte Mittelverteilung. Dokumentation und Analyse der Verfahren in 11 Bundesländern*, HIS-Kurzinformationen A/2/2004, Hannover: HIS.
- Liefner, Ingo, 2001: *Leistungsorientierte Ressourcensteuerung in Hochschulsystemen: Ein internationaler Vergleich*, Berlin: Duncker & Humblot.
- Mayntz, Renate, 2002: *University Councils. An Institutional Innovation in German Universities*. In: *European Journal of Education* 37, 21-28.
- Minssen, Heiner/ Molsich, Beate/ Willkesmann, Uwe/Andersen, Uwe, 2003: *Kontextsteuerung von Hochschulen? Folgen der indikatorisierten Mittelzuweisung*, Berlin: Duncker & Humblot.
- Müller-Böling, Detlev, 1997: *Was getan werden müsste, um unser marodes Bildungssystem wieder in Schwung zu bringen. Vier Vorschläge*. In: *Zeit-Online* 09/1997.
- Müller-Böling, Detlev, 2000: *Die entfesselte Hochschule*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung.
- Münch, Richard, 2007: *Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Neie, Thomas, 2001: *Rechtsformen staatlicher Hochschulen*. In: Pasternack, Peer (Hrsg.), *Flexibilisierung der Hochschulhaushalte. Handbuch für Personalräte und Gremienmitglieder*, Marburg: Schüren, 155-168.
- Nickel, Sigrun, 2007: *Partizipatives Management von Universitäten. Zielvereinbarungen – Leitungsstrukturen – staatliche Steuerung*, München/Mering: Rainer Hampp Verlag.
- Plander, Harro, 2004: *Leistungsbezogene Professorenbesoldung: Reformmotor oder Reformbremse?* In: *Das Hochschulwesen*, Heft 2/04, 42-55.
- Plessner, Helmuth, 1924: *Zur Soziologie der modernen Forschung und ihrer Organisation in der deutschen Universität*. In: Scheler, Max (Hrsg.), *Versuche zu einer Soziologie des Wissens*. München: Duncker & Humblot, 407-425.
- Queva, Christian, 2005: *Die Besoldung von Universitätsprofessoren. Eine Betrachtung der Besoldung in amerikanischen Hochschulen vor dem Hintergrund der Besoldungsreform in Deutschland*, Frankenthal: Hemmer.
- Schade, Angelika, 2004: *Shift of Paradigm in Quality Assurance in Germany. More Autonomy but Multiple Quality Assessment?* In: Schwarz, Stefanie/ Westerhei-

- iden, Don F. (eds.): Accreditation and Evaluation in the European Higher Education Area. Dordrecht: Kluwer, 175-196.
- Schimank, Uwe, 1995: Hochschulforschung im Schatten der Lehre. Frankfurt/M.: Campus.
- Schimank, Uwe, 2001: Festgefahrene Gemischtwarenläden – Die deutschen Hochschulen als erfolgreich scheiternde Organisationen, in: Stölting, Erhard/ Schimank, Uwe (Hrsg.), Die Krise der Universitäten, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 223-242.
- Schimank, Uwe, 2005: ‚New Public Management‘ and the Academic Profession: Reflections on the German Situation. In: Minerva 43, 361-376.
- Schimank, Uwe/ Stölting, Erhard, 2001: Einleitung, in: Stölting, Erhard/ Schimank, Uwe (Hrsg.), Die Krise der Universitäten, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 7-26.
- Schimank, Uwe/ Lange, Stefan, 2006: Hochschulpolitik in der Bund/Länder-Konkurrenz. In: Weingart, Peter/ Niels C. Taubert (Hrsg.), Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 311-346.
- Schimank, Uwe/ Lange, Stefan, 2009: The German University System: A Late-Comer in New Public Management. In: Paradeise, Catherine et al. (eds.), University Governance. Western European Comparative Perspectives, Dordrecht: Springer, pp. 65-92, forthcoming.
- Schreiterer, Ulrich, 2008: Traumfabrik Harvard: Warum amerikanische Hochschulen so anders sind, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Schröder, Thomas, 2003: Leistungsorientierte Ressourcensteuerung und Anreizstrukturen im deutschen Hochschulsystem. Ein nationaler Vergleich. Abhandlungen zu Bildungsforschung und Bildungsrecht 13, Berlin: Duncker & Humblot.
- Schulz, Volker/ Kürschner, Wilfried, 1997: Der Hochschulrat an der Hochschule Vechta. Ein kritischer Erfahrungsbericht. In: Forschung & Lehre Heft 6/97, S. 289-292.
- Schuppert, Gunnar Folke, 2007: Governance Reflected in Political Science and Jurisprudence, in: Jansen, Dorothea (ed.), 2007: New Forms of Governance in Research Organizations. Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration. Dordrecht: Springer, S. 33-56.
- Simon, Dieter, 2000: Das untergehende Schiff setzt die Segel. Interview von Thorsten Harmsen mit Dieter Simon, in: Berliner Zeitung-Online. Quelle: <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/hochschule/BerlinOnline%20Berliner%20Zeitung%20-.htm>, abgerufen am 6.10.2008.
- Stucke, Andreas, 2001: Mythos USA – Die Bedeutung des Arguments „Amerika“ im hochschulpolitischen Diskurs der Bundesrepublik, in: Stölting, Erhard/ Schimank, Uwe (Hrsg.), Die Krise der Universitäten, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 118-138.
- Theisens, Henno, 2003: Statism by Stealth? Market Orientation in British Higher Education, in: Denters, Bas/ van Heffen, Oscar/ Huisman, Jeroen/Klok, Pieter-Jan (eds.), The Rise of Interactive Governance and Quasi-Markets. Dordrecht/Boston/London: Kluwer, 199-212.
- Wintermantel, Margrit, 2007: Die Rolle der Hochschulräte im Hochschulfreiheitsgesetz im bundesdeutschen Vergleich. In: Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Dokumentation. Hochschulräte: Neue Leitungsstrukturen für die Hochschulen in NRW. 31. Januar 2007, Düsseldorf: WZ NRW, 25-31.

Neue Formen der Forschungsförderung

Ich bin eingeladen worden, um über „Neue Formen der Forschungsfinanzierung“ zu sprechen. Spontan fiel mir die Begegnung des Bonner Astronomen Friedrich Wilhelm August Argelander mit einem Mitglied des Preußischen Königshauses ein. Auf dessen joviale Frage „Nun, Herr Geheimrat, was gibt es Neues am Himmel?“ entgegnete der Astronom: „Kennen Majestät denn schon das Alte?“

Das Alte, vor dessen Hintergrund ich eingehen möchte auf neue Förderformen, neue Bewertungsformen und neue Überlegungen in der Deutschen Forschungsgemeinschaft (auf diese erlaube ich mir, mich zu beschränken), ist das Modell der individuellen Förderung – „one person, one project, one grant“ – mit

Matrix 1

Themenfindung Strukturierungsgrad	Individuen	Universitäten	Gremien der DFG („strategische“ Programme)
Strukturbildende Förderung	<ul style="list-style-type: none"> • Klinische Forschergruppen • (Forschergruppen) 	<ul style="list-style-type: none"> • Exzellenzcluster • Graduiertenschulen • Sonderforschungsbereiche • Graduiertenkollegs 	<ul style="list-style-type: none"> • Forschungszentren
Koordinierte Förderung	<ul style="list-style-type: none"> • Forschergruppen • Klinische Studien • Netzwerke 		<ul style="list-style-type: none"> • Schwerpunktprogramme • Förderinitiativen, z.B. aus Programmgruppen • Großgeräteinitiativen • Gemeinsame Europäische/internationale Calls, z.B. EuroCores, ERA-Net
Einzelförderung	<ul style="list-style-type: none"> • Individualförderung • Programme der Personenförderung, inkl. Emmy-Noether-Programm 	<ul style="list-style-type: none"> • Mercator-Gastprofessuren 	<ul style="list-style-type: none"> • Sachbeihilfen für Kommissionen und Ausschüsse

dem die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1951 begonnen hat. Dieser Klassiker hat sich, zusammen mit der Bezeichnung „Normalverfahren“, über die Jahrzehnte erhalten; es ist nach wie vor bei den Forschenden selbst der Liebling in unserem Portfolio. Das gilt übrigens nicht nur für die DFG, sondern unter ebenso kryptischen Bezeichnungen wie R01, Responsive Mode oder Gesuch zur Projektförderung in der freien Grundlagenforschung bei anderen Förderungsorganisationen in forschungsintensiven Ländern.

Wenn sie einen solchen „Renner“ im Portfolio hat – warum braucht die DFG überhaupt noch weitere Formen der Forschungsförderung? Immerhin gibt es derzeit fast 30 verschiedene – auch verschieden große – Programme auf der Website der DFG nachzulesen. Die wichtigsten habe ich in Matrix 1 angeführt.

Dabei möchte ich weniger auf die Programme selbst aufmerksam machen, sondern auf die Dynamik, mit der sich das Portfolio von der Einzelförderung (im Feld unten links) weiter entwickelt hat. Sie folgt einerseits den Bedürfnissen der Forschenden, etwa bei der Ermöglichung verschiedener Formen der koordinierten Förderung, andererseits auch Bedürfnissen nach Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems bei der Einführung von Struktur bildenden Programmen und der Einbringung von Möglichkeiten, „strategische“ Prioritäten in der Förderung zu setzen.

Der Treibsatz dieser Dynamik ist letztlich die Satzung der DFG, in der ihre Ziele wie folgt aufgezählt sind:

§ 1 Die DFG dient der Wissenschaft in allen ihren Zweigen

- durch die finanzielle Unterstützung von Forschungsaufgaben und
- durch die Förderung der Zusammenarbeit unter den Forschern.
- Der Förderung und Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses gilt ihre besondere Aufmerksamkeit.
- Die Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Wissenschaft.
- Sie berät Parlamente und Behörden in wissenschaftlichen Fragen und
- pflegt die Verbindungen der Forschung zur Wirtschaft und
- zur ausländischen Wissenschaft.

Diese Satzung wird für mich auch der Leitfaden sein, mit dem ich Ihnen die Veränderungen, große wie kleine, im Portfolio der DFG in den letzten Jahren verständlich machen möchte.

Exzellenz durch Wettbewerb – die Exzellenzinitiative

Ich beginne mit der allgemeinsten und am weitesten reichenden Formulierung: „Die Deutsche Forschungsgemeinschaft dient der Wissenschaft in allen ihren Zweigen“. Daraus leiten die DFG und daraus leiten Bund und Länder spätes-

tens seit der Systemevaluation 1999 eine Verantwortung nicht nur für die Bandbreite der Disziplinen, sondern auch für das Wissenschaftssystem in der Bundesrepublik, vor allem aber für die Forschungsfähigkeit der Universitäten ab.

Schon bei der Einführung der Sonderforschungsbereiche vor 40 Jahren hat die DFG neben die Qualität der Forschung und die Qualifikation der Forschenden Strukturkriterien in ihre Förderungsaufgabe hinzu genommen.

In den letzten Jahren ist immer deutlicher geworden, dass die deutschen Universitäten im internationalen Wettbewerb um hervorragende Forschende und hervorragende Studierende ungünstig positioniert sind. Ihnen fehlten zum Teil die Möglichkeiten, zum Teil aber auch die Anreize, auf internationaler Ebene nach den besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, den besten Promovierenden und ausgezeichneten Student(inn)en aktiv zu suchen und zu werben, oft auch, um die, die schon hier waren, hier zu halten. Die Politik in Bund und Ländern hat erkannt, wie wichtig Forschung und Lehre an den Universitäten für das Land sind. Sie hat deswegen – wenn auch nach großen Mühen – die Exzellenzinitiative in die Welt gerufen, um hier zu einer besseren Ausgangssituation zu kommen. Das ist ihr hoch anzurechnen.

Nach zwei Jahren Antragstellung, Begutachtung, Diskussion, Kritik und Entscheidung steht das Ergebnis der Exzellenzinitiative nunmehr fest:

9 Zukunftskonzepte für ganze Universitäten, 39 Graduiertenschulen, 37 Exzellenzcluster, darunter vier „aufgestockte“ Forschungszentren, selektiert in einem starken Wettbewerb, allein nach wissenschaftlichen Kriterien.

Es steht auch fest, dass der Wettbewerb die Universitäten, erfolgreiche wie erfolglose, in Bewegung versetzt hat. Wer erfolgreich war, steht jetzt vor der großen Aufgabe, den Erfolg umzusetzen – schließlich geht es darum, im internationalen Wettbewerb zu bestehen, nicht nur im nationalen. Wer nicht erfolgreich war, steht vor der Aufgabe, sich trotzdem – oder gerade deswegen – ganz besonders anzustrengen, um nicht abgehängt zu werden.

Dennoch: die Exzellenzinitiative schreibt fest, was die Förderrankings der DFG schon seit Jahren offenbaren: dass die Universitätslandschaft in Deutschland differenziert ist, dass ein Teil unserer Universitäten mehr in Forschung investiert und mehr in der Forschung leistet als andere. Die Exzellenzinitiative hat den Universitäten die Möglichkeit eröffnet, mit ihren Forschungsprofilen um Mittel und Sichtbarkeit in einen offenen Wettbewerb zu treten und dafür klare Anreize gesetzt.

Hier sehe ich übrigens die Antithese zum Thema dieser Tagung: Es geht um Exzellenz durch Wettbewerb, nicht um Exzellenz durch Steuerung!

Die Exzellenzinitiative wirkt jedoch deutlich über die Universitäten hinaus. Ein wichtiges Ziel – und Kriterium – war, die Universitäten zur intensiven Zusammenarbeit mit ihrem wissenschaftlichen Umfeld zu bewegen. An den erfolgreichen Initiativen sind durchweg einschlägige Forschungsinstitute aus der Umgebung beteiligt, fast überall auch ist eine Kooperation mit Anwendern – ob aus Wirtschaft, Industrie, Kliniken oder Museen – vorgesehen.

Ich skizziere kurz die drei Linien:

Graduiertenschulen

Graduiertenschulen sind ein Qualitätsinstrument zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und folgen dem Prinzip der Qualifizierung herausragender Doktorandinnen und Doktoranden innerhalb eines exzellenten Forschungsumfelds. Graduiertenschulen bieten somit innerhalb eines breiten Wissenschaftsgebietes optimale Promotionsbedingungen und fördern als international sichtbare und integrative Einrichtungen die Identifizierung der beteiligten Promovierenden mit dem jeweiligen Standort. Dabei gehen die Graduiertenschulen weit über das Instrument der Graduiertenkollegs hinaus und unterscheiden sich substantiell von diesen. Graduiertenschulen werden mit ca. 1 Mio. € p.a. gefördert. Hinzu kommt eine Programmpauschale von 20% der Bewilligungssumme.

Exzellenzcluster

Mit den Exzellenzclustern sollen an deutschen Universitätsstandorten international sichtbare und konkurrenzfähige Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen etabliert und dabei wissenschaftlich gebotene Vernetzung und Kooperation ermöglicht werden. Die Exzellenzcluster sollen wichtiger Bestandteil der strategischen und thematischen Planung einer Hochschule sein, ihr Profil deutlich schärfen und Prioritätensetzung verlangen. Sie sollen darüber hinaus für den wissenschaftlichen Nachwuchs exzellente Ausbildungs- und Karrierebedingungen schaffen. Exzellenzcluster können mit über 6 Mio. € p.a. gefördert werden. Hinzu kommt eine Programmpauschale von 20% der Bewilligungssumme.

Zukunftskonzepte zum projektbezogenen Ausbau der universitären Spitzenforschung

Zukunftskonzepte haben zum Ziel, die universitäre Spitzenforschung in Deutschland auszubauen und international konkurrenzfähiger zu machen. Gegenstand der Förderung sind alle Maßnahmen, welche die Universitäten in die Lage versetzen, ihre international herausragenden Bereiche nachhaltig zu entwickeln und zu ergänzen und sich als Institution im internationalen Wettbewerb in der Spitzengruppe zu etablieren. Auf diese Weise soll der Universitäts- und Wissenschaftsstandort Deutschland dauerhaft gestärkt und vorhandene Exzellenz besser sichtbar gemacht werden.

Bei der Ausgestaltung aller drei Linien wurde, ebenso wie bei der Verwendung der Mittel, den Universitäten viel Freiraum gelassen; so sollten Ideen und Strukturen realisiert werden, für die es bisher keinen Spielraum gegeben hatte. Die 20%ige Programmpauschale sollte überdies den Universitäten die Möglichkeit geben, eine forschungsfreundliche Infrastruktur weiterzuentwickeln.

Anreiz für forschungsfreundliche Strukturen – die Programmpauschale

Die Exzellenzinitiative ist gewiss der sichtbarste Prozess, an dem die DFG zur Zeit beteiligt ist. Im Rahmen des Satzungsauftrags „finanzielle Unterstützung von Forschungsvorhaben“ wirkt sie gleichzeitig und bisher quasi unbemerkt am Vollzug einer weiteren Maßnahme mit, die fast genau so wirksam sein könnte. Ich hatte darauf hingewiesen, dass ein wichtiger Bestandteil der Bewilligungen dort eine 20%ige „Programmpauschale“, also ein Beitrag zu den Gemeinkosten der Forschung ist.

Diese Programmpauschale soll ab dem nächsten Jahr für alle Bewilligungen der DFG aus Mitteln des Paktes für Forschung gezahlt werden. Damit haben Universitäten und Forschungsinstitute in Deutschland zum ersten Mal einen greifbaren und unmittelbaren Vorteil von den Forschungsaktivitäten ihrer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und damit auch einen Anreiz, diese Forschung wirksamer zu unterstützen – auch außerhalb der großen, sichtbaren Strukturprogramme wie Sonderforschungsbereiche oder Graduiertenkollegs. Forschungsaktive Hochschulangehörige fallen damit auch nicht mehr ihren Fakultätskollegen und -kolleginnen zur Last, indem sie knappe Mittel für ihre Grundausstattung fordern, sondern werden auch auf der Einnahmenseite sichtbar.

Der Faktor Mensch: Nachwuchsförderung, Gleichstellung und Personalförderung

„Es kommt auf die Personen an“ – ein Zitat des früheren DFG-Präsidenten Heinz Maier-Leibnitz entlang der Satzungsaufträge „Nachwuchsförderung“ und „Gleichstellung“ fasst den nächsten Teil meines Vortrags präzise zusammen.

Talentierte und begeisterte Menschen für die Forschung zu gewinnen, in der Forschung zu halten und sie ihr Potenzial entfalten zu lassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Forschungsförderung.

Weltweit ist die Forschungsbasis breiter, der Wettbewerb schärfer und das Angebot für diese Personen weitaus vielfältiger geworden. Um die deutsche Position im Wettbewerb zu halten und auszubauen – insbesondere die Position der Universitäten –, ist die DFG in einem ständigen Prozess der Anpassung ihrer Programme.

- Das Emmy-Noether-Programm ist mehrfach modifiziert worden – mit bis zu 6 Jahren Förderung für eine Nachwuchsgruppe, verbunden mit einer guten und flexiblen Dotierung und einem wachsenden Renommee ist es auch für potenzielle Rückkehrer aus dem Ausland sehr attraktiv, zumal die Universitäten begonnen haben, sich um NachwuchsgruppenleiterInnen zu bemühen,

- Wir haben die Möglichkeit geschaffen, eine Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe in einen Sonderforschungsbereich oder eine Forschergruppe zu integrieren.
- Sonderforschungsbereiche können für die Ausbildung ihrer Promovierenden Graduiertenkolleg-Strukturen integrieren.
- In allen Personenförderungsprogrammen der DFG sind die Altersgrenzen abgeschafft worden, um das System auch für nichtlineare Forschungskarrieren zu öffnen. Ganz besonders wichtig ist – mit allen damit verbundenen Risiken, dass jetzt auch ohne Altersbeschränkung Mittel für die „eigene“ Stelle beantragt werden können. Wir sehen hier z.B. auch die Möglichkeit, für Eltern nach der Familienphase oder mitziehende Partner von Berufenen Anschluss an weitere Karrieremöglichkeiten zu finden.
- Gleichstellung: Das wäre ein eigener Vortrag – aber bewusst keine eigenes Programm. Die DFG hat die Gleichstellung vielmehr zu einem Element aller ihrer Programme gemacht – besonders wirksam war das in der Exzellenzinitiative, denn als klar war, dass das Kriterium ernst genommen wird, hat sich an den Universitäten sehr viel bewegt. Bei der Besetzung der Gremien, einschließlich der Fachkollegien, bemühen wir uns aktiv um weibliche Mitglieder. Eine Arbeitsgruppe des Senats und des Präsidiums wird auch in Kürze damit beginnen, Gleichstellungs-Standards auszuarbeiten, die wir den Antrag stellenden Institutionen empfehlen wollen.
- Der Ausbau des Heisenberg-Programms zur Heisenberg-Professur verschränkt dieses Programm mit Strukturabsichten der Universitäten.
- Die Ausrichtung von Nachwuchsakademien – einwöchige Seminarveranstaltungen für ausgewählte Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, mit der anschließenden Möglichkeit, einen ersten Antrag zu stellen – hat sich im Bereich der Medizintechnik bewährt. Wir überlegen derzeit, wie man diese Möglichkeit auf alle anderen Fachgebiete ausdehnen kann und wie darüber hinaus gerade für Erstantragstellende der Zugang zur DFG transparenter und leichter gemacht werden kann.
- Schließlich denken wir darüber nach, ob wir auch im Bereich des eingangs erwähnten „Klassikers“, der Einzelförderung, mehr Flexibilisierung und Autonomie für ausgewiesene, leistungsfähige und risikobereite Forschende erreichen können, indem wir ihnen die Gelegenheit geben, sich auf der Grundlage ihrer – streng geprüften und bewerteten – Leistungen und einer originellen, riskanten Idee um eine fünfjährige Förderung zu bewerben, für die nun keine genaue Projektbeschreibung vorgelegt werden muss. Diese Idee ist mittlerweile mit Einführung der Reinhart-Koselleck-Projekte umgesetzt worden.

Eine Vielzahl kleiner Schritte also, alle mit dem Ziel, Forschung als Karriere attraktiv und berechenbar zu machen. Zum Schluss sei allerdings gesagt: Die DFG ist nicht allmächtig und sie kann das nicht im Alleingang. Um gutes Personal zu gewinnen und zu halten, müssen die Strukturen der Forschung und Leh-

re, der Rekrutierung und Vergütung an den Universitäten und Forschungsinstituten ebenfalls modern und wettbewerbsfähig sein: Schnellere Berufungsprozesse, zum Beispiel, zielorientierte Verhandlungen, attraktive Angebote auch für Partner und Familie und eine bessere Bezahlung liegen in der Verantwortung der Universitäten und der Länder – die auch hier im Wettbewerb stehen.

Von der Forschung zur Anwendung

Die „Verbindungen der Forschung zur Wirtschaft“ beruhen ganz wesentlich auf dem Transfer von Forschungsideen und -erkenntnissen in die Anwendungen. Dies ist ein wichtiger Bestandteil der Exzellenzcluster mit ihren Partnern aus Kultur, Wirtschaft und Industrie; aber auch in allen anderen DFG Programmen ist es nun möglich, zu jedem Zeitpunkt ein „Transferprojekt“ zu beantragen, das in Kooperation mit einem privaten Partner die Umsetzung der Projektergebnisse ermöglicht – bei Wahrung der Unabhängigkeit der Forschung. Die eingeräumte Flexibilisierung des Zeitpunkts hat zu einer deutlichen Zunahme der Vorhaben geführt.

Im Bereich der klinischen Medizin finanzieren wir gemeinsam mit dem BMBF Klinische Studien – der Andrang ist hoch, der Wettbewerb scharf.

Besonders hinweisen möchte ich auf den „Transfer durch Köpfe“, der seit einem Jahr möglich ist. Hier kann ein/e Postdoc, der und die in einem DFG-geförderten Vorhaben gearbeitet hat, die eigene Stelle und Projektmittel beantragen, um in Zusammenarbeit mit einer Firma – die auch die von ihm/ihr selbst gegründete sein kann – die Forschung bis zur Anwendungsreife weiterzuführen.

Internationalisierung – notwendig, schwierig, selbstverständlich

Mehrfach habe ich erwähnt, dass gute Forschung heutzutage in viel mehr Ländern zu Hause ist, dass internationale Kooperation und Konkurrenz nicht mehr aus ihr wegzudenken sind, und dass die DFG ihr Handeln darauf einstellen muss, wenn sie satzungsgemäß „die Verbindungen zur ausländischen Wissenschaft“ auf Augenhöhe pflegen will.

Speziell haben wir

- alle unsere Programme für internationale Beteiligung geöffnet – auch die Sonderforschungsbereiche und Forschergruppen, die den Graduiertenkollegs auf dem Weg der Internationalisierung folgen;
- mit anderen europäischen Ländern vereinbart, dass bewilligte nationale Forschungsmittel nicht verloren gehen, wenn eine Wissenschaftlerin bzw. ein

Wissenschaftler von einem Land ins andere wechseln („Money follows researcher“).

- Wir haben mit vielen Partnern – sehr gerne auch mit der ANR – Vereinbarungen über bilaterale Ausschreibungen und gemeinsame bzw. wechselseitige Begutachtungen getroffen, um Kooperationen zu begünstigen
- Wir haben in der Exzellenzinitiative den internationalen Standard der Vorhaben dadurch gesichert, dass wir Begutachtungspanels berufen haben, die zu mehr als 80% mit Ausländern besetzt waren. Auch in anderen Verfahren hören wir aus demselben Grund zunehmend Begutachtende aus dem Ausland.

Kooperationsprogramme

Auch im Bereich der Förderung der „Zusammenarbeit unter den Forschern“, die komplexer und weiter gespannt ist, als früher, hat die DFG ihre Programme angepasst.

Die *Forscherguppe* erlaubt es durch eine konsequente Modulstruktur, einen örtlichen oder überregionalen Forschungsverbund zu einem spannenden Thema weitgehend flexibel zu gestalten. In diesem Rahmen kann sie auch Entfaltungsmöglichkeiten für Nachwuchsgruppen bieten, die Kooperation mit außeruniversitären Partnern stärken, zeitliche Freistellungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ermöglichen und die internationale Zusammenarbeit intensivieren. In ihren unterschiedlichen Gestaltungsformen können Forschergruppen in übergreifende forschungspolitische Initiativen eingebunden sein. Beispiele hierfür sind „Klinische Forschergruppen“ oder „Kolleg-Forschergruppen“ in den Geisteswissenschaften.

Das *Schwerpunktprogramm* ist fokussiert worden. Die überregionale Schwerpunktförderung konzentriert sich auf „emerging fields“, also die Bildung von Kooperationen zu sich neu entwickelnden Fragestellungen.

Auch die Sonderforschungsbereiche sind umgestaltet worden. Sie können größer sein als bisher und haben bei der Mittelverwendung viel Flexibilität gewonnen.

Ziele und Prinzipien

Als ich mit Frau Simon über diesen Vortrag sprach, schlug sie mir vor, über neuere Programmentwicklungen bei der DFG und die Ziele und Prinzipien der Veränderungen zu sprechen. Ich habe mir bei diesem Gespräch nicht vergegenwärtigt, wie lang die Liste der Veränderungen werden würde. Lassen Sie mich aber rekapitulieren, dass die Ziele und Prinzipien sich sehr knapp zusammen fassen lassen:

Ziele sind:

- Förderung der besten Forschung allein nach wissenschaftlichen Kriterien;
- optimale Kooperationsstrukturen;
- Sicherung der personellen Basis der Forschung;
- forschungsförderliche Universitätsstrukturen;
- Ausbau der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Prinzipien sind:

- Unabhängigkeit – so früh, wie möglich – und Eigeninitiative der Forschenden („bottom-up“);
- Peer Review;
- Wettbewerb und Anreize (nicht Steuerung);
- Flexibilität und Transparenz bei der Beantragung und dem Einsatz der Mittel.

Platz für Strategie?

Gibt es denn da, so werden Sie fragen, überhaupt keine strategischen Überlegungen? Doch, die gibt es, und die DFG wird sie in den nächsten Jahren ausbauen, um die nunmehr eingespielten und bewährten Fachkollegien einzubeziehen – also auch in Bottom-up-Prozessen implementiert.

Wir haben insbesondere ab dem nächsten Jahr vor, regelmäßig mit unseren Fachkollegien ein strategisches Gespräch zu führen, in dem wir sie nach Entwicklungen in ihren Fachgebieten, neue Fördergebiete oder auch notwendigen Modifikationen des Programmportfolios fragen werden. Diese Erkenntnisse sollen, zusammen mit anderen Anregungen, z.B. aus dem Präsidium, im Senatsausschuss für „Perspektiven der Forschung“ besprochen und in danach geeigneter Weise implementiert werden – unter Beachtung der oben genannten Prinzipien.

Agence nationale de la recherche Les activités du département Sciences humaines et sociales

Die Agence nationale de la recherche (ANR) Die Aktivitäten der Abteilung Geistes- und Sozialwissen- schaften

Créée en Février 2005, l'ANR (Agence nationale de la recherche) est une agence de financement *sur projets*. Si ce type de financement n'est pas à proprement parler neuf en France, dans la mesure où existaient déjà depuis 1999 le FNS¹ et les ACI², il en étend considérablement l'ampleur dans un pays où prévalait jusque-là le système des crédits dits « récurrents » des laboratoires.

L'objectif est multiple, puisqu'il s'agit :

- de doter la France d'une structure « réactive » destinée au financement de la recherche fondamentale et de la recherche appliquée ;
- de dynamiser la recherche française, en lui apportant davantage de souplesse et de moyens ;
- d'élever la France aux standards internationaux de la recherche sur projets, en accroissant le nombre de projets de recherche émanant de l'ensemble de la communauté scientifique, financés après évaluation par les pairs.

Organisation

L'ANR est une structure de 80 collaborateurs dont :

- 50% de chercheurs recouvrant l'ensemble des domaines d'action de l'Agence ;
- 40 personnes dédiées aux fonctions d'accompagnement (finances/ ressources humaines/communication/international).

1 Fonds National pour la Science.

2 Action Concertées Incitatives.

Il s'agit ainsi d'une structure particulièrement légère au regard de son budget³. Devant la nécessité d'une rapide opérationnalité à ses débuts, l'ANR a adopté un système de délégation de la gestion de ses activités, inspiré de l'expérience allemande des « *Projekträger* » allemands. L'Agence confie ainsi à des établissements supports la mise en œuvre de la plupart de ses programmes. Dans le domaine des Sciences humaines et sociales, il existe deux unités supports principales : l'École normale supérieure Lettres sciences humaines de Lyon et l'USAR (Unité Support de l'Agence nationale de la Recherche), structure appartenant au CNRS.

Les chiffres clés de l'Agence en 2006

Pour le département SHS comme pour l'ensemble de l'Agence, la programmation se divise en une série d'appels « *open* » (dits non thématiques) et une série d'appels thématiques, renouvelés plus ou moins fréquemment en fonction des domaines scientifiques. En sciences humaines et sociales, la programmation thématique est, sauf exception, intégralement renouvelée chaque année.

En 2006, 45 appels à projets ont été lancés par l'agence dans son ensemble et 6420 dossiers de réponse ont été reçus. 40% environ l'ont été dans les programmes non thématiques. Ce chiffre représente une croissance de 16,6% par rapport à 2005, première année de fonctionnement de l'agence. 1 630 projets ont été sélectionnés soit un taux de sélection de 25%, conçu pour être suffisamment exigeant mais non décourageant.

Par ailleurs, il est à noter qu'à partir de 2007, la programmation en SHS s'est enrichie d'un appel à projets non-thématique supplémentaire: l'appel à projets franco-allemand en sciences humaines et sociales.

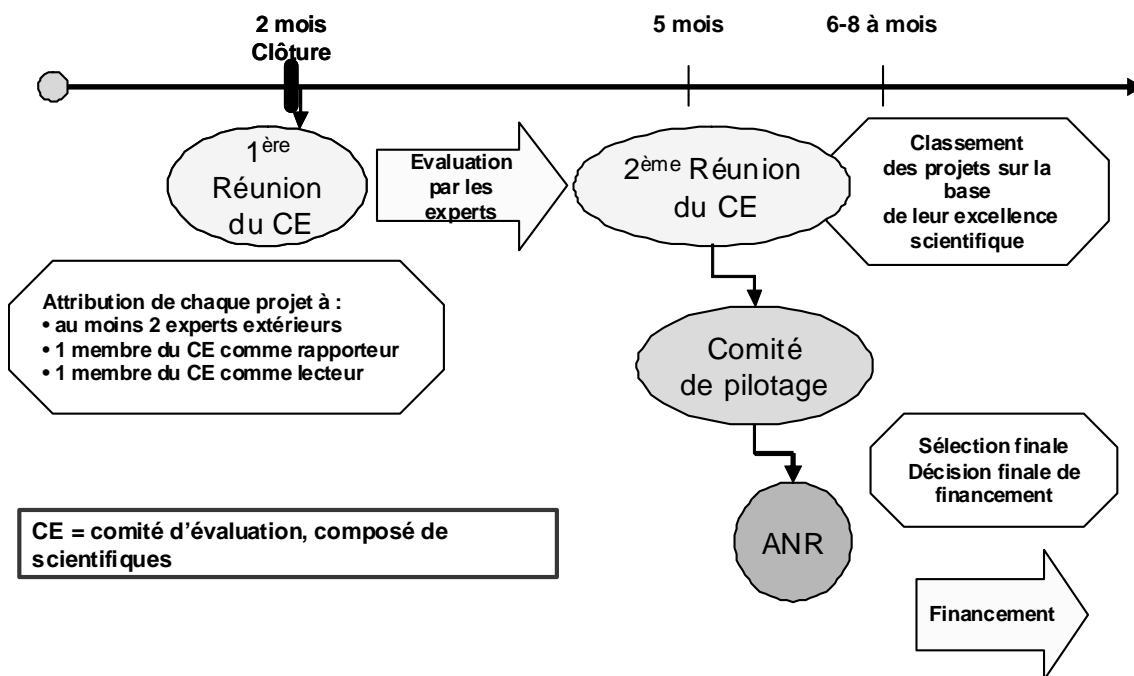
Définition et préparation des appels à projets thématiques

Les appels à projets thématiques de l'ANR en sciences humaines et sociales sont définis selon un processus qui vise à associer au mieux les acteurs de la recherche à l'identification de thématiques pertinentes et à la rédaction de textes les plus stimulants possibles. Il consiste en :

- la discussion avec les communautés scientifiques pour l'identification des problématiques ;
- la consultation des organismes de recherche ;
- la constitution d'un « comité sectoriel » pluridisciplinaire chargé de rédiger le texte ;
- la demande de notes de réflexion aux chercheurs.

3 700 M d'euros en 2005, 850 M d'euros en 2007.

Une fois l'appel à projets thématique rédigé et publié, la réception, l'évaluation et le financement des projets se déroule selon le processus décrit dans le schéma ci-après.



Sciences humaines et sociales : bilan 2007

662 projets ont été déposés en 2007 et 165 financés, dont un projet en collaboration avec Taiwan. Le taux de sélection dans le domaine des SHS est ainsi de 24,9%.

Programmes non-thématiques

- 249 projets déposés
 - 146 au programme Blanc ;
 - 103 au programme Jeunes chercheurs, réservé aux chercheurs de moins de 40 ans.
- 64 financés (+1 franco-taiwanais) (25,7% de réussite)
 - 41 projets financés dans le programme Blanc (28,1%) ;
 - 23 projets financés dans le programme Jeunes chercheurs (24,3%).

Les programmes thématiques

3 appels à projets thématiques ont été lancés en 2007 :

- Entreprises et formes d'organisation économique. Enjeux, mutations, permanences ;
- Les Suds, aujourd'hui ;
- Corpus et outils de la recherche en sciences humaines et sociales.

320 dossiers ont été déposés et 74 financés, ce qui place le taux de sélection à un niveau moyen de 23,1%.

Pour examiner ces dossiers et ceux de l'appel franco-allemand, 85 scientifiques ont été invités à siéger dans les différents comités d'évaluation. Parmi eux, 36 % de représentants d'institutions scientifiques étrangères, qui sont garants de l'ouverture de la sélection aux standards internationaux et d'une certaine distance quant aux effets de réseaux nationaux.

2334 experts ont encore été contactés dans le cadre du processus d'évaluation par les pairs de l'ANR (qui requiert un minimum de deux expertises externes par projet). 1082 expertises ont été reçues en retour, dont 299 effectuées par des experts étrangers (soit plus du quart).

Le programme franco-allemand en SHS avec la Deutsche Forschungsgemeinschaft

Lancée en 2007, cette initiative a été rendue possible par la compatibilité des structures allemande et française en matière de financement par projet et a connu un succès important pour sa première édition avec 93 projets déposés. 27 projets ont été financés, soit un taux de sélection de 29%, intermédiaire entre les ceux habituellement pratiqués par la DFG et par l'ANR. Elle se caractérise en outre par :

- Une double expertise ANR/DFG ;
- un comité d'évaluation mixte et bilingue, s'appuyant indifféremment sur les expertises allemandes et françaises :
9 membres désignés par l'ANR
9 membres désignés par la DFG

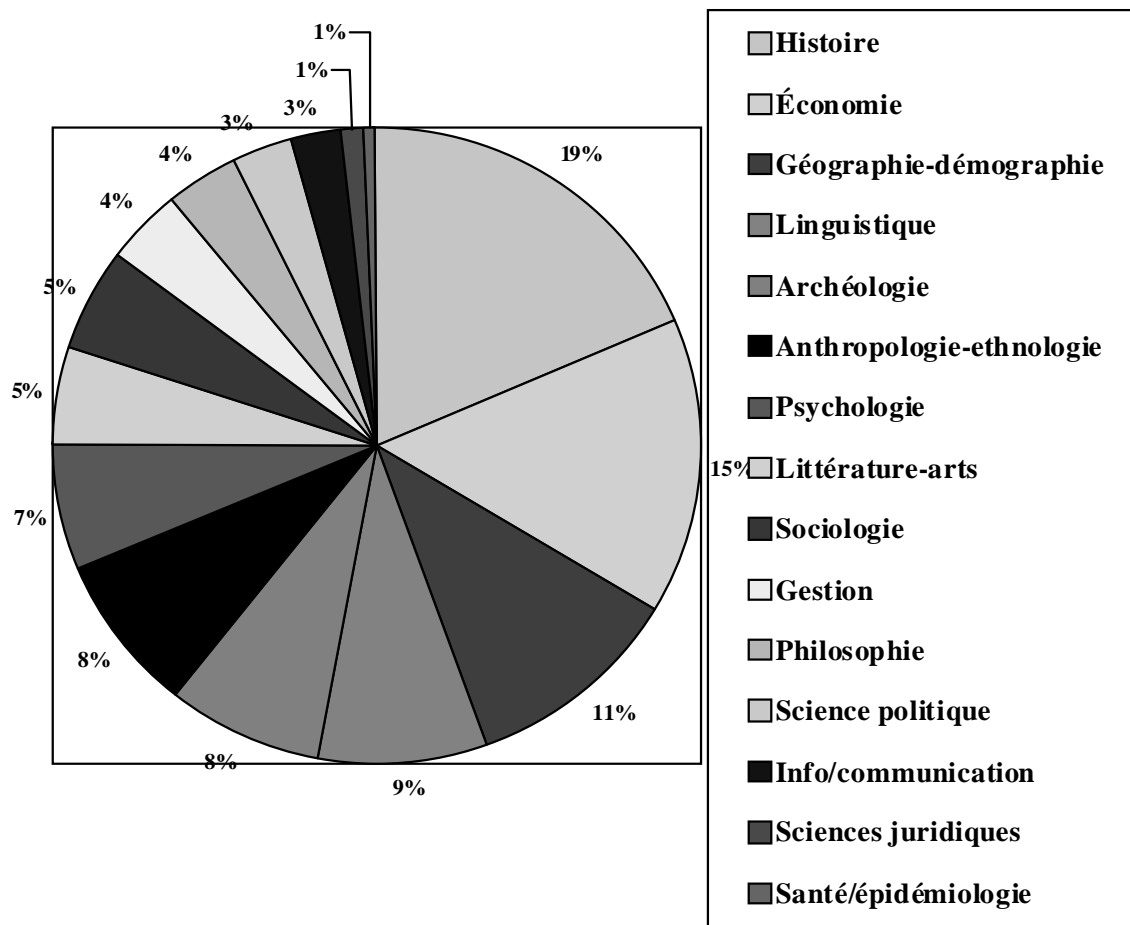
Financement

En 2007, le budget consacré aux sciences humaines et sociales s'est élevé à environ 30 millions d'euros, distribué comme suit :

- Programmes thématiques
13,5 M€ dont :
 - Entreprises : 2,2 M€ soit 166 K€/projet ;
 - Les Suds : 4,8 M€ soit 183 K€/projet ;
 - Corpus : 6,6 M€ soit 189,5 K€/projet.

- Programme franco-allemand en SHS
- 4,1 M€ soit 150 K€ par projet (pour la partie française /203 K€ DFG).
- Programmes non-thématiques
 - 11,35 M€ dont :
 - 2,8 M€ pour le programme Jeunes Chercheurs, soit 112,5 K€ / projet ;
 - 8,5 M€ pour le programme Blanc, soit 203 K€/projet

En terme de disciplines des projets financés, le résultat des appels 2007 peut être figuré comme suit :



Cette répartition, évidemment arbitraire puisque de nombreux projets se situent à l'interface entre de nombreuses disciplines et que des regroupements ont dû être effectués pour la commodité de la présentation, traduit l'importance numérique de certaines communautés de chercheurs et leur expérience en matière de réponse à des appels à projets (histoire, économie). Elle reflète aussi les choix opérés pour l'année écoulée en matière d'appels à projets thématiques (nombreux dossiers de géographie dans l'appel « les Suds », forte représenta-

tion de la gestion dans l'appel « Entreprises et autres formes d'organisation économique »...).

Dans ce contexte, la couverture disciplinaire est satisfaisante malgré les réponses peu nombreuses de certaines communautés et les difficultés de certaines spécialités à se faire financer (sciences juridiques, info/communication).

L'intérêt de mettre en œuvre une programmation thématique renouvelée chaque année en complément des appels *open* apparaît clairement: elle permet, si nécessaire, de s'adapter aux résultats et de couvrir au mieux les besoins des chercheurs, tout en essayant de faciliter l'émergence de nouveaux thèmes ou de nouvelles communautés de recherche transdisciplinaires.

Programmation 2008 et perspectives

Maintien des programmes non thématiques

- Programme franco-allemand en SHS ;
- Programme Blanc, avec maintien de la ligne de financement franco-taiwanaise et ouverture d'une nouvelle ligne franco-japonaise, en collaboration avec la Japan Society for the Promotion of Science (JSPS) ;
- Programme Jeunes chercheurs ;
- Chaires d'excellences.

4 nouveaux programmes thématiques

4 nouveaux programmes thématiques sont lancés, ouverts à toutes les disciplines des sciences humaines et sociales et à la contribution des approches issues des sciences dites « dures ». Délibérément les plus ouverts possibles, ils sont conçus pour permettre une réponse large des communautés de chercheurs concernées.

- Gouverner et administrer ;
- La création : acteurs, objets, contextes ;
- Formes et mutations de la communication : processus, compétences, usages ;
- Vulnérabilités, à l'articulation du sanitaire et du social.

La mise en place d'un suivi ambitieux

Après trois ans de fonctionnement, l'ANR peut désormais entreprendre une phase, ambitieuse, de suivi des projets qu'elle a financés. En particulier, l'objectif du département SHS, est de dresser un véritable bilan scientifique des projets financés, qui contribuera, dans la continuité du fonctionnement des financements de l'ANR, à orienter la programmation future de l'Agence.

Annexe

Tableau récapitulatif des principaux financements de l'ANR en sciences humaines et sociales depuis 2005

	Non-thématiques			Thématiques			Franco-allemand			TOTAL ensemble des AAP SHS		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	-	-	2007	2005	2006	2007
Dossiers présentés	282	368	249	-	338	320	-	-	93	282	696	662
Dossiers retenus	95 soit 33,5%	87 soit 27,3%	65 soit 25,7%	-	75 soit 22,2%	74 soit 23,1%	-	-	27 soit 29%	95 soit 33,5%	162 soit 24,5%	165 soit 24,9%
Montant moyen (€)	143 K	172 K	174 K	-	173 K	194 K (dt IRD)	-	-	150 K (+200K DFG)	143 K	173 K	174,5 K
Montant total (€)	13,7M	15M	11,3M	-	13,3M	13,5M	-	-	4,1M	13,7M	28,3M	28,9M

Klappt binationales Evaluieren? Erfahrungen aus einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe¹

Mehr erzählerisch denn systematisch möchte ich von der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH)/Université franco-allemande (UFA) berichten. Die Evaluation wurde von einer kleinen binationalen Arbeitsgruppe durchgeführt. Sie bestand aus zwei französischen Mitgliedern der Inspection Générale de l'Administration et de l'Éducation Nationale et de la Recherche (IGAENR) und vier deutschen Mitgliedern, die vom Wissenschaftsrat (WR) beauftragt und nach seinen Leitlinien ausgesucht waren, das heißt ein Mitglied des WR, ein Mitglied des Evaluationsausschusses des WR, ein Vertreter der Länder und einer des Bundes.² Geleitet wurde die Gruppe von mir – als Vertreterin des Evaluationsausschusses des WR. Die Evaluation fand im Wesentlichen im Jahr 2006 statt – also vor dem großen wissenschaftspolitischen Umbau in Frankreich. Erzählerisch und nicht systematisch zu referieren, wie diese Evaluation verlaufen ist, welche Schwierigkeiten auftraten und welche nicht, obwohl sie erwartet worden waren, bedeutet, einen persönlichen Bericht abzuliefern, der begrenzt verallgemeinerungsfähige Aussagen enthält. Er unterschreitet in zweierlei Hinsicht die Anforderungen an eine wissenschaftliche Ausarbeitung: Er strebt nicht nach Objektivität und ebenso wenig nach Generalisierbarkeit.

1. Die DFH/UFA – eine Hochschule eigener Art

Die DFH/UFA ist eine ganz besondere Hochschule, eine Universität eigenen Typus. Sie hat keinen eigenen Campus, keine eigenen Hochschullehrer, Bibliotheken oder Labore, aber eigene Studierende und eine eigene Verwaltung, die in einem repräsentativen Gebäude in Saarbrücken residiert.³ Die Gründungs-urkunde der Hochschule ist das Weimarer Abkommen aus dem Jahr 1997, unterzeichnet von François Mitterand und Helmut Kohl. Das Weimarer Abkommen legt fest, die DFH/UFA als Verbund deutscher und französischer Hochschulen

-
- 1 Ich danke ganz herzlich Ines Busch, Dr. Friedrich Tegelbekkers und Ulrike Vieten für ihre hilfreichen Hinweise und kritischen Anmerkungen.
 - 2 Der Evaluationsbericht wurde dem Wissenschaftsrat am 19. April 2007 in Oldenburg vorgestellt und von ihm zur Kenntnis genommen (Bericht der binationalen Arbeitsgruppe 2007). Die DFH/UFA hat den französischen und den deutschen Bericht in einem Band publiziert (DFH/UFA o.J.).
 - 3 Nähere Informationen siehe: www.dfh-ufa.org.

zu gründen, der deutsch-französische Studiengänge initiiert, fördert und durchführt. Der Vertrag enthält acht Aufgaben, die der DFH/UFA übertragen werden, wie die Förderung von langfristigen Studienaufenthalten an den jeweiligen Partnerhochschulen, die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen, Fernunterricht, Kooperationen auch in der hochschulexternen Berufsausbildung etc. – eine Vielzahl von Aufträgen, die keineswegs mit den vorhandenen Ressourcen der DFH/UFA umgesetzt werden können. Die Aufgaben stecken den Rahmen ab, in dem die DFH/UFA tätig werden soll. Ihr Schwerpunkt liegt auf der Förderung von Studienaufenthalten an den jeweiligen Partnerhochschulen des anderen Landes, wobei das Besondere der DFH/UFA ist, dass es sich um voll integrierte binationale Studiengänge handelt, mit festen Studierendenkohorten, die die Hälfte der Zeit in Frankreich und die andere Hälfte in Deutschland studieren. Kurz: Es handelt sich um gemeinsame Studiengänge, eigentlich um einen Studiengang an zwei Hochschulen – einer französischen und einer deutschen.⁴ Die Studierenden erwerben einen doppelten Abschluss und fühlen sich als Studenten einer deutschen und einer französischen Hochschule. In den letzten Jahren findet mehr und mehr auch eine gemeinsame Doktorandenausbildung statt, zumeist im Rahmen von deutsch-französischen Graduierten-Kollegs. Die Promotion wird als Cotutelle de thèse abgenommen, das heißt sie wird von einem deutschen und einem französischen Professor betreut.

Am wichtigsten sind jedoch die doppelten Studienabschlüsse, von denen es solche gibt, die es eigentlich gar nicht geben dürfte, die Hürden überwinden, die ansonsten mit Zähnen und Klauen verteidigt werden: So erwerben beispielsweise die Studierenden der Rechtswissenschaften in Frankreich einen Master und in Deutschland das 1. Staatsexamen, und beide Juraabschlüsse werden in beiden Ländern gegenseitig anerkannt.⁵ Daneben gibt es beispielsweise einen deutschen Fachhochschulabschluss und ein Zertifikat einer französischen Grande École. Durch die Umstellung auf Bachelor und Master, den Sorbonne-Bologna-Prozess, ist es zu großen Verwerfungen in den gemeinsamen Studiengängen gekommen. Dies hat verschiedene Gründe. Mit einem deutschen Blick betrachtet, wurden die Studiengänge in Frankreich nur wenig verändert, da es dort bereits vorher gestufte Studiengänge gab.⁶ Die Grandes Écoles haben ihre Studiengänge und die „classes préparatoires“ prinzipiell beibehalten.⁷

4 Es gibt auch trinationale Studiengänge, die sind aber selten.

5 Die besseren Chancen der Absolventen liegen aber in französischen Rechtsanwaltskanzleien, weil in Deutschland für die Rechtsanwaltspraxis das 2. Staatsexamen verlangt wird.

6 Die Licence (Bac + 3) wurde mehr oder weniger unverändert in den Bachelor überführt und heißt weiterhin Licence. An die Stelle der Maîtrise (Bac + 4) ist ein Master I (Bac + 4) getreten, der nicht in „professionnel“ oder „recherche“ differenziert ist und noch immer als der eigentliche Hochschulabschluss zu gelten scheint. Daran schließt sich ein einjähriger Master II (Bac + 5) an, der nach „professionnel“ oder „recherche“ unterschieden ist.

7 Vor der Umstellung auf BA und MA wurde üblicherweise das deutsche Vordiplom als äquivalent mit den „classes préparatoires“ anerkannt.

Die (Selbst-)Beurteilung der Umstellung in Deutschland sieht anders aus: Bis auf diejenigen Disziplinen, die den Untergang der akademischen (Aus-)Bildung prophezeien, sind die Studiengänge erheblich modifiziert worden. Allein die zeitliche Verkürzung im Bachelor auf drei Jahre und im Master auf zwei Jahre erschwert die Durchführung gemeinsamer Studiengänge an der DFH/UFA immens. Nach Sorbonne-Bologna ist die Konzeption deutsch-französischer Studiengänge wesentlich schwieriger geworden. Damit wurde genau das Gegenteil von dem erzielt, was offiziell erreicht werden sollte: Studienaufenthalte im Ausland, in diesem Fall in Frankreich und Deutschland, wurden nicht erleichtert, sondern erschwert. Hinzu kommt die unterschiedliche Akkreditierung; in Frankreich werden die Studiengänge vom Ministerium, in Deutschland von unabhängigen Akkreditierungseinrichtungen zertifiziert. Wie die „Mehrheit“ der integrierten Studiengänge akkreditiert werden kann, ist eine offene Frage.

Die Liste der Differenzen, die sich auftun, wenn man ein wenig hinter die Kulisse der von der DFH/UFA geschaffenen Gemeinsamkeit und Vereinbarungen schaut, ist immens, und gerade daraus lässt sich erahnen, wie viel Abstimmungs- und gegenseitige Anerkennungsarbeit von der DFH/UFA geleistet wird. Nur noch ein kleiner Punkt soll erwähnt werden. Es ist interessant zu beobachten, wie die jeweils von dem Partnerland wahrgenommene vertikale Differenzierung des wissenschaftlichen Feldes sich an der eigenen landesinternen Hierarchisierung der Hochschulen bricht. Dies gilt insbesondere für die Gemengelage zwischen Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland und Universitäten und Grandes Écoles in Frankreich. Deutlich wird dies in der engen Zusammenarbeit zwischen deutschen Fachhochschulen und französischen Grandes Écoles. Allerdings wird – mit Bourdieu gesprochen – nur das institutionelle wissenschaftliche Kapital und nicht das reine wissenschaftliche Kapital quer zu den länderspezifischen Hierarchien gebrochen. Für das reine wissenschaftliche Kapital gilt offenbar mehr oder weniger ein global einheitlicher Bewertungsmaßstab. So waren die Ergebnisse der ersten Runde der Exzellenzinitiative den französischen Kollegen bestens bekannt und wurden, wenn möglich, sogleich herangezogen, um zu unterstreichen, dass man sich mit der „richtigen deutschen Hochschule“ zusammengetan habe.

2. Institutionelles und Organisatorisches

Die Anregung zur Evaluation ging von der DFH/UFA selbst aus, die seit 10 Jahren bestand und wünschte, binational – gemäß ihres besonderen Charakters – evaluiert zu werden. Diese Bitte trug die Hochschule an ihre Träger heran: für Frankreich an das Ministère de l'Éducation Nationale de l'Enseignement Supérieur et de la Recherche und das Ministère des Affaires Étrangères, womit institutionell vorgezeichnet war, dass von französischer Seite die IGAENR mit der Evaluation beauftragt werden würde, für Deutschland an das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das Auswärtige Amt sowie das Saarland als

Sitzland der Hochschule, die den Wissenschaftsrat (WR) baten, für die deutsche Seite die Evaluation zu übernehmen.

Um auszuloten, ob eine gemeinsame binationale Evaluation durch die beiden vorgesehenen Organisatoren durchgeführt werden könnte, trafen sich Vertreter der Geschäftsstelle des WR, ein Mitglied des WR und ein Mitglied des Evaluationsausschusses mit dem Rektorat der DFH/UFA und zwei Vertretern der IGAENR in Saarbrücken zu Vorgesprächen. In diesen Vorgesprächen wurde über den Anlass der und die Erwartungen an die Evaluation gesprochen, erörtert, ob ein gemeinsames Verfahren der Evaluation möglich wäre, wie das „Sprachproblem“ gelöst werden könnte etc.⁸ Bereits in diesen vorklärenden Treffen brachten alle Beteiligten zum Ausdruck, dass man sich darum bemühen sollte, die Evaluation – soweit dies die unterschiedlichen Evaluationsverfahren zulassen – gemeinsam durchzuführen und wenn irgend möglich einen gemeinsamen Bericht zu erstellen. Dies wurde, um das Ergebnis vorwegzunehmen, größtenteils erreicht. Es kam aber auch zu bedeutsamen nationalen Abweichungen im Verfahren, die nicht ohne Rückwirkungen auf den gemeinsam verantworteten Teil des Berichts sind.

Am 23. November 2005 beauftragte der französische Bildungs- und Wissenschaftsminister offiziell die IGAENR, die DFH/UFA zu evaluieren. Der Wissenschaftsrat behandelte die Anfrage des Bundes und des Saarlandes unter Einbeziehung der Vorgespräche in seiner Januar-Sitzung 2006. Er kam zu dem Ergebnis, dass die DFH/UFA keine „richtige Universität“ sei, weshalb das etablierte Evaluationsverfahren des WR nicht zum Einsatz kommen könnte; zudem unterscheide sich das deutsche, sprich das Evaluationsverfahren des WR, grundlegend von dem französischen der IGAENR. So sei die IGAENR Teil des Ministeriums, während der WR eine wissenschaftspolitische Organisation sei, in der Bund, Länder, Wissenschaft und Personen des „öffentlichen Leben“ zusammenarbeiten und die einen eigenständigen wissenschaftspolitischen Akteur repräsentiert.

Hinzu kamen die Erfahrungen mit der deutsch-französischen Evaluation des Deutsch-Französischen Jugendwerks im Jahr 2004, durchgeführt von der Inspection Générale de la Jeunesse et des Sports et de la Vie Associative und VertreterInnen des Deutschen Jugendinstituts (DJI). Diese Evaluation war offenbar für beide Seiten unerfreulich verlaufen. Im Bewertungsbericht des DJI werden folgende Schwierigkeiten aufgezählt: sprachliche Verständigungsprobleme, geographische Entfernung, „unterschiedliche ‚Berufskulturen‘, die zu beträchtlichen Divergenzen im Arbeitsansatz und in der Arbeitsweise führten“, die daraus resultierten, dass die französischen Experten „Staatsbeamte“ waren, während die deutschen Mitglieder Mitarbeiter eines unabhängigen Forschungsinstituts aus dem Bereich der Sozialwissenschaften waren (Deutsch-Französische Arbeitsgruppe 2004). Als weitere Hemmnisse wurden Eigenarten des

8 Sprachprobleme traten nicht auf, weil ein Vertreter der IGAENR exzellent deutsch sprach. Vereinbart wurde, alle Dokumente auf Französisch und Deutsch zu erstellen (z.B. den Fragebogen).

deutschen und französischen Systems benannt und darauf hingewiesen, dass das Deutsch-Französische Jugendwerk zu den Insignien der deutsch-französischen Freundschaft gehört, weshalb im Vorhinein feststand, dass die Evaluation in vorausgelegten politischen Bahnen verlaufen würde.

Letzteres traf übrigens ebenso für die DFH/UFA zu, und es trifft auf jede Evaluation einer wissenschaftlichen Einrichtung zu. Es wäre eine naive Auffassung von Wissenschaftspolitik, würde man nur explizit ausformulierte politische Vorgaben als „politisch“ qualifizieren. Evaluieren heißt, wissenschaftspolitisch tätig zu sein, weil bei jeder Evaluation eine bestimmte Auffassung von wissenschaftlicher Qualität vertreten, entsprechende Kriterien und Maßstäbe anlegt und andere als unangemessen verworfen werden (vgl. Barlösius 2007). Das Spezielle bei der Evaluation des Deutsch-Französischen Jugendwerks wie bei der DFH/UFA ist, dass zu der wissenschaftspolitischen eine außenpolitische Bedeutung hinzukam und diese mindestens gleichgewichtig war. Was eine wissenschaftspolitische Beurteilung nicht hemmte, sondern nur die grundsätzliche Infragestellung der Einrichtungen verbot.

Alle oben aufgezählten Punkte im Hinterkopf, lehnte es der WR in seiner Januar-Sitzung 2006 ab, die Evaluation der DFH/UFA in sein offizielles Arbeitsprogramm aufzunehmen. Stattdessen wählte er den Weg, die schon beschriebene Arbeitsgruppe bei der Evaluation zu unterstützen und ihr einen „halboffiziellen Status“ zu verleihen. Die deutschen Mitglieder der Arbeitsgruppe erhielten die Aufforderung, sich so weit wie möglich am etablierten Evaluationsverfahren des WR zu orientieren – sowohl an den Kriterien, dem üblichen Ablauf, z.B. der Anhörung der Träger der DFH, als auch bei der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe (vgl. WR 2008). Dies erklärt die bereits vorgestellte Zusammensetzung: zur Hälfte aus der Wissenschaft, zur Hälfte Vertreter der Politik und diese pari Bund und Länder – also mindestens vier Personen. Die IGAENR war mit zwei Personen beteiligt. Die national ungleiche Personenanzahl hat während der Ortsbesuche oftmals Erstaunen hervorgerufen. Dem Hinweis, dass diese der Zusammensetzung des WR geschuldet sei und sich darin keineswegs ein „deutsches Übergewicht“ ausdrücke, wurde stets sogleich geglaubt und dem deutschen Föderalismus ein mildes Lächeln geschenkt.

So weit die Argumentation des WR und seine alternative Vorgehensweise, die sich hauptsächlich darauf bezog, dass die IGAENR und der WR sich grundsätzlich unterscheiden. Dies ist gewiss richtig, wobei diese Beurteilung auch auf dem Selbstbild des WR als wissenschaftspolitischer Akteur mit eigener Macht gründet. Die institutionellen und organisatorischen Unterschiede zwischen der IGAENR und dem WR können hier nicht in aller Breite und Tiefe dargestellt werden, zumal in der Zwischenzeit in Frankreich mit der „Agence d'évaluation de la recherche et de l'enseignement supérieur (AERES)“, eingerichtet 2007, eine dem WR vergleichbare Organisation geschaffen wurde und zu vermuten ist, dass die AERES zukünftig Aufträge übernehmen wird, die zuvor von der IGAENR erledigt wurden. Die Differenzen sollen nur insoweit dargelegt werden, dass deutlich wird, warum die binationale Arbeitsgruppe einen gemeinsamen

Kernbericht verfasst hat, die Anhänge aber stark voneinander abweichen und sich darin eine grundsätzlich andere institutionelle Einbettung widerspiegelt. Sie erklärt vermutlich auch manch heftige Reaktion der französischen ProfessorInnen während der Ortsbesuche.⁹

Die IGAENR gehört zu den Inspections Générales, von denen es in jedem französischen Ministerium eine oder mehrere gibt. Die Inspections Générales sind im Inneren des Staates angesiedelt und haben die Aufgabe, die Umsetzung der Politik durch die Verwaltung und andere ausführende Einrichtungen wie Universitäten oder Forschungsinstitute zu kontrollieren und zu evaluieren. Geschaffen wurden die Inspections Générales mit der Begründung, dass eine verwaltungsrechtliche Steuerung nicht ausreiche, um sicherzustellen, dass die öffentlichen Dienste die Gesetze wie gewünscht ausführen und diese auch der Gesellschaft zugute kommen.¹⁰ Die Inspections Générales sollen gegenstandsbezogene Evaluationen vornehmen und prüfen, ob die Einrichtungen vorschriftsmäßig arbeiten und ob die angestrebten Ziele erreicht werden, sowie darüber beraten, was zu verbessern ist. Schaut man den Fragenkatalog durch, den die IGAENR üblicherweise bei der Evaluation von wissenschaftlichen Einrichtungen einsetzt, dann steht bei diesem die Kontrolle der formalen Abläufe im Vordergrund.

Die IGAENR erfüllt ihre Aufgaben im Namen des Ministers, sie wird von ihm beauftragt. Die Evaluationen organisiert sie selbstständig und legt auch selbst ihre Arbeitsweise fest.¹¹ Den fertigen Bericht übergibt sie direkt dem Minister. In der Regel wird der Bericht publiziert. Die Mitglieder der IGAENR werden für fünf Jahre ernannt, sie stammen überwiegend aus den höheren Rängen der Wissenschafts- und Ministerialverwaltung und repräsentieren dementsprechend wissenschaftspolitische und staatliche Sichtweisen. Anders als der WR hat sich die IGAENR nicht um einen Konsens zwischen Wissenschaft und Politik zu bemühen. Vielmehr scheint es so, dass die evaluierten Einrichtungen den Bericht der IGAENR oftmals als Kontrollbericht wahrnehmen. Entsprechend existiert ein Verfahrensschritt, in dem die Wahrnehmung der Kontrolle institutionell „bearbeitet“ wird. Dies ist die sogenannte Kontradiktion. Sie besteht darin, dass die bewertete Einrichtung den über sie erstellten Bericht kommentiert, Kritik oder Empfehlungen annimmt oder zurückweist und ihre Sichtweise dargelegt. Aber auch andere Inspections Générales, in deren Zuständigkeitsbereich die kontrollierte Einrichtung fällt, wird Gelegenheit gegeben, den erstellten Bericht zu kommentieren und gegebenenfalls aus ihrer Sicht Richtigstellungen vorzunehmen. Die IGAENR kann die Einwände – die Kontradiktionen – in ihren Bericht aufnehmen, auf jeden Fall hat sie diese ihrem Bericht beizufügen.

Über den Wissenschaftsrat ist anlässlich seines 50. Geburtstages – im Jahr 2007 – eine ausführliche Studie erschienen, in der alles Wissenswerte nachge-

9 Es ist zu vermuten, dass der Wissenschaftsrat als Organisation den meisten unbekannt war.

10 Siehe <http://lesinspections.opuscitatum.com>, 18.10.2005.

11 Siehe <http://www.education.gouv.fr/syst/igaen/default.htm>, 20.01.08.

lesen werden kann.¹² An dieser Stelle soll nur ein Punkt hervorgehoben werden. In allen Arbeitsgruppen und Ausschüssen des Wissenschaftsrates sind sowohl Wissenschaft als auch Politik – Bund und Länder – vertreten, selbstverständlich auch während der Evaluationen. Somit erarbeiten Wissenschaft und Politik von Anfang an gemeinsam die Bewertungen und Empfehlungen. In der Praxis hat es sich eingebürgert, dass sich die Vertreter der Politik bei den Ortsbesuchen und den Diskussionen über wissenschaftliche Qualität „zurückhalten“, in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle sich nur dann zu Wort melden, wenn es um übergeordnete wissenschaftspolitische Fragen geht oder sich für sie klar erkennbar abzeichnet, dass die gefundenen Übereinkünfte in der Verwaltungskommission des Wissenschaftsrates scheitern werden.

Der Wissenschaftsrat besteht aus zwei Kommissionen, der Wissenschaftlichen Kommission und der Verwaltungskommission, die in der Vollversammlung zusammentreten und dort Beschlüsse – insbesondere zur Verabschiedung von Empfehlungen und Stellungnahmen – fassen.¹³ Ohne auf weitere Details einzugehen: Das Besondere des Wissenschaftsrates ist, dass es sich um eine Organisation handelt, bei der durch die Zusammensetzung und den Verfahrensablauf garantiert ist, dass ein Konsens zwischen Wissenschaft und Politik erreicht werden muss. Falls die Verwaltungs- und die wissenschaftliche Kommission zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, sind Hintergrundgespräche vonnöten, die so lange dauern, bis Formulierungen gefunden sind, die beide Seiten akzeptieren können und die sie dann nicht nur als ihre jeweils eigene, sondern als Stellungnahme des WR vertreten. Dies gilt auch für die Aufnahme von Aufgaben ins Arbeitsprogramm, weshalb diese die Selbstverpflichtung beinhaltet, zu einer gemeinsamen Sichtweise zu gelangen. Die indirekte Folge dieses Vorgehens ist, dass weder Wissenschaft noch Politik sich von den verabschiedeten Stellungnahmen distanzieren (können). Zugespielt formuliert, repräsentiert der WR wahrscheinlich die letzte noch relativ lautlos funktionierende Organisation der korporativistischen Auseinandersetzung der „alten Bundesrepublik“. Wie nicht anders zu erwarten, bedeutet dies nicht, dass die gemeinsam beschlossenen Stellungnahmen eins zu eins in die Praxis umgesetzt werden, aber Abweichungen oder bloßes Abtun unterliegen einer besonderen Begründungspflicht. Beschreibt man die Position des WR mit der Feldtheorie von Pierre Bourdieu, dann repräsentiert er eine Organisation, die sowohl dem Feld der Wissenschaft als auch dem Feld der Politik zugehört. Er selbst positioniert sich gerne als oberhalb beider Felder stehend.

12 Vgl. Bartz 2007.

13 „Die Wissenschaftliche Kommission hat 32 Mitglieder ... Die Verwaltungskommission besteht aus 22 Mitgliedern, wobei die Vertreter der sechzehn Länder jeweils eine Stimme und die sechs Vertreter des Bundes sechzehn Stimmen führen. Die Vollversammlung hat somit 54 Mitglieder, die zusammen 64 Stimmen führen. Die Beschlüsse des Wissenschaftsrates werden in der Vollversammlung gefasst und müssen von einer Zweidrittelmehrheit getragen werden“ (http://www.wissenschaftsrat.de/Aufgaben/aufg_org.htm, 28.01.2008).

3. Praktische Erfahrungen

In den Vorgesprächen hatte sich die binationale Gruppe darüber verständigt, soweit wie möglich die Evaluation gemeinsam durchzuführen. Wie dies in der Praxis aussehen sollte, das legten wir nicht a priori fest. Stattdessen haben wir den Weg zu einem gemeinsamen Bericht so gestaltet, dass wir uns stets Schritt für Schritt darüber verständigt haben, wie der weitere Evaluationsverlauf aussehen sollte. Dies hatte den Vorzug, dass bei jedem Schritt die Möglichkeiten neu ausgeleuchtet wurden, wodurch die Vorgehensweise als Gestaltungsprozess aufgefasst und gegenseitig erläutert und begründet werden musste. Dieses hatte zur Folge, dass keine Partei für den jeweils anstehenden Schritt das gesamte Ziel aufgeben wollte – man kann auch sagen, dass auf diese Weise Vertrauen geschaffen wurde. Insgesamt konnten die deutschen Vertreter viele ihrer Vorstellungen bezüglich des Evaluationsverfahrens durchsetzen, so beispielsweise die Gliederung des Fragebogens, den Aufbau des Berichts und die Gestaltung der Ortsbesuche. Aber auch die Kollegen der IGAENR haben an dem bei ihnen gebräuchlichen Evaluationsprozedere festgehalten. Dies wurde aber erst im Anschluss an die gemeinsame Arbeit deutlich.

Die Ortsbesuche in Deutschland, in den Regionen Saarland und Berlin/Brandenburg, verliefen ohne erwähnenswerte Überraschungen, so wie üblicherweise WR-Besuche vonstatten gehen. Daher möchte ich meine Beobachtungen auf die Besuche in Frankreich konzentrieren. Dass die deutsche Seite mit vier Personen anreiste, komplettiert noch durch zwei Personen aus der Geschäftsstelle des WR, überraschte die französischen ProfessorInnen. Auffällig für uns – die Repräsentanten des WR – war, wie distanziert die französischen ProfessorInnen auf die Vertreter der IGAENR reagierten. Manchmal wurde offene Abneigung spürbar und laute Klagen über die mangelnde Ausstattung geführt, die ihnen der französische Staat zugesteht. Besonders ausgeprägt war dies gewiss bei den VertreterInnen der Universitäten. Umgekehrt überraschte mich die Distanz der IGAENR-Vertreter gegenüber den Grandes Écoles. In den Nachbesprechungen gab es kaum Differenzen in der Beurteilung innerhalb der gemeinsamen Arbeitsgruppe. Manchmal kamen Missverständnisse auf, die daraus resultierten, dass Begriffe unterschiedlich aufgefasst wurde. Ein Beispiel: Forschungsförderung – während die französischen Vertreter darunter vor allem die Förderung von Doktoranden und Postdocs verstanden, begriffen die deutschen KollegInnen darunter Forschungsgelder für Projekte.

Wo gab es Unterschiede im Verfahren, in der Bewertung? Zunächst, während es offensichtlich in Frankreich – obwohl ich mir dabei nicht sicher bin – üblich ist, mit jenen Personen zu sprechen, die formal eine wichtige Position einnehmen, und diese Gespräche offenbar in den Bahnen „ministerieller Routine“ geführt werden, besitzen die Einladungen des WR zu einem Informationsgespräch keinen „ministeriellen Charakter“: Es sind Gespräche eigener Art. Beim Schreiben des Berichts ergaben sich einige sprachliche Disharmonien. Dies überrascht nicht, da der Bericht von der Geschäftsstelle des WR entworfen

wurde und in der WR-Schriftsprache abgefasst war. Der WR hat eine ganz eigene Ausdrucksweise entwickelt, die weitgehend auf harsche Kritik, aber auch auf jubelnde Formulierungen verzichtet, mit Adjektiven sparsam umgeht und sich durch einen temperierten Stil auszeichnet. Den Kollegen von der IGAENR erschien sie an einigen Stellen als zu mild. Dies ist mehr als eine Frage des Stils, darin verbirgt sich ein grundsätzlicher Unterschied.

Die gemeinsame Durchführung der Evaluation endete mit der Verabschiedung des Berichts innerhalb der binationalen Arbeitsgruppe. Dieser Bericht wurde der Vollversammlung des Wissenschaftsrats vorgelegt, von ihr zur Kenntnis genommen und unter der Autorenschaft der Mitglieder der binationalen Arbeitsgruppe gedruckt. Die französische Seite hat nachträglich noch eine groß angelegte Umfrage bei allen Professoren der binationalen Studiengänge durchgeführt und zusätzliche Gesprächspartner interviewt. Vor allem aber hat sie das Verfahren der Kontradiktion durchgeführt, wodurch der gemeinsame Bericht auf französischer Seite eine andere Bedeutung erhielt.

4. Konsensbericht oder Kontradiktionsdokumentation

Für die Berichte des WR ist charakteristisch, dass sie zwischen Wissenschaft und Politik abgestimmt sind und deshalb Konsensprodukte repräsentieren. Sie tragen in sich die Behauptung einer gültigen Darstellung, weil sowohl wissenschaftliche Peers als auch Repräsentanten der Politik daran mitwirken. Während des Aushandlungsprozesses des Berichts, insbesondere der Empfehlungen, wird in den Gremien um jedes Wort gerungen, manchmal so lange, bis die umstrittene Formulierung so weich gespült ist, dass jede Seite sie akzeptieren kann. Dies erklärt zudem die wissenschaftspolitisch diplomatische Sprache der Berichte. Der so hin und her gewogene und schließlich der Öffentlichkeit vorlegte Bericht wird präsentiert, als stünde er über dem wissenschaftlichen und über dem politischen Feld, als sei er ein Produkt mit besonderer Geltung.

Anders beim französischen Verfahren: Bei den Berichten handelt es sich um vom Ministerium angefertigte Beurteilungen, wenn auch von einer Einrichtung innerhalb des Ministeriums, die unabhängig agieren soll. Die Einrichtungen nehmen die Evaluation zumeist als administrative Kontrolle wahr – nicht als eine wissenschaftliche Bewertung durch Peers, wie dies für die Ortsbesuche des WR üblicherweise zutrifft. Somit ist in das Verfahren selbst eingelassen, dass es konfligierende Sichtweisen gibt. Die IGAENR schickt ihre Berichte der evaluierten Institution mit der Aufforderung zu, diese zu kommentieren und zu den Empfehlungen Stellung zu nehmen. Diese Stufe des Verfahrens heißt – wie schon mehrfach erwähnt – Kontradiktion. Die Einsprüche können von der IGAENR in ihre Berichte eingearbeitet werden, womit sie diese verändert, was für Berichte des WR ausgeschlossen ist. Immer sind die Kommentare und Widersprüche zusammen mit den Berichten an den Minister zu übersenden.

Dies geschah auch mit dem von der binationalen Gruppe verabschiedeten Bericht. Dokumentiert ist die Kontradiktion in einer Veröffentlichung der DFH/UFA, die aus einem deutschen und einem französischen Teil besteht. Der deutsche Teil besteht einzig aus dem gemeinsam verabschiedeten Bericht, der französische Teil umfasst mehr. Zunächst fällt auf, dass die im Anhang des Berichts beigefügte Liste mit den Personen, die getroffen, befragt bzw. angehört wurden, in der französischen Fassung ausgetauscht wurde, obwohl sie gemeinsam verabschiedet worden war. Die deutsche Liste umfasst alle Personen, die befragt oder angehört wurden: Professoren, Studierende, Angehörige der Ministerien etc. Im französischen Teil ist sie überschrieben mit „Liste des personnes rencontrées“ und enthält Personen mit offiziellem, zumeist ministeriellem Status und Botschaftsangehörige.

Bedeutsamer sind aber die Schreiben der Kontradiktion (la procédure contradictoire), die am Schluss der französischen Übersetzung des Berichts in Kopie dokumentiert sind. Dieser Schlussteil enthält neben dem „Lettre de Mission“ an die IGAENR und dem „Widerspruch“ der DFH/UFA auf den Bericht eine „Réponse de la Direction des relations européennes, internationales et de la coopération“ (DREIC) sowie eine „Réponse de la Direction générale de la coopération internationale et du développement“ (DGCID).¹⁴ Die DREIC merkte in ihrem Schreiben zwei Punkte kritisch an: knappe Finanzen und die empfohlene zukünftige inhaltliche Ausrichtung. Bei diesen beiden Punkten handelt es sich just um jene, über die Einvernehmen hergestellt worden war. Die DGCID verzichtete auf kritische Anmerkungen und stimmte allen Empfehlungen zu. Dies zeigt, dass der Bericht nicht mit dem eigenen Ministerium oder den anderen zuständigen Ministerien abgestimmt war, was belegt, dass die IGAENR „unabhängig“ von hausinternem Einfluss ihre Gutachten verfasst.

Die Leitung der DFH/UFA antwortete in einem langen Schreiben. „Wir danken Ihnen auch für die Möglichkeit, in der französischen Tradition des kontradiktorischen Verfahrens auf Ihre Beobachtungen reagieren zu können“ (Schreiben vom 22. Juni 2007). Schaut man die Anmerkungen mit der Brille des WR-Verfahrens durch, dann fällt auf, dass jene Punkte, die in den Bericht hineingeschrieben wurden, um die Träger der DFH – also auf deutscher Seite Bund und Länder – in die Pflicht zu nehmen (z.B. die Grundfinanzierung zu erhöhen), zumeist von der DFH/UFA als Forderungen an sie aufgefasst wurden und von dieser mit dem Argument zurückgewiesen wurden, dass ihnen dazu die personellen und finanziellen Mittel fehlen würden. Weiterhin ist auffällig, dass Empfehlungen, die die DFH/UFA in ihrem Handeln ausdrücklich unterstützen und die in Richtung der Ministerien zielen, selten als „Beistand“ aufgefasst werden. Vielmehr wird nochmals gerechtfertigt, weshalb man diesen und keinen anderen Weg geht. Dies bedeutet, dass auf Empfehlungen und Hinweise, die zur Unterstützung der DFH/UFA formuliert wurden, von dort so reagiert wurde, als würde es sich um Kritik handeln, gegen die sie sich wehren müsste. Auf diese

14 Die erste Direction gehört zum Wissenschaftsministerium, die zweite zum Außenministerium.

Weise werden die erzielten Konsense zwischen Wissenschaft und Politik nicht als solche gesehen und darauf aufbauend Stellung genommen. Vielmehr bedeuten die Rechtfertigungen der DFH/UFA, dass die erreichten Übereinstimmungen und Verpflichtungen tendenziell zur Disposition gestellt und damit quasi zurückgenommen werden.

Selbstverständlich ist die Kontradiktion im französischen Kontext vollkommen anders zu verstehen. Dort gibt sie der Einrichtung die Möglichkeit, auf den Bericht zu reagieren, ihre eigene Sicht zu präsentieren. Die institutionelle bzw. organisatorische Ansiedlung des Evaluationsverfahrens ruft somit sehr unterschiedliche Argumentationen und Gegenargumentationen auf Seiten der Evaluierten und der Evaluatoren hervor. Die DFH/UFA sah sich bei dem kontradiktorischen Verfahren in eine Verteidigungs- und Rechtfertigungsposition gedrängt. Damit kam kaum in den Blick, dass sich nach dem WR- Verfahren Bund und Länder indirekt über ihre Beteiligung an der Evaluation binden, konkret die Empfehlungen prinzipiell mittragen. Aus französischer Sicht sieht dies ganz anders aus. Dort finden solche gegenseitigen Bindungen, das Aushandeln eines Konsenses zwischen den verschiedenen Parteien, offenbar kaum statt. Es wäre interessant zu untersuchen, ob und wie sich die unterschiedlichen Vorgehensweisen auf die Bereitschaft der praktischen Umsetzung der Empfehlungen in den beiden Ländern auswirken.

5. Gelingen aus Unkenntnis

Die erste Fassung dieses Beitrags hatte ich mit der Überschrift versehen: „Binationales Evaluieren – klappt“. Mit größerem zeitlichem Abstand und insbesondere unter stärkerer Einbeziehung der von der französischen Seite im Nachhinein noch durchgeführten Verfahrensschritte und der anderen Gewichtung, die damit der gemeinsame Bericht erhalten hat, scheint ein Fragezeichen angebracht. Dieses soll keineswegs Misslingen anzeigen, denn schließlich ist es entgegen aller Voraussagen gelungen, einen gemeinsamen Bericht zu erstellen. Warum dies trotz der vielen Differenzen möglich war, ist schwer zu eruieren. Vielleicht, weil sich die binationale Arbeitsgruppe aus übergeordneten politischen Gründen dazu gedrängt fühlte, weil die französischen Kollegen der deutschen Seite bei den gemeinsam vollzogenen Schritten sehr weit entgegengekommen sind, weil die DFH/UFA eine so wunderbare Einrichtung ist oder weil wir nicht von Anfang an über die Divergenzen Bescheid wussten. Der letzte Punkt ist gewiss nicht zu unterschätzen. Insbesondere die relative Unkenntnis der aktuellen wissenschaftspolitischen Debatten im jeweils anderen Land und der daraus erwachsenden wissenschaftsinternen Dispute war sicherlich hilfreich. So brauchten die Mitglieder nicht im Blick zu haben, dass sich, wenn die gleiche Empfehlung auf ganz unterschiedliche nationale Bedingungen trifft, diametrale Wirkungen entfalten können. Dies nicht im Blick zu haben, resultierte nicht aus Missachtung, sondern schlicht aus Unwissen. Wenn wir beispielsweise eine Empfehlung zur

Akkreditierung der Studiengänge zu formulieren hatten, dann hat jede Seite nur darauf geachtet, ob und wie sich die Empfehlung in die bereits vorhandenen Akkreditierungsverfahren einfügt. Als besonders hilfreich erwies sich die weitgehende Unvertrautheit mit den aktuellen Auseinandersetzungen – jedenfalls für die deutsche Seite – bezüglich der damals wogenden wissenschaftspolitischen Debatten in Frankreich.

Diese Ereignisse und Auseinandersetzungen haben jedoch unstreitig unsere Evaluationstätigkeit beeinflusst, ohne dass wir dies in der Arbeitsgruppe eigens thematisiert haben. Auf deutscher Seite standen die Exzellenzinitiative und die Föderalismusdebatte auf der wissenschaftspolitischen Agenda, wenig aufregende Themen im Vergleich zu dem, was sich auf französischer Seite ereignete. Dort tobte der Disput um all jenes, was in der „Loi de programme pour la recherche“ zusammengefasst wurde.¹⁵ Der Umfang, der Protest dagegen und auch die Bedeutsamkeit der damit verbundenen Debatten waren den deutschen Mitgliedern der Arbeitsgruppe beinahe gänzlich unbekannt. Aber trotzdem werden sie auf unsere Arbeit eingewirkt haben. Wie und in welchem Ausmaß, das ist mir erst im Nachhinein klar geworden. So könnte es sein, dass einige französische WissenschaftlerInnen den „Miniaturnwissenschaftsrat“, den die deutsche Seite der binationalen Arbeitsgruppe repräsentierte, als Modell dafür betrachtet haben, wie die „Agence d'Évaluation de la Recherche“¹⁶ und der „Haut Conseil de la Recherche et de la Technologie“ zukünftig arbeiten könnten oder sollten. Aber das sind reine Spekulationen – und zudem erst im Nachhinein formulierte. Sicher scheint mir, dass die Evaluation – hätten wir uns stets vor den aktuellen französischen und deutschen wissenschaftspolitischen Kontexten verantwortet – weitaus komplizierter geworden wäre. Unsere Unbedarftheit hat es uns erleichtert, uns ganz auf die gestellte Aufgabe zu konzentrieren und die Rückwirkung der Ergebnisse jeweils nur auf das eigene – das vertraute wissenschaftliche – Feld zu beziehen.

Literatur

- Barlösius, Eva (2007): Evaluieren – eine wissenschaftspolitische Tätigkeit? Eine essayistische Annäherung, in: Georg Rudinger, Britta Krahn, Christian Rietz (Hg.): Evaluation und Qualitätssicherung von Forschung und Lehre im Bologna-Prozess, Bonn: University Press 2007, S. 15-30.
- Bartz, Olaf (2007): Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957-2007, Stuttgart: Steiner.
- Bericht der binationalen Arbeitsgruppe (2007): Evaluation der Deutsch-Französischen Hochschule, Mai 2007 (Drs. 7821-07).

15 Einen guten Überblick gibt die Studie von Effi Böhlke (2007) über „Ein Pakt für oder gegen die Forschung?“.

16 Gegründet durch das „Loi de programme pour la recherche 2006-450“ vom 18. April 2006, eingerichtet wurde die AERES am 21. März 2007 (s. <http://www.aeres-evaluation.fr/>).

- Böhlke, Effi (2007): Ein Pakt für oder gegen die Forschung? Zur aktuellen Veränderung der französischen Wissenschaftslandschaft. WZB-Discussion-Paper P 2007-102, Berlin.
- Deutsch-Französische Arbeitsgruppe (2004): Evaluation des Deutsch-Französischen Jugendwerks. Bericht zur Vorlage bei dem Ministère de la Jeunesse, des Sports et de la Vie Associative und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Juni 2004, o.O.
- DFH/UFA (o.J.): Evaluation der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH). Bericht der binationalen Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates und der Inspection Générale de l'Administration et de l'Éducation Nationale et de la Recherche (IGAENR), o.O.
- WR (2008): Aufgaben, Kriterien und Verfahren des Evaluationsausschusses des Wissenschaftsrates (Drs. 8328-08).

Réforme ou Révolution ? Les transformations actuelles du paysage scientifique français

Reform oder Revolution ? Die aktuellen Transformationen der französischen Wissenschaftslandschaft

Le paysage scientifique français s'organise¹ depuis 50 ans autour de nombreux acteurs publics (organismes de recherche, universités, grandes écoles, agences) et privés (entreprises avec de la recherche et du développement, entreprises spécialisées en recherche : ex, les start-up) mais très peu de dispositifs intermédiaires (pas de grandes fondations capables de financer la recherche comme il en existe aux USA, en Angleterre et ailleurs). La notion d'excellence est très classique en France, au moins dans le domaine scolaire et universitaire, organisée avant même la mise en place de la République de nombreux parcours de formation (grandes écoles, tableaux d'honneur, nombreux concours scolaires ou de recrutements ...). A tel point que l'un de nos hommes politiques les plus attachés à la République et à ses traditions et valeurs, avait fait de l'élitisme, habilement présenté comme un « élitisme républicain », le fil conducteur de toute politique scolaire ou universitaire. L'une des particularités françaises est qu'en général, ces parcours sont organisés dans des filières très particulières, éloignées des universités et de la recherche.

Les grands changements depuis 20 ans sont:

1. Les grandes évolutions mondiales des entreprises et de la demande sociale

En France, la privatisation des entreprises nationalisées (ex : Renault, Rhône Poulenc, les banques, certaines assurances, Dassault, France Télécom) dont certaines (surtout dans l'industrie, rarement dans la finance) avaient de fortes activités de recherche couplées avec la recherche publique ou militaire, a tout changé. Ces entreprises, maintenant privées sont, pour celles qui ont subsisté, pleinement intégrées à la mondialisation. Ce qui les amène à concevoir leur RD

1 Il existe d'un important secteur industriel et de recherche spécialisé dans les activités militaires, ou « duales » (militaires/civiles) qui évolue fortement mais je ne vais pas plus développer ce point.

à cette échelle. Dans le même temps, des start-up² avec une forte activité de recherche se sont créées, parfois issues de ces entreprises, parfois indépendantes, souvent en intégrant des chercheurs du public et des doctorants ou docteurs. La collaboration entre recherche privée et publique s'en trouve bouleversée³. Le mode étatique et centralisé de pilotage de la recherche privée est mort. Ces évolutions méritent selon moi d'être qualifiées de (petite) révolution : elles changent des choses en profondeur, notamment dans les relations privé/public. C'est sur ce dernier sujet que les politiques publiques ont le plus pris en compte en Europe (stratégie de Lisbonne, PCRD) et en France (création des pôles de compétitivité pour associer public et privé, suppression du Fonds de recherche technologique intégré à l'ANR, création puis suppression d'une Agence d'innovation industrielle). Il y a ici, malgré quelques péripéties secondaires, une continuité des actions publiques. Mais aussi un échec : on est très loin, en France comme dans la moyenne européenne, de l'objectif de consacrer 3% du PIB à la recherche.

On ne doit pas sous-estimer les grands changements de la demande sociale vis à vis de la recherche : on le voit dans les préoccupations environnementales, dans les débats sur le « principe » de précaution, dans la distinction entre experts et scientifiques. Ce qui entraîne aussi des modifications sur la notion d'excellence: l'excellence académique est souvent opposée à l'excellence environnementale, voire à l'excellence citoyenne. Ce qui est à relier aux débats sur qui doit piloter les grandes orientations de la science. Aux chercheurs, surtout fondamentaux, qui insistent sur la grande liberté qui doit leur être laissée, peuvent s'opposer certains politiques qui considèrent avoir un rôle (démocratie oblige, et ce point de vue ne peut être écarté d'un revers de main) à jouer sur la fixation de grandes priorités (plan cancer, Alzheimer, énergie, développement durable) ou certains associations ou collectifs qui contestent des recherches pour leurs dangers supposés ou potentiels (nanotechnologies, nucléaire, techniques OGM, clonage, les recherches s'éloignant du consensus du GIEC sur le réchauffement climatique ...) et qui en souhaitent d'autres (impact sanitaire de certaines technologie par exemple). La notion de pilotage devient confuse: on ne sait plus si on parle des décisions relatives à ces grandes priorités, ce qui peut ensuite laisser une grande liberté scientifique aux chercheurs intéressés, ou d'un pilotage plus fin portant sur les chemins à suivre pour l'avancement de la science, ce que les politiques ou les associations sont mal

2 En France, aucune de ces start-up ne s'est transformée en très grande entreprise : notre organisation financière et industrielle et les cloisonnements de nos systèmes de formation, sont ici des freins.

3 Pendant les 30 glorieuses, les chercheurs des entreprises privées et ceux des laboratoires publics collaboraient, plus souvent qu'on ne le croit parfois, dans une forme de complicité liée à ce qu'ils venaient souvent des mêmes lieux de formation et qu'ils partageaient des valeurs construites autour de la reconstruction de la France puis de son développement économique. Ce qui a d'ailleurs été un frein à la protection intellectuelle des découvertes des laboratoires publics.

placées pour décider. La notion de pilote est encore plus confuse. De nombreux chercheurs ont la nostalgie d'un passé (bien sûr en bonne partie mythique) où la recherche qui nécessite le plus de décisions collectives semblait être pilotée par de fortes personnalités scientifiques emblématiques capables de faire la synthèse entre les préoccupations des scientifiques et celles des politiques. Les plus attachés au travail collectif dans la science souhaitent un pilotage par des chercheurs élus parmi leurs pairs. Et certains font des tentatives désespérées pour concilier le choix de personnalités d'excellence (désignées sans élections) et pour éviter que ce choix soit fait sur critères politiques ou non scientifiques. Ce qui revient à espérer un gouvernement par les savants, utopie qui nous renvoie à deux siècles en arrière.

2. Des modifications significatives dans l'organisation de la recherche publique

L'un des éléments clefs depuis 20 ans est la montée en puissance des universités (elles recrutent la grande majorité des jeunes chercheurs, du public, elles ont une autonomie scientifique de plus en plus affirmée et jouent un rôle de plus en plus important dans les stratégies de recherche, elles sont dirigées depuis 1968 par des responsables élus à l'opposé des organismes de recherche et des agences où tous les membres des directions⁴ sont nommés). C'est une révolution douce, qui contribue à plus accepter les différenciations déjà anciennes entre universités, et qui peut conduire à les creuser. Les organismes les plus éloignés des universités en ont bénéficié via de nouveaux partenariats (exemples : INRA en recherche agricole, CEA en recherche nucléaire). Ceci est soutenu par le lent mouvement de fond, depuis 25 ans, de décentralisation⁵ des politiques publiques (vers les régions, les départements, les villes). L'organisme de recherche le plus affecté par ces évolutions est le CNRS parce qu'il est très mélangé avec les universités (près de 90 % de ses unités de recherche sont mixtes avec des universités) et parce que les deux dernières tentatives de le réformer ont échoué (une était conduite, sans ménagement, par Claude Allègre vers 1998 ; l'autre menée en interne par le directeur du CNRS en 2002). Une nouvelle donne vient de la création récente de l'ANR⁶ (Agence Nationale de la

4 Et dont les dirigeants principaux (présidents ou directeurs) sont nommés par l'Etat sans procédure transparente de candidature préalable.

5 Un thème clef, pour la recherche et l'innovation, est celui de l'attractivité. Ce thème est d'abord lié à l'organisation territoriale : la compétition pour l'attractivité se mène mondialement, et directement, entre métropoles, parfois entre régions. Si les conditions nationales jouent, leur rôle est plus indirect. Quoi qu'il en soit, l'échelle métropolitaine ou régionale devient primordiale pour l'attractivité en recherche.

6 On retrouve ici, à nouveau, la tendance française à la planification centralisée : l'Etat a créé une seule agence, qui se trouve dans une position monopolistique, au lieu de penser à plusieurs agences qui pourraient fonctionner en parallèle. Ce qui

Recherche) qui, avec des moyens qui deviennent importants, est chargé de financer la recherche (principalement publique, mais aussi privée) sur la base d'appels d'offres mettant en compétition les projets. Le CNRS, pris en tenaille entre les universités et l'ANR, peine à avoir une stratégie autre que défensive. Ce qui le déstabilise encore plus. On est ici dans une réforme de portée affichée limitée dont les conséquences sont incertaines. Elle peut déboucher sur une rupture brutale si le CNRS n'arrive pas à intégrer la nouvelle place des universités et si l'Etat ne joue pas cartes sur tables en indiquant ses propres orientations de fond organisationnelles (dans de nombreux domaines avoir à la fois les universités, l'ANR et le CNRS, c'est trop et c'est incohérent) et financières.

3. Une montée en puissance de l'autonomie

La volonté d'autonomie des individus est un phénomène essentiel du 20^{ème} siècle, dont l'impact sur les institutions sociales est considérable. Mais la volonté d'autonomie des institutions n'est pas à négliger et il est intéressant de mettre en relation les évolutions des institutions politiques (régions, départements et communes en France) et universitaires. Il convient de rappeler que ce n'est qu'en 1968 que les universités françaises sont devenues en France des institutions avec personnalité juridique, et reconnaissance d'un début d'autonomie collective. L'histoire allemande est bien sûr très différente.

3.1 Autonomie et territoires

La France et l'Allemagne ont une organisation politique et administratives très différentes. La centralisation et le jacobinisme pour l'une et la décentralisation et le fédéralisme pour l'autre, le tout basé sur plusieurs centaines d'années d'histoire sociale et politique. Les forts changements en cours depuis 20 ans dans les deux pays aboutissent incontestablement à des rapprochements, par deux mouvements contraires. Du côté allemand, les réformes récentes ont abouti à un déplacement des rôles entre les Länder et l'Etat fédéral, en augmentant l'intervention de ce dernier. La décentralisation politique et administrative à l'œuvre en France depuis 1984 a été particulièrement forte dans le secteur éducatif, enseignement supérieur à part. Mais, au-delà des nouvelles compétences reconnues alors aux régions et départements pour les lycées et collèges, toutes les collectivités locales, donc aussi les communes et leurs communautés, ont peu à peu, et souvent sur l'impulsion de l'Etat, volontairement décidé d'investir dans la recherche et l'enseignement supérieur depuis le début des années 90. Pour les universités, c'est une forme de retour aux sources puisque les grands investissements consentis à la fin du 19^{ème} siècle dans avaient déjà reposé sur de fortes participations des communes. Mais la phase suivante de

ne facilitera pas le soutien à l'hétérodoxie. D'autant que les grands organismes de recherche ont veillé à être très présents dans les instances de décision de l'ANR.

grands investissements universitaires (en gros de 1960 à 1975) avait surtout reposé sur l'Etat. Ce co-investissement entre l'Etat, les régions, les départements et les villes a dans de nombreux endroits permis une remise à niveau des équipements universitaires (enseignement, recherche, vie étudiante). Mais il a aussi conduit les universités à devenir des partenaires de plus importants des collectivités territoriales et des élus qui les dirigent. Ce qui a renforcé les équipes dirigeantes des universités, et qui les a toutes convaincues de la nécessité que les universités soient plus autonomes, avec plus de capacité d'agir rapidement, sans attendre des autorisations a priori données par l'Etat. Ce thème de l'autonomie, déjà très présent dans les revendications portées par les universitaires et étudiants en 1968 dans les composantes de l'autonomie pédagogique et scientifique s'est ainsi enrichi d'une composante territoriale : les universités utilisant leur autonomie dans leur environnement géographique, économique, culturel et social⁷. Il s'est aussi enrichi d'une composante gestionnaire et managériale (deux mots qui continuent, en France au moins, à irriter certains universitaires) : les universités ne peuvent délaissier les fonctions essentielles pour toute institution basée sur le potentiel humain. Je pense en particulier à la maîtrise – au moins partielle – du recrutement, de la formation, des promotions des personnels, universitaires compris.

3.2 Autonomie et recherche

Les universités qui avaient su vite saisir, par lucidité de leur équipes fondatrices, la portée de cette autonomie concédée par la loi de 1968 et qui avaient pu, par leur puissance et leur qualité en recherche, explorer les premiers espaces de liberté ainsi accordés se sont en général tournées vers les organismes de recherche et leurs systèmes d'évaluation pour savoir mesurer l'excellence de leurs projets de recherche, évitant ainsi les pièges et les risques d'une évaluation purement interne. Les universités de taille plus moyenne, et de tradition de recherche plus récente, ont aussi emprunté cette voie, d'autant que le CNRS s'est engagé vers le milieu des années 80 dans un fort développement des unités de recherche l'associant aux universités et écoles, et pas seulement aux

7 Ces thèmes sont en fait bien plus anciens, mais occultés entre 1918 et 1958. Un colloque international de l'enseignement supérieur tenu à Lyon en octobre 1894 avait étudié trois questions : *Du mode de recrutement des professeurs à Paris et en province, comparé à ce qui existe à l'étranger ; de l'équivalence des études et des grades dans les universités françaises et étrangères ; des moyens de soustraire les universités françaises à l'uniformité des programmes en favorisant le développement de chacune selon ses aptitudes, ses tendances et le caractère de la région.* Inutile de dire que la première question a conduit à des oppositions tranchées : les juristes tenant au concours national de recrutement (agrégation du supérieur) qui enlève toute autonomie aux facultés, les scientifiques étant farouchement d'un avis inverse, les littéraires plutôt de l'avis des scientifiques. Plus de 100 ans après, on retrouve essentiellement les mêmes oppositions : belle permanence des convictions disciplinaires.

universités les plus anciennes et prestigieuses. Le CNRS⁸ a ainsi joué un rôle important et utile d'expertise extérieure. La mise en place toute récente de l'AERES (Agence d'Évaluation de la Recherche et de l'Enseignement Supérieur), chargée de cette évaluation extérieure, vient de priver le CNRS de cette position.

La volonté des universités les plus puissantes d'être institutionnellement reconnues dans le monde entier, les conduit à exiger les mêmes capacités stratégiques que leurs homologues des grands pays développés, notamment d'avoir des capacités stratégiques fortes dans le domaine de la recherche. Le mode de « pilotage national » du CNRS, expression devenue de plus en plus ambiguë, se fait encore trop souvent sur des modes difficilement compatibles avec cette exigence. D'où des tensions qui s'accumulent depuis plus de 10 ans, lignes de failles autour desquelles s'organisent, voire s'instrumentalisent, biens des mouvements de chercheurs ou d'universitaires. Mais ces tensions accumulées n'ont pas encore débouché sur des réformes visibles et assumées. Et comme chacun sait en géosciences, si aucun mouvement de réforme, même minime mais bien ciblé, ne vient soulager ces tensions, peuvent conduire à des tremblements de terre, plus qu'à des révolutions, causant de nombreux dégâts. Une mission récemment confiée à un ancien ministre doit traiter une partie de ces questions et faire des propositions à propos des unités mixtes. Il est trop tôt pour dire si ces propositions traiteront vraiment du sujet. La question de la gestion de ces unités est seulement un symptôme: la réalité des différents porte bien sur les rôles stratégiques des universités, des organismes de recherche, des nouvelles agences et des ministères.

4. Le pilotage par l'autonomie

La mise en place en France, dans la fin des années 80, des contrats signés entre chaque université et le ministère en charge de l'enseignement supérieur et de la recherche (vite rejoint, pour la partie recherche, par les organismes comme le CNRS, l'INSERM, qui sont aussi co-signataires de ces contrats) a été une expérience d'un pilotage paradoxal : le pilotage par l'autonomie. Les universités (et la plupart des grandes écoles) sont à l'origine des propositions de ces contrats et le ministère décide ensuite ce qu'il souhaite en retenir. L'un des objectifs de cette politique était de développer les capacités stratégiques des universités et c'est, de ce point de vue au moins, globalement un succès. Pour

8 Il s'agit plutôt des comités qu'il héberge, et dont il organise la désignation, chargés d'évaluer la qualité des laboratoires et des chercheurs, mais pas du travail de recherche des enseignants-chercheurs. A noter que certains des membres de ces comités sont nommés par la direction du CNRS et que ceci se fait très souvent après intervention directe du ministère en charge de la recherche, voire du ministre ou de son cabinet. Cet exemple, parmi d'autres, montre que le CNRS est habitué depuis longtemps à l'intervention du politique.

le moment, la France n'a pas mis en place un nouveau dispositif qui pourrait s'assimiler à un pilotage ambitieux par l'excellence. La toute récente initiative (février 2008) du « plan campus » doté d'un capital de 5 Milliard d'Euros fait de l'excellence l'un de ses objectifs. Mais cet objectif est intégré dans une si longue liste, correspondant à des objectifs disparates et parfois contradictoires, qu'il est bien difficile de juger a priori de son importance relative. On y verra plus clair d'ici quelques mois au moment des décisions. La procédure de cet appel d'offre est très éloignée de celle qui a été décidée pour l'initiative d'excellence allemande, ce qui montre que l'on reste là dans des perspectives bien différentes. Notamment parce que l'appel d'offre français insiste sur la nécessité de réponse associant plusieurs universités et grandes écoles, tenant compte d'une dispersion entre établissements que ne connaît pas, en tout cas à cette échelle, l'Allemagne.

5. Conclusion

Les défauts de base du système français sont connus (trop de centralisation, trop de cloisonnements entre formation des chercheurs et formation des élites économiques et politiques, difficulté à anticiper les grands changements internationaux, difficulté à mener des changements de politique publique).

Ce colloque, dans son titre même, se demande si on est devant une réforme ou une révolution. Il est possible que la France, pour qui « La Révolution » est, depuis plus de deux siècles, une grande valeur et une haute exigence, ait une idée trop élevée de ce que doit séparer une simple réforme d'une authentique révolution. Mais, quoi qu'il en soit, il paraît difficile de voir dans les changements récents des révolutions. Il s'agit plus certainement d'une concrétisation, et d'une accélération, de lentes évolutions qui, pour certaines, étaient déjà mentionnées ou espérées dans le livre visionnaire « universités et facultés » publié en 1890 par Louis Liard, grand réformateur universitaire du 19^{ème} siècle, largement inspiré par le système universitaire allemand de l'époque. Certains des rapprochements que l'on observe aujourd'hui encore entre systèmes universitaires français et allemands résultent autant de lointaines retombées de ces débats centenaires, que de mise en œuvre convergentes de thématiques plus récentes. En matière universitaire, les débats anciens, s'ils n'ont pas été clairement tranchés, resurgissent et se mélangent constamment à de nouvelles préoccupations. Ces mélanges complexes obligent à beaucoup de finesse pour comprendre les logiques en œuvre dans des réformes qui peuvent apparaître comme voisines en France et en Allemagne: ces ressemblances peuvent masquer de profondes différences de fond, liées à des héritages si opposés.

En guise de point final : Incontestablement, ce qui a changé en France depuis cinq ans manque de visibilité et de fil conducteur clair. Ce qui renforce les inquiétudes et conduit inévitablement certains à un repli. Ce qui n'est pas for-

cément une très bonne nouvelle. Ni pour le pilotage, ni pour l'excellence, ni pour l'enseignement supérieur et la recherche « ordinaire » qui constituent une part de l'environnement absolument nécessaire à toutes les formes d'excellence.

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Eva Barlösius, Leibniz Universität Hannover
E-Mail: e.barloesius@ish.uni-hannover.de

Dr. Effi Böhlke, Berlin
E-Mail: effiboehlke@aol.com

Prof. Christophe Charle, Université de Paris I, Institut d'Histoire Moderne et contemporaine
E-Mail: christophe.charle@ens.fr

Prof. Dr. Andreas Knie, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik
E-Mail: knie@wzb.eu

Dr. Robert Paul Königs, Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Fachliche Angelegenheiten der Forschungsförderung, Bonn
E-Mail: Robert-Paul.Koenigs@dfg.de

Prof. Dr. Pascale Laborier, Centre Marc Bloch, Berlin
E-Mail: pl@cmb.hu-berlin.de

Dr. Stefan Lange, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
E-Mail: lange@dhv-speyer.de

Prof. Jean-Yves Mérimondol, Mairie de Paris
E-Mail: Jean-Yves.Merindol@paris.fr

Prof. Christian de Montlibert, Centre de Recherches et d'Etudes en Sciences Sociales (CRESS), Strasbourg
E-Mail: demontli@umb.u-strasb.fr

Prof. Dominique Pestre, Centre Alexandre Koyré, Paris
E-Mail: pestre@wanadoo.fr

Pierre-Olivier Pin, Agence nationale de la recherche (ANR), Paris
E-Mail: pierre-olivier.pin@agencerecherche.fr

Jean-Michel Roddaz, Agence nationale de la recherche (ANR), Paris
E-Mail: Jean-Michel.RODDAZ@agencerecherche.fr

Dr. Dagmar Simon, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB),
Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik
E-Mail: dsimon@wzb.eu

Auf dieser Konferenz sollen in komparativer Perspektive signifikante Veränderungen von Zielen und Instrumentarien der Forschungspolitik, -finanzierung und -evaluierung in Frankreich und Deutschland thematisiert werden. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Forschungstraditionen und Institutionengefüge stellt sich die Frage, ob die „neuen“ Instrumentarien geeignet sind, den derzeitigen und künftigen Herausforderungen für Wissenschaft und Forschung in einem veränderten gesellschaftlichen Umfeld angemessen zu begegnen. Zugleich geht es um eine Bewertung des Ausmaßes dieser Wandlungsprozesse: Ordnen sie sich in den „normalen Gang der Geschichte“ ein oder stellen sie auch – und gerade im Kontext der Herausbildung des europäischen Forschungsraumes – etwas Neuartiges dar?

Sur ce colloque il s'agira d'analyser, de manière comparative, les changements significatifs des buts et des instruments de la politique, du financement et de l'évaluation de la recherche dans les deux pays. On s'interrogera sur la capacité des «nouveaux» instruments à résoudre les problèmes, auxquels sont confrontés les systèmes de recherche. On abordera la question de la dimension et de la désignation des changements actuels: peut-on les qualifier de «normaux» au sens où ils s'intègrent dans le cours de l'histoire du champ scientifique que l'on connaît, ou bien constituent-ils plutôt une transformation voire même une révolution, quelque chose d'exceptionnel et sans précédent?

Die Vorträge werden simultan übersetzt.

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

D-10785 Berlin
Reichpietschufer 50

www.wz-berlin.de

Veranstaltungsort/Lieu du colloque:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
Reichpietschufer 50
10785 Berlin, Raum A 300

Veranstalter/Organisateurs:

Prof. Dr. Andreas Knie, Dr. Dagmar Simon, WZB
Prof. Dr. Pascale Laborier, CMB
Prof. Dr. Etienne François, Frankreichzentrum der FU Berlin

Koordination/Coordination:

Dr. Effi Böhlike, WZB, Tel.: 030/256491-278;
boehlike@wzb.eu

Anmeldung/Inscription:

Hannelore Trautmann, WZB
Tel.: 030-25 49 1-678, Fax: 030-25491-680;
E-Mail: ht@wzb.eu

WZB Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

Exzellenz durch Steuerung?
Neue Herausforderungen für
das deutsche und das französische
Wissenschaftssystem

L'excellence par le pilotage?
Les transformations des paysages
scientifiques français et allemand

Deutsch-französische Konferenz
Colloque franco-allemand

29. bis 30. November 2007



WZB Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

Programm

Donnerstag, 29. November/Jeudi 29 novembre

14 Uhr

Eröffnung der Konferenz/Ouverture du colloque

Jutta Allmendinger, Präsidentin des WZB

14.10 Uhr

Einführung/Introduction

Pascale Laborier, Centre Marc Bloch, Berlin

Andreas Knie, Dagmar Simon, WZB

14.30 Uhr

Die Konstruktion des Europäischen Forschungsraums – Herausforderung für die nationalen Wissenschaftslandschaften

La construction de l'Espace européen de la

recherche – défi pour les paysages scientifiques nationaux

Maurice Godeller, École des hautes études en sciences sociales, Paris (angefragt)

Peter Weingart, Universität Bielefeld

15.30 Uhr

Neuer gesellschaftlicher Legitimierungsbedarf der Wissenschaft – Veränderungen in der Wissenschaftsgovernance

De nouvelles contraintes de légitimation des sciences – changements dans la gouvernance de la recherche

Dominique Pestre, Centre Alexandre Koyré, Paris

Georg Krücken, Verwaltungshochschule Speyer

Stephan Lange, Verwaltungshochschule Speyer

Moderation/Moderation: Jörg Poththast, WZB

16.30-17 Uhr – Kaffeepause/Pause

17 Uhr

Zur Geschichte des französischen

Wissenschaftssystems nach 1945

De l'histoire du système de recherche français depuis la Seconde Guerre Mondiale

Christophe Charle, Université de Paris

17.45 Uhr

Neue Formen der Forschungsfinanzierung

De nouvelles formes du financement de la recherche

Robert-Paul Königs, Deutsche Forschungsgemeinschaft

Pierre-Olivier Pin, Agence nationale de la recherche, Paris

Jean-Michel Roddaz, Agence nationale de la recherche, Paris

19 Uhr

Film: „Universität en danger“ („Universität in Gefahr“)

19.30 Uhr

Podiumsgespräch/Table ronde:

Reform oder Revolution?

Die derzeitigen Umbrüche der französischen Wissenschaftslandschaft

Réforme ou révolution? Les transformations actuelles du paysage scientifique français

Christophe Charle, Université de Paris

Jean-Yves Mérimod, Cabinet du Maire de Paris

Bertrand Monthubert, Président Sauvons la recherche

Jean-Michel Roddaz, Agence nationale de la recherche, Paris

Moderation/Moderation: Etienne François, FU Berlin

20.30 Uhr – **Empfang/Réception**

Freitag, 30. November/Vendredi 30 novembre

9.30 Uhr

Evaluierungssysteme und -praxen in Deutschland und Frankreich – ein Vergleich

Systèmes et pratiques d'évaluation scientifique en France et en Allemagne – une comparaison

Michael Werner, Centre interdisciplinaire d'études et de recherches sur l'Allemagne, Paris

10.30-11 Uhr – Kaffeepause/Pause

11 Uhr

Neue Formen der Forschungsevaluierung

De nouvelles formes d'évaluation de la recherche

Eva Barlösius, Universität Duisburg-Essen

Dagmar Simon, WZB

Arndt Sorge, WZB

12-13 Uhr – Mittagspause/Pause

13 Uhr

Podiumsgespräch/Table ronde:

Mehr Exzellenz für die Universitäten!?

Plus d'excellence pour les universités!?

Christian de Montlibert, Université de Strasbourg

Christine Musselin, Sciences Po/Centre nationale de la recherche, Paris,

Joachim Nettelbeck, Wissenschaftskolleg zu Berlin

Patricia Oster-Stierle, Vizepräsidentin der Universität des Saarlandes

Moderation/Moderation: Andreas Knie, WZB

14.30 Uhr

Resümee/Résumé:

Erträge der Konferenz und neue Fragen

Résultats du colloque et nouvelles questions

Effi Böhle, WZB